Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1040. - Inland: Jahresabonnement 150.-, Halbjahresabonnement 75.-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./ Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Tel.: 0222/573723. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040, Tel. 0222/573723, Journaldienst: Mo-Fr: 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag Preis 5,-

1. September 1977 Nr. 18/2. Jahrgang

Keine SAL-Verhandlungen in Österreich! Hinaus mit Vance und Gromyko aus Österreich! Keine Unterstützung des Komplotts der Supermächte durch die österreichische Regierung!

Von 6. bis 9. September findet in Wien eine neue Runde der „Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung" (SALT) statt. Die Außenminister der beiden Supermächte, Vance und Gromyko, treffen zu diesem Zweck auf ausdrückliche Einladung durch Bundeskanzler Kreisky in Wien zusammen. 1972 wurde SALT 1 abgeschlossen. Anfang Oktober des heurigen Jahres endet dieses Abkommen. Vom 6. bis 9. September geht es um die Aushandlungen von SALT 2.

In den letzten Jahren wurde der Ausbau der strategischen Rüstung nicht nur nicht „begrenzt", sondern er hat sich im Gegenteil gewaltig beschleunigt. Immer m[illegible] strategische Waffen wurden angeh[illegible], neue Waffensysteme wurden entwickelt. Im Hinblick auf seinen erklärten Zweck war SALT 1 völlig wirkungslos. Aber der erklärte Zweck ist ja nicht der wirkliche Zweck, den die Supermächte mit SALT-Verhandlungen verfolgen. Der wirkliche Zweck besteht darin, ihre Kriegsvorbereitungen und ihre Aufrüstung durch einen Rauchvorhang von Entspannungs- und Abrüstungsgerede zu verschleiern. In der Verfolgung dieses Zweckes kollaborieren sie gegen die Völker. Zugleich und zwangsläufig sind die SAL-Verhandlungen Feld der Rivalität der Supermächte, wo jeder versucht, sich selbst die Hände nicht binden zu lassen, den Rivalen aber in seiner militärische Entwicklung zu behindern und zu stören.

Mit Frieden und Abrüstung hat dieses Treiben der Supermächte nichts zu tun. Zu tun hat es dagegen mit ihrem Hegemoniestreben, mit ihren Kriegsvorbereitungen, mit ihrem Völkerbetrug. Die Völker und auch das österreichische Volk dürfen es daher nicht unterstützen und sie dürfen keinerlei Illusionen in die betrügerischen Verhandlungen setzen. Sie müssen sie vielmehr bekämpfen.

Die österreichische Regierung hat sich bereitwillig zum Gastgeberland dieses Komplotts der Supermächte, das untrennbarer Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitungen ist, angeboten. Sie macht sich zum Handlanger ihres Treibens und ist selbst einer der eifrigsten Propagandisten des Friedens- und Entspannungsschwindels. So versucht sie eine Reihe von Tatsachen zu verschleiern: die enge Verbindung und Abhängigkeit Österreichs von den USA und der BRD, die enge militärische Bindung an die NATO, aber auch die Verschleierung der Gefahren, die vom sowjetischen Sozialimperialismus für die Völker Europas ausgehen, und die Beschwichtigungspolitik ihm gegenüber. Das alles soll vertuscht werden. Stattdessen will die Regierung einen „Beitrag zum Frieden in Europa" für sich reklamieren und ihre internationale Bedeutung und Position verbessern. Tatsächlich entspricht diese Politik den imperialistischen Interessen der österreichischen Bourgeoisie, aber keinesfalls den Interessen des österreichischen Volkes. Tatsächlich dient sie nicht dem Frieden, sondern leistet sie den Supermächten und ihren Kriegsvorbereitungen Vorschub.

Die Gefahr des Krieges wächst heute rasch an. Die Völker müssen den Kampf gegen den drohenden Krieg führen. Für den Frieden sein, heißt den Supermächten entgegentreten. Es heißt, gegen ihr Komplott der SAL—Verhandlungen aufzutreten. Es heißt, gegen die Politik der österreichischen Regierung aufzutreten. Die Verhandlungsrunde vom 6. bis 9. September darf und wird nicht reibungslos über die Bühne gehen. Wir richten die folgenden Forderungen an die Regierung und werden ihnen entsprechenden Nachdruck verleihen:

- *Keine SAL—Verhandlungen in Österreich!*
- *Hinaus mit Vance und Gromyko aus Österreich!*
- *Keine Unterstützung des Komplotts der Supermächte durch die österreichische Regierung!*

Siehe Artikel Seite 12

Gendarmerie stürmt zweisprachige Ortstafel
Kärntner Slowenen lassen nicht locker

Im Rahmen einer Demonstration mit mehr als 600 Teilnehmern wurde am 26. August auch in Bleiburg/Pliberk eine zweisprachige Ortstafel aufgestellt. Diese wurde direkt 2 Meter neben der offiziellen Ortstafel, die die Angabe nur in deutscher Sprache macht, fest in den Boden einzementiert. Selbstverständlich, denn ein überwiegender Teil der Bevölkerung von Bleiburg/Pliberk ist slowenischsprechend u[illegible] daher ist dies auch für sie nichts anderes als ein selbstverständliches Recht. Doch nicht so für die Bundes- und Landesregierung und damit für ihre Büttel, für die Gendarmerie.

Über das Wochenende getrauten sie sich nicht einzugreifen, denn ein überwiegender Teil der Bevölkerung hatte mit der Teilnahme an der Kundgebung und auch später mit der Anwesenheit bei der Bewachung der Ortstafel seine eindeutige Zustimmung und Unterstützung ausgedrückt. So warteten sie den Montag ab, bis die Bevölkerung wieder arbeiten mußte und daher die Bewacher der Ortstafel nur mehr 20 bis 30 Personen waren. Daß man die Ortstafel bewachen mußte, war allen Beteiligten klar gewesen, denn über die Haltung der Behörden und der Regierung machte man sich keine Illusionen. In zwei großen neben der Ortstafel aufgestellten Zelten wurde übernachtet und mit Personenautos wurde rund um die Ortstafel ein Schutzwall errichtet. Zusätzlich wurde mit starken Seilen die Ortstafel abgesichert.

Bereits Montag vormittag versuchten die Behörden das erste Mal, die Ortstafel zu entfernen. Sie benützten dabei eine momentane Schwächung der Bewacher. Diese hatten eine Delegation zum Gendarmerieposten geschickt, um gegen die lügenhafte Erklärung der Landesregierung und der Zeitungen über angebliche tätliche Ausschreitungen der Slowenen zu protestieren. Dies benützte die Gendarmerie, um einige verhetzte Arbeiter der Straßenwacht samt Gendarmen zur Ortstafelschleifung hinzudirigieren. Jedoch über Funkverbindung konnte die Delegation im Gendarmerieposten verständigt werden und diese verstärkte sofort die Bewacher, sodaß für diesmal das Vorhaben der Behörden mißlang.

Um 14 Uhr jedoch begannen sie den Generalangriff. In einer Wagenkolonne von 20 Fahrzeugen kamen über 100 angefahren und nahmen gegenüber der zweisprachigen Ortstafel Aufstellung. Vorher hatten sie die Zufahrtsstraßen in den Ort gesperrt. Gleichzeitig fuhr ein VW-Pritschenwagen ganz nah an die Ortstafel heran, und ein Beamter in Zivil kletterte auf das Dach, um mit einer Videokamera alles genau zu filmen. Die Absicht war allen sofort klar. Wenn bei dem Sturm der Ortstafel durch die Gendarmerie ein Bewacher auch nur eine falsche Handbewegung macht, wird er sofort wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" angeklagt.

Zuerst versuchte die Gendarmerie die Bewacher durch die Verlesung eines amtlichen Befehles in deutscher Sprache zur Aufgabe zu zwingen. Doch sofort wurde verlangt, dies doch auf Slowenisch vorzulesen. Inzwischen waren noch zur Verstärkung einige empörte Bauern und Bäuerinnen aus der Umgebung hergeeilt, die sehr empört über den Aufmarsch der Gendarmen waren.

Bald ging die Gendarmerie zur brutalen Räumung über. Unter dem Kommando des Bezirkshauptmannstellvertreters Holzer, der schon die Aktion in St. Kanzian/Škocijan im Vorjahr geleitet hatte, und der auch Mitglied des rechtsradikalen Kärntner Heimatdienstes (KHD) ist, wurde dann mit dem Befehl: „Nur fest anpacken, Transportgriffe anwenden!" vorgegangen. Ein Teil der Beamten führte dies auch sehr „eifrig" durch und zerrte die Bewacher, die sich an den Seilen an der Ortstafel festhielten, gewaltsam fort. Obwohl viele Gendarmen eher zögerten, setzte sich die zahlenmäßige Überlegenheit der Gendarmerie durch, und die zweisprachige Ortstafel wurde von der Gendarmerie gestürmt und zerstört.

Obwohl damit die Ortstafel entfernt war, gab die Bevölkerung nicht auf. Nach kurzer Zeit war plötzlich die offizielle deutschsprachige Ortstafel mit einer zweisprachigen verdeckt, und auch auf die Plakatwände wurden Plakate geklebt.

Beim Anschlagen von Plakaten wurden zwei Slowenen verhaftet. Einer, der stundenlang festgehalten wurde, wurde gezerrt und geschlagen, um ihm das „Geständnis" abzuzwingen, daß er „Widerstand gegen die Staatsgewalt" geleistet hätte.

Bis Mitternacht dauerten die Kundgebungen im Ort an. An die hundert Menschen aus dem Ort und der Umgebung standen 40 Chauvinisten gegenüber.

Die Slowenen verbleiben weiter in den Zelten, die Menschen aus dem Ort und der Umgebung sind wachsam. Die Menschen aus Bleiburg/Pliberk werden auf ihre Rechte und auch auf die Ortstafel nicht verzichten.

R.

XI. Parteitag der KP Chinas erfolgreich beendet



Der Vorsitzende Hua Guo-feng, die stellvertretenden Vorsitzenden Yä Djiän-ying, Deng Hsiao-ping, Li Hsiän-niän und Wang Dung-hsing des neugewählten ZK der KP-Chinas und die anderen Mitglieder des Politischen Büros empfangen alle Delegierten zum XI. Parteitag

Auf Seite 15,16 sind Auszüge aus dem Pressekommuniqué des Parteitages abgedruckt.

Aus dem Inhalt:

„Die palästinensische Revolution wird die Schlacht fortsetzen" (Y.Arafat, 8.8.77)

Keine Woche vergeht ohne „neuen Friedensplan" der Imperialisten und Zionisten. Keine Woche auch ohne neue Gerüchte um die Kapitulation der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Aber auch keine Woche, ohne daß nicht der Kampf des palästinensischen Volkes und seine entschlossene Führung durch die PLO den Plänen der Imperialisten ins Gesicht schlägt.

Nachdem es dem US-Außenminister Vance Anfang August trotz persönlichen Einsatzes nicht gelungen war, die arabischen Länder und die PLO auf eine Linie des Verrats an den nationalen Interessen des palästinensischen Volkes zu zwingen, klingen jetzt andere Töne an. Die USA würden künftig wahrscheinlich nicht „soviel Zeit und Energie" aufwenden können, wenn nicht alle beteiligten Parteien ihr Interesse an einer umfassenden Lösung demonstrierten, resümierte US-Präsident Carter die gescheiterte Reise seines Außenministers. Das ist die offene Drohung, den imperialistischen Kettenhund Israel neuerlich von der Leine zu lassen und in einen Krieg um arabisches Territorium und zur Vernichtung der PLO zu schicken, wenn es mit den bisherigen Mitteln nicht gelingt, den arabischen Widerstand zu spalten und dem palästinensischen Volk das Kreuz zu brechen. Zeit und Energie haben die US-Imperialisten bisher daran verschwendet, ihre Pläne zur „Lösung" des Nah-Ost-Konfliktes als „Friedensvorschläge" auszugeben.

Verbannung der Palästinenser in ein Reservat gleich denen der Indianer in den USA unter Oberaufsicht Israels oder Jordaniens, endgültige Anerkennung des Unterdrückerstaates Israel und seiner Aggressionspolitik, und das Recht auf jederzeitige Intervention der Imperialisten im Nahen Osten war der Inhalt des Vance-Planes. Dasselbe mit unwesentlichen Variationen tischte vor kurzem der israelische Außenminister Dayan als seinen Plan auf. Um diese Ziele durchzusetzen, müssen die Imperialisten die arabische Front spalten, die Unterstützung für die palästinensische Revolution aufweichen und den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes diskreditieren und zurückdrängen. Ein wesentlicher Schritt vorwärts wäre für sie die Anerkennung der UN-Sicherheitsratsresolution 242 durch die PLO. In dieser ist die Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967 festgelegt, den Palästinensern werden ihre nationalen Rechte aberkannt, und sie werden als Flüchtlinge behandelt. Auch die „Friedensvorschläge" der Sowjetunion stützen sich auf diese Resolution, denn sie verfolgt dasselbe Ziel wie die US-Imperialisten: Erringung der Oberherrschaft über den Nahen Osten, des Vorrechts auf Ausbeutung dieses Raumes, damit das Erdölmonopol und eine Schlüsselstellung für den imperialistischen Krieg um Europa.

Den Inhalt dieser Resolution versuchen die USA auch durchzusetzen, indem sie die Lüge verbreiten, die PLO sei zu ihrer Anerkennung bereit. Die SU wünscht dasselbe, nur gab sie den weisen Rat, die PLO brauche sich damit nicht „zu beeilen" (Neue Zürcher Zeitung, 27.8.), denn sie will den palästinensischen Befreiungskampf als Faustpfand ihrer Einflußnahme im Nahen Osten benützen.

Auf der Sitzung des PLO-Zentralrates vom 26.8. wurde dieses Ansinnen nochmals energisch zurückgewiesen und betont, daß eine Lösung nur auf Basis und durch Anwendung der UN-Vollversammlungsresolution 3236 vom November 1974 möglich sei. In dieser wird Israel mit keinem Wort erwähnt, das Recht des palästinensischen Volkes, sein unveräußerliches Recht auf nationale Selbstbestimmung mit allen Mitteln durchzusetzen, festgehalten (siehe Kasten). Der Zentralrat beschloß auch, die Ausweitung des bewaffneten Kampfes innerhalb der besetzen Gebiete zum Schwerpunkt der Aktivitäten der PLO zu machen.

Gleichzeitig mit dem Versuch, ihre „Friedenslösungen" durchzusetzen, rüsten die Imperialisten ihren Brückenkopf Israel für den nächsten Raubkrieg: 2 Generalmobilmachungen in letzter Zeit, vorangetriebene Annexion der besetzten Gebiete durch den Plan der Ausdehnung israelischen Rechts - was verstärkte Ausplünderung der arabischen Bevölkerung in diesen Gebieten beinhaltet, Bau von neuen Siedlungen, die nichts als vorgeschobene Militärposten sind, Unterstützung der Falangisten, die im Südlibanon gegen die Palästinenser kämpfen und sich ohne Hilfe Israels keinen Tag länger halten könnten.

Sie treiben die Vorbereitungen auf neue Aggression voran, weil sie zu recht das Scheitern ihrer Pläne fürchten. „Von Palästina flammt der Krieg auf und von Palästina nimmt der Frieden seinen Ausgang" (aus der UN-Rede Y. Arafats, Vorsitzender der PLO).

C.R.

Verschärfter Kampf der Imperialisten ums Horn von Afrika

Wieder einmal schlagen sich angeblich die Afrikaner eher sinnlos gegenseitig die Schädel ein, in Ogaden toben heftige Kämpfe. So die Bourgeoispresse in den letzten Wochen. Ohne die imperialistische Unterjochung dieser Völker kann es nicht gehen, wollen sie weismachen. Die Lage sei verworren, früher oder später werden die USA und Westeuropa doch durchgreifen müssen. Der Kampf der Kolonialisten und Imperialisten zur Unterwerfung der Völker am Roten Meer und Golf von Aden tobt schon seit hundert Jahren.

1885 landen italienische Truppen in Massawa, Eritrea. Sie gehen das erstemal an die Unterwerfung Äthiopiens, werden 1896 geschlagen und bleiben in „Italienisch-Eritrea".

Das von Somalis bewohnte Gebiet wurde nach der Berliner Konferenz 1884 aufgeteilt in englische, französische und italienische Gebiete, der westliche Teil wird Äthiopien zugeschlagen.

1935 überfällt das faschistische Italien Äthiopien, es wird ihm vom britischen Imperialismus im zweiten Weltkrieg wieder abgejagt. Die Briten mußten die politische Unabhängigkeit anerkennen und setzten Haile Selassie wieder als Kaiser ein. Als Vertreter der reaktionären Feudalklasse öffnet er dem Imperialismus, vor allem dem amerikanischen, nach dem 2. Weltkrieg relativ weit die Tore. Die USA brachten bald die Kaffeeproduktion, bei weitem wichtigster Exportartikel des Landes, unter ihre Kontrolle. Die USA stationierten Truppen im Land, waren Hauptwaffenlieferant und setzten Stützpunkte durch.

Eritrea wird 1941 von den Briten besetzt, ebenso das „Italienische Somalia". 1950 einigen sich die Imperialisten, dieses Gebiet Italien wieder zurückzugeben unter dem Deckmantel einer „UNO-Treuhandschaft". Auf Betreiben der US-Imperialisten annektiert Äthiopien 1952 Eritrea, und die USA errichten hier Stützpunkte und elektronische Überwachungsanlagen. Sie lassen ihren zionistischen Knecht dabei mithelfen, um dessen Sicherheit es unter anderem geht bei diesen Anlagen.

1960 vereinigen sich die beiden in diesem Jahr unabhängig gewordenen Teile Somalias zu einer einheitlichen Republik. In der Sowjetunion hat der Chrustschow-Revisionismus schon die Macht angetreten. Sehr bald kann sich die SU in Somalia einschleichen, wobei sie vor allem Schwierigkeiten bei der Grenzenfestlegung ausnützt und sich als Beschützer gegen den US-Imperialismus aufspielt.

Das Rote Meer und der Golf von Aden sind bedeutende Seestraßen, so bezüglich des Öl- und Warentransportes. Die Ölproduktion der arabischen Länder machte 1975 31,7 % der Weltförderung (ohne VR China) aus.

Schon lang ist der sowjetische Sozialimperialismus zum Kampf ums Erdölmonopol angetreten. „Es ist für die Sowjetunion jetzt profitabler, ihr Öl an den Westen zu verkaufen. Als Ergebnis davon, wird Osteuropa 1980 ein Drittel seines Ölbedarfes außerhalb des Blocks, vor allem aus OPEC-Ländern importieren... Die SU hat mehr und mehr ihr eigenes Öl auf freien Märkten verkauft. Dieser Handel brachte ihr 1976 6 Milliarden US-Dollar. Von den 130 Mill. Tonnen (bei 520 Gesamtproduktion, H.L.) exportierten Öl ging die Hälfte an Westeuropa, der Rest an Osteuropa." (Events, 29.7.77) Solche Geschäfte kann die SU machen aufgrund von imperialistischen Räuberverträgen mit den ölproduzierenden Ländern, die sehr lange Laufzeit haben. Die Preise liegen unter dem Weltmarktpreis. Das konnten die Sozialimperialisten durchsetzen, weil sie die Bestrebungen der erdölproduzierenden Länder, sich aus der Abhängigkeit der westlichen Imperialisten zu lösen, ausgenutzt haben und wahnwitzige Bedingungen gestellt haben und stellen bei Lieferung von technischen Anlagen. Im Erdgaslieferungsvertrag der Sozialimperialisten mit dem Iran heißt es, Defizite im Handel, Kredite und Zinsen werden mit weiterem Erdgas beglichen. Mittlerweile ist ein ähnlicher Vertrag über Erdöl unterzeichnet worden.

Entsprechend seinen Ambitionen hat der sowjetische Sozialimperialismus seine Handelsflotte ausgebaut. „Internationale Fracht, von sowjetischen Schiffen tran-

Fortsetzung auf Seite 13

Imperialistische Rivalität am Nordpol

Am 17.August gelang es dem sowjetischen atom-getriebenen Eisbrecher „Arktika" als erstem Überwasserschiff den Nordpol zu erreichen. Statt der vorgesehenen 15 Tage benötigte die „Arktika" nur 7½ Tage vom Ausgangshafen Murmansk

Das Ereignis wurde von der sozialimperialistischen Propaganda mit einem riesigen Aufwand gefeiert, und die Mannschaft des Schiffes widmete die Leistung dem 60. Jahrestag der Oktoberrevolution. Es ist ein Teil der inneren Kriegsvorbereitungen der neuen Bourgeoisie in der SU, daß sie alle möglichen Erfolge im Kampf um die Weltherrschaft gegenüber dem US-Imperialismus sozialchauvinistisch unter dem Zeichen der proletarischen Revolution von 1917 begeht, deren Inhalt sie selbst ins Gegenteil verkehrt hat.

Den US-Imperialisten ist es bisher nur gelungen, den Nordpol unter der Eisdecke mit einem U-Boot zu erreichen.

Mit dem Unternehmen der „Arktika" haben sich die Sozialimperialisten neue Schiffahrtswege erschlossen. Nutzen werden sie das z.B. für die Plünderung der reichen Fischgründe um Grönland.

Darüber hinaus hat die Möglichkeit mit Eisbrechern wie der „Arktika" die kürzeste Überwasserverbindung zwischen dem amerikanischen Kontinent und dem europäischen Norden in der Hand zu haben, auch enorme strategische Bedeutung. Auf der Insel Spitzbergen, am Rand des Nordpolarmeeres, unterhalten die Sozialimperialisten bereits militärische Stützpunkte. Ähnliche Anlagen können sie jetzt auch noch weiter nördlich installieren, was nicht zuletzt auch die Überwachung des Luftweges eröffnet.

Es liegt in der Natur der imperialistischen Rivalität zwischen den beiden Supermächten, daß sich ihr Ringen um die Weltherrschaft in allen Winkeln des Erdballs abspielt. „Den kräftigen Schritt der Sowjetmacht hört man an allen Ecken des Erdballs" protzt der Generalstabschef des Warschauer Paktes, Paschuk, im Stil der neuen Zaren, die sich die Welt unterwerfen wollen.

M.Z.

Resolution der UN-Vollversammlung über Palästina

1974

Die Vollversammlung,
nachdem sie die Palästina-Frage erörtert, die Erklärung der Organisation für die Befreiung Palästinas, der Vertreterin des palästinensischen Volkes, gehört hat, nachdem sie auch andere Erklärungen während der Debatte gehört hat,
in tiefer Sorge darüber, daß noch keine gerechte Lösung des Palästina-Problems erreicht ist,
und erkennend, daß das Palästina-Problem weiterhin den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährdet,
anerkennend, daß das palästinensische Volk gehindert worden ist, seine unveräußerlichen Rechte zu genießen, und insbesondere sein Recht auf Selbstbestimmung,
geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta,
an ihre diesbezüglichen Resolutionen erinnernd, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung bestätigen,
1. bestätigt abermals die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter
(a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung,
(b) das Recht auf internationale Unabhängigkeit und Souveränität;
2. bestätigt abermals auch die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Eigentum, aus der sie vertrieben und entwurzelt worden sind, und spricht sich für ihre Rückkehr aus;
3. betont, daß volle Respektierung und Verwirklichung dieser unveräußerlichen Rechte für die Lösung der Palästina-Frage unerläßlich ist;
4. erkennt an, daß das palästinensische Volk eine Hauptpartei bei der Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist;
5. erkennt ferner das Recht des palästinensischen Volkes an, seine Rechte in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen mit allen Mitteln wieder zurückzuerlangen;
6. ruft alle Staaten und internationalen Organisationen auf, dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung seiner Rechte, in Übereinstimmung mit der Charta, ihre Unterstützung zu geben;
7. beauftragt den Generalsekretär, Kontakte mit der Organisation für die Befreiung Palästinas in allen Angelegenheiten, die die Palästina-Frage betreffen, herzustellen;
8. beauftragt den Generalsekretär, der Vollversammlung während ihrer 30. Sitzungsperiode über die Verwirklichung dieser Resolution zu berichten;
9. beschließt, den Punkt „Palästina-Frage" in die vorläufige 30. Sitzungsperiode aufzunehmen.

Salzburger Gemeinderatswahlen :

Gegen die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung! Für die Ziele der Arbeiterklasse! Stimmt für den Kommunistischen Bund Österreichs!

(Auszüge aus dem Wahlaufruf des KB)

Am 2.Oktober stellt sich eine Reihe von Parteien zur Wahl in den Gemeinderat: SPÖ, ÖVP, FPÖ, KPÖ und die Vereinigten Bürgerinitiativen. In solchen Zeiten entsteht ein wildes Gerangel dieser Parteien um die Gunst des Volkes, um das sie sich sonst nie viel scheren. Das Volk hat allen Grund, diese Zeit zum Anlaß zu nehmen, die Haltung und Politik dieser Parteien genau zu prüfen.

Auch der Kommunistische Bund Österreichs kandidiert bei diesen Wahlen. Während die anderen Parteien alles Interesse und allen Grund haben, ihre Politik hinter dröhnenden Wahlkampfphrasen und -versprechungen zu verbergen und der Prüfung zu entziehen, hat der Kommunistische Bund nichts zu verbergen und Interesse daran, seine politischen Auffassungen und Tätigkeiten der Prüfung durch die Arbeiterklasse und das Volk in Salzburg zu unterwerfen.

Die bürgerlichen Parteien - ob SPÖ, ÖVP, FPÖ, KPÖ oder „Vereinigte Bürgerinitiativen" - führen den Wahlkampf gegeneinander, weil sie sich gegenseitig Posten und Pfründe abjagen und den ersten oder überhaupt erst einmal einen Platz am staatlichen Futtertrog ergattern wollen.

Alle bürgerlichen Parteien führen zugleich den Wahlkampf gemeinsam gegen die Arbeiterklasse und das Volk, indem sie ihn für die ideologische Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für das Nähren von Illusionen in Wahlen, Parlament und Gemeinderat, für den Volksbetrug nutzen. Keine Lügen, keine Demagogie, kein leeres Versprechen ist zu schmutzig, um nicht für diese Zwecke eingesetzt zu werden.

Jede der bürgerlichen Parteien und Gruppierungen hat ihren Platz in dem System des Volksbetrugs und der Unterordnung des Volkes unter das Getriebe des Parlamentarismus, das als „freiheitliche und demokratische Ordnung" bezeichnet wird. Jede von ihnen spielt ihre Rolle bei Betrug, Täuschung und Irreführung der Massen. Das liegt in ihrem gemeinschaftlichen Interesse und dafür arbeiten sie auch subjektiv und objektiv zusammen: Die Möglichkeit, tatsächlich zwischen verschiedenen Alternativen der Politik, ja sogar zwischen einer Politik für das Volk und einer Politik gegen das Volk wählen zu können, wird vorgegaukelt. Die Möglichkeit, auf den Staat im Interesse des Volkes Einfluß zu nehmen, wird vorgegaukelt. Das Vertrauen in die bürgerlichen Parteien, in den Staat, in den Parlamentarismus soll verstärkt und damit die Volksmassen vom selbständigen Eintreten für ihre Interessen und vom Klassenkampf abgehalten werden. Der volksfeindlichen staatlichen Politik soll für die nächsten Jahre eine „demokratische Legitimation" verschafft, sie soll mittels der Wahlen als „Wille des Volkes" ausgegeben werden. Darin besteht die Bedeutung des Wahlkampfes für die herrschende Kapitalistenklasse und für alle bürgerlichen Parteien.

Nach dem Willen der herrschenden Klasse und ihrer Parteien soll der Wahlkampf vom Klassenkampf ablenken und das Volk auf die Wahlen fixieren, statt es auf die eigenen Kräfte und den selbständigen Kampf zu orientieren. Wir wollen dagegen an den Wahlen teilnehmen, gerade um auch bei den Wahlen die Möglichkeit einer klaren Kampfansage an die herrschende Klasse und die bürgerliche Gesellschaft, einer Absage an die bürgerlichen Parteien, einer Demonstration für den Sozialismus, die sozialistische Revolution, den Kommunismus zu schaffen.



Bei der Agitation am 27.8. beim Lokalbahnhof in Salzburg stand die Erklärung zur Kandidatur, welche Zwecke wir damit verfolgen, im Vordergrund. Großes Interesse riefen auch die Enthüllungen über die Ursachen der beiden Überschwemmungen hervor. Zwölf Menschen unterschrieben die Unterstützungserklärung für die Kandidatur des KB. 20 Exemplare des „Klassenkampf" und drei Programme wurden verkauft.
Bisher konnten insgesamt schon 149 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden.

Wir Kommunisten stehen nicht und stellen uns nicht über die Arbeiterklasse und das Volk. „Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein" - heißt es in einem alten Arbeiterlied. Diese historische Aufgabe kann niemand und keine politische Partei der Arbeiterklasse abnehmen. Andererseits kann die Arbeiterklasse diese Aufgabe nicht siegreich bestehen ohne eine revolutionäre Führung, ohne Vorhut und Generalstab. Sie braucht eine wirkliche Kommunistische Partei, wie es sie heute - nach der revisionistischen Entartung der KPÖ seit zwei Jahrzehnten - nicht gibt und deren Aufbau die erste und vordringlichste Aufgabe der Kommunisten in Österreich ist. Das Programm des KB Österreichs umreißt die ideologische und politische Grundlage dieser Partei. Jede Unterschrift für die Kandidatur, jede Stimme für die Kandidatur des KB Österreichs ist eine Unterschrift bzw. Stimme für dieses Programm. So gesehen kann der Wahlkampf auch zu einem Schritt vorwärts im Parteiaufbau werden.

Wir wissen natürlich, daß wir nicht die ca 1 700 Stimmen bekommen werden, um in den Gemeinderat „einzuziehen". Wäre dies aber der Fall, dann ginge es uns nicht um die konstruktive „Mitarbeit" in diesem Organ des Volksbetruges und der Packelei zwischen verschiedenen Typen von Volksfeinden, sondern um die Entlarvung dieses Organs und seiner Tätigkeit auch von innen, um die Unterstützung des Klassenkampfs auch von der Tribüne des Gemeinderats her, um die Förderung des Kampfes gegen den Gemeinderat und die ganze bürgerliche Herrschaft auch von oben. Aber dafür wird es - wie gesagt - diesmal noch nicht reichen.

Dennoch sind die Stimmen für den KB Österreichs alles andere als „verlorene Stimmen". Die herrschende Klasse und die bürgerlichen Parteien werden jede einzelne Stimme für die kommunistischen Kandidaten auf die Goldwaage legen, denn jede einzelne Stimme bedeutet einen Kämpfer und einen Kampfschritt gegen ihr System. Allein schon die Tatsache der Kandidatur ist ein neuer und gefährlicher Faktor für die Herrschenden, denn er macht den bürgerlichen Kräften das Terrain der Wahlen streitig und signalisiert die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk und das Erstarken der kommunistischen Bewegung. Natürlich werden sie uns als „Splittergruppe" abtun, aber weil diese „Splittergruppe" die Interessen der großen Masse der Arbeiterklasse und des Volkes zum Ausdruck bringt, sind sie beunruhigt und hetzen sie uns heute schon ihre Spitzel, ihre Polizei und ihre Gerichte auf den Hals.

Weggeworfen kann vom Standpunkt der Arbeiterklasse und des Volkes aus eine Stimme für die Arbeiterklasse und das Volk, für seine Interessen, Forderungen und Ziele, für die kommunistischen Kandidaten niemals sein. Weggeworfen und gegen die eigenen Interessen abgegeben ist vielmehr jede Stimme für eine der bürgerlichen Parteien.

Jede Unterschrift und jede Stimme für den KB Österreichs ist eine Unterschrift bzw. Stimme für den Klassenkampf, für den proletarischen Internationalismus, für die sozialistische Revolution! Jeder klassenbewußte Arbeiter und revolutionär gesinnte Mensch ist aufgerufen, seinen Beitrag zum Kampf um diese Ziele und zur Unterstützung der kommunistischen Kandidatur nicht nur durch seine eigene Unterschrift und Stimme zu leisten, sondern darüberhinaus die kommunistische Kandidatur zu nutzen, um selbst diese Ziele und den Kampf um sie zu propagieren und aktiv dafür einzutreten.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution!

(Der Wahlaufruf wurde vollständig in Form einer kleinen Broschüre herausgegeben, die über die Salzburger Ortsgruppe des KB und ihre Zellen sowie über: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12 bezogen werden kann.)

Salzburger NDP-Propagandist Rebhandl - Nicht nur Faschist sondern auch großer Ausbeuter

Alle Jahre tritt Rebhandl ein bis zweimal in Salzburg auf, um seine nationalsozialistische Propaganda in die Öffentlichkeit zu bringen.

Rebhandls Frau besitzt das Bekleidungsgeschäft „Modestadl" in der Paris-Lodron-Straße, dessen Boß aber Rebhandl selbst ist. Das Geschäft ist gleichzeitig Stützpunkt für die NDP-ler; Burger fährt öfters mit seinem Mercedes vor und geht aus und ein.

Chauvinist gegen die Slowenen und slawischen Völker, Propagandist der „Gefahr der Überfremdung Österreichs durch Fremdarbeiter", beutet er die jugoslawischen und türkischen Arbeiterinnen grausam aus. Den ganzen Vormittag wird ohne Pause durchgearbeitet, das Sprechen untereinander ist verboten. Das Mittagessen muß an den Nähmaschinen innerhalb einer Pause von 20 Minuten eingenommen werden.

Die ausländischen Arbeiterinnen läßt sich Rebhandl durch gute Beziehungen zu Konsulaten kommen, einen Teil davon läßt er jeweils unangemeldet, ohne Sozialversicherung etc. arbeiten. Lohn: 1.500,- monatlich.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden gezwungen, sein faschistisches Propagandamaterial herzustellen. Die Ausstellung „Rudolf Hess" kam so zustande. Hinauswurf war die Folge für einen Busfahrer, der sich weigerte, deutsche Doppeladler etc. herzustellen.

Faschisten treten oft „radikal" gegen den bürgerlichen Ausbeuterstaat auf – daß sie für eine noch schärfere Ausbeutung sind, sieht man am Beispiel des Kapitalisten Rebhandl. G.B./B.O.

Überschwemmung Salzburg: „Wir wollen keine Almosen sondern volle Bezahlung der Schäden"

Samstag Vormittag sind wir nach Liefering-Rott gegangen, wo die Hochwasserkatastrophe am 1. August war. Jetzt, fast vier Wochen später, sind noch nasse Möbelstücke im Freien und stehen die Erdgeschoße der Häuser leer und offen zum Trocknen. Wir verteilten das Flugblatt der Ortsgruppe, in dem die Forderung erhoben wird, daß Stadt und Land die Schäden sofort bezahlen müssen. Alle, mit denen wir gesprochen haben, wiesen auf die Schuld der Stadtwerke hin, die das Saalach-Kraftwerk betreiben und das Wehr erst senkten, als alles schon überschwemmt war - und dann nur um 16 cm. Die Betroffenen wollen keine Almosen, sondern die volle Bezahlung der Schäden durch die Stadtwerke. Das Gerede der bürgerlichen Politiker über „Naturkatastrophe" etc. erscheint den Betroffenen umso durchsichtiger, als dieses Gebiet nicht einmal beim großen Hochwasser 1959 (damals führte die Saalach 90 Kubikmeter Wasser mehr pro Sekunde als am 1. August 1977) irgendeinen Schaden davontrug. Bezahlen wollen die Herrn den Schaden nicht, deshalb muß die „Natur" herhalten.

Bisher haben nur ganz wenige arme Leute eine Soforthilfe von 5.000 S erhalten. Dieses Almosen reicht nicht einmal aus, um neue Fußböden zu verlegen.

Die meisten der Betroffenen haben bisher überhaupt noch keinen Groschen gesehen. Bei der Schadensaufnahme durch die Behörden wurden Kinderspielsachen, Hobbyausrüstungen wie z.B. Anglerzeug, Bücher etc. nicht als Schäden registriert mit der Begründung, diese Dinge seien nicht „lebensnotwendig". Einem Betroffenen, dem der Schaden durch private Schätzung auf S 600.000,- geschätzt wurde, wurden so S 200.000,- gestrichen. Die Gärtnerei Rack hingegen erhielt die private Schätzung von 9 Millionen S voll bestätigt, obwohl sie überhaupt nicht im stark betroffenen Gebiet liegt.

Die Betroffenen haben sich zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam für den vollen Schadenersatz einzutreten. Diese Interessensgemeinschaft hat die Versammlung mit den Stadtpolitikern Salfenauer, Kläring und Steiner einberufen, wo diese mit ihrer Abwiegelei nicht durchkamen (siehe letzte Nummer des „Klassenkampf"). Eine Frau meinte, daß es falsch war, zu dieser ersten Versammlung sofort diese Politiker einzuladen. Richtig wäre es gewesen, sich vorher untereinander abzusprechen um dann mit festen Forderungen der Stadt entgegentreten zu können.

Das ist jetzt nach wie vor nötig. Am 15. September tagt die Schadenskommission des erste Mal. S.O./I.S.

Bürgerinitiative der Atomkraftwerksgegner Innsbruck:

Österreich raus aus der IEA!

Wie wir schon im Klassenkampf 17/77 berichtet haben - durch einen Irrtum wurde dort die Bürgerinitiative Innsbruck als BIAG Innsbruck bezeichnet - beschloß die Bürgerinitiative (BI) Innsbruck am 3.8. einstimmig die Forderung: *Österreich raus aus der Internationalen Energie Agentur!*

Im Energieplan 76 der Regierung steht: Die Kernenergie bildete einen besonderen Gegenstand internationaler Zusammenarbeit innerhalb der IEA....Die Kernkraftwerksprogramme der Mitgliederstaaten mit Prognose bis 1985 und 1990 wurden zusammengestellt." Österreich ist also durch internationalen Vertrag zur Forschung, Entwicklung und Inbetriebnahme von AKW in einem bestimmten Maß verpflichtet. Österreich steht unter Druck der Mitgliederstaaten bei der Durchführung des Kernenergieprogramms. Durch seinen Beitritt zur IEA hat es sich verpflichtet, Erdölreserven anzulegen, sie der internationalen Kontrolle unterstellt und gleichzeitig zugestimmt und sich verpflichtet, „alternative Energiequellen" zu erforschen und anzuwenden.

Wer ist eigentlich die IEA, wer hat dort das Sagen und Bestimmen, welche Ziele hat die IEA?

Sie wurde nach dem „Erdölschock", also der Tatsache, daß die Völker und Länder der 3. Welt ihre Erdölressourcen nicht länger schrankenlos durch die Imperialisten ausplündern ließen, von den wesentlichen westlichen Industrieländern unter der Oberhoheit der USA gegründet. Durch Anlage von Ölreserven, gegenseitigen Lieferverträgen im Falle der Erdölknappheit eines Landes, bzw. der gemeinsamen Nutzung und Bestimmung über die Verwendung der Erdöllager versuchten die Imperialisten sich ein Instrument zu schaffen, um der 3. Welt und ihren gerechten Bestrebungen entgegenzutreten. Gleichzeitig Treibstoff anzusammeln, um im Falle des Ausbruchs des Krieges Benzin für Panzer und Flugzeuge vorrätig zu haben, bei Nutzung anderer Energieträger, also Atomenergie für die Aufrechterhaltung der Produktion. Das schlägt sich im Gründungsdokument der IEA so nieder, daß dort die alleinige Verfügungsberechtigung über die ausgemachten Öllager dem einzelnen Land genommen wurde und kollektiver Entscheidung bedarf, daß festgehalten wurde, daß die Bevorratung in erster Linie für öffentliche und militärische Erfordernisse gedacht ist und auch nur dafür eingesetzt werden darf.

Durch den Beitritt Österreichs zur IEA hat es sich noch weiter in die Abhängigkeit der westlichen Imperialisten, ihnen voran der USA, manövriert. Denn es ist ein Leichtes zu begreifen, wer in dieser Organisation das Sagen hat, sieht man die beiden Seiten der IEA: zum einen gerichtet gegen die Bestrebungen der 3. Welt, zum anderen ausgerichtet auf den Kriegsfall für die Panzer der NATO, also Einbeziehung Österreichs in den Krieg auf Seiten und unter Kommando der NATO. Damit hat sich Österreich in der Energieplanung dem Kommando fremder Mächte unterworfen, die nun über die IEA bestimmen und Druck ausüben können, was mit der Bevorratung gemacht wird, was und wie es mit dem AKW-Programm der Regierung weitergeht.

Nach der Debatte beschloß die BI:
1. sofortige Aufnahme der Enthüllungsarbeit über die Ziele und den Charakter der IEA
2. Aufnahme der Forderung *Österreich raus aus der IEA!* in ihr Programm und Propagierung der Forderung
3. Vorschlag an die Gesamtbewegung auf der nächsten nationalen Konferenz der IÖAG, diese Forderung in die Plattform aufzunehmen.



Einer Delegation der „Mütter gegen Atomkraftwerke" gab Kreisky Anfang Juli als Antwort auf den Protest gegen das AKW-Zwentendorf: „Das Leben ist nun einmal gefährlich." Auf die entschlossene Hungerstreikaktion (siehe Bild) von Ende August wußte der im Urlaub weilende Bundeskanzler nur zu sagen, daß er „nicht zuständig" sei. Grund genug und höchste Zeit, daß die versammelte Politikerschar mit der SP-Regierung und Kreisky an der Spitze am 26. Oktober von tausenden Menschen aus ganz Österreich, durch eine Massendemonstration zur Rede gestellt wird.

Die Vorbereitung für die gesamtösterreichische Demonstration am 26. Oktober vor dem Parlament läuft an

Zwingen wir die Politiker aus Gemeinde, Landtag und Nationalrat, zu den Forderungen der IÖAG Stellung zu beziehen

In allen Bundesländern beginnen jetzt die Vorbereitungen für die Demonstration am 26. Oktober vor dem Parlament. So beschlossen die niederösterreichischen AKW-Gegner auf ihrer Konferenz am 21.8., keine Gelgenheit auszulassen, Politiker aller Parteien auf öffentlichen Veranstaltungen zur Rede zu stellen und zur Verantwortung zu ziehen. Ein Kalender mit Veranstaltungen dieser Art - die nächsten sind das „Tullner Blumenfest" und die „Wachauer Festwochen" - soll zusammengestellt werden.

Mit viel Elan gehen insbesondere die Tiroler AKW-Gegnergruppen daran, die Auseinandersetzung um inhaltliche Fragen, die in der Bewegung offen sind - siehe Artikel über die Forderung „Raus aus der IEA" - die tägliche Kleinarbeit, die Vorbereitung für den 26. Oktober zu intensivieren und zu verbessern.

Seit der Droßer Konferenz fanden in Innsbruck zwei Treffen von Vertretern der Tiroler AKW-Gegnergruppen statt, einberufen vom Innsbrucker Vertreter im Koordinationsausschuß der IÖAG. Besprochen wurde von Vertretern der Kufsteiner, Schwazer und der beiden Innsbrucker Initiativen die Beschlüsse der Droßer Konferenz und ihre Umsetzung, die Vorantreibung der internen Debatte über die festgelegten inhaltlichen Fragen und Streitpunkte in der Bewegung, insbesondere die Vorbereitungsarbeit der nationalen Demonstration am 26.10. zum Parlament in Wien und dabei vor allem die Aufgabe, Tiroler Nationalräte, führende Landes- und Gemeindepolitiker bei möglichst vielen Gelegenheiten zu stellen.

Bei den Treffen wurde beschlossen, die örtliche Informationsarbeit zu verbessern, die tägliche Kleinarbeit mehr noch als bisher voranzutreiben, die Arbeit im ÖGB zu verstärken und vermehrt zu den volksfeindlichen Beschlüssen der ÖGB-Führung zur AKW-Frage aufzutreten.

Ein weiterer wichtiger Punkt, zu dem Beschlüsse gefaßt wurden, war die Konfrontation mit den Politikern auf Gemeindeebene: Jede Initiative verpflichtete sich, diese Sache in ihrem örtlichen Bereich umgehend anzugehen. Vor allem sollen die Innsbrucker Gemeinderatswahlen genützt werden, um die Politiker mit den Forderungen der IÖAG zu konfrontieren und sie zur Rede zu stellen.

Die Atommüllagerpläne in Tirol - im Ötztal und in der Wattener Lizum - bieten dabei einen besonderen Ansatzpunkt, wobei der Widerspruch in den Aussagen der Politiker „Nein zur Atommüllagerung in Tirol, Ja zu Zwentendorf" genutzt werden muß, um sie festzunageln und aufzuzeigen, wessen Interessen sie vertreten.

Festgehalten wurde auch, daß aufgedeckt werden muß, daß die TIWAG mit dem größten Anteil aller Landesgesellschaften am Zwentendorfer Reaktor beteiligt ist, daß eine neue Stromleitung in Tirol bereits gebaut ist, um den Strom des AKW Zwentendorf bis nach Vorarlberg zu leiten. Über die Frage, wie man auch die Tiroler Nationalräte und führende Landespolitiker stellen könnte, wie man sie mit den Forderungen der AKW-Gegner konfrontieren könnte, gab es den ersten Meinungsaustausch. In einem Brief der Bürgerinitiative Innsbruck an alle Initiativen der IÖAG in Tirol, an alle Kräfte, Vereine und Organisationen, die gegen das AKW-Programm der Regierung eintreten, heißt es dazu:

„Die verantwortlichen Politiker Tirols müssen noch vor der Parlamentsdebatte der Bevölkerung Rede und Antwort stehen, zu den Forderungen der IÖAG öffentlich Stellung beziehen, das sind
o die Tiroler Nationalratsabgeordneten
o die Tiroler Landeshauptleute
o Tiroler Politiker, die in den Aufsichtsräten der E-Wirtschaft sitzen
o die führenden Gemeindepolitiker sämtlicher Parteien;

Grundsätzlich gilt: Überall dort, wo sich ein Politiker zeigt, muß er von der Bevölkerung gestellt und mit den Forderungen der IÖAG konfrontiert werden. Das ist in jedem Fall wichtig, muß in jeder Gemeinde gemacht werden. Spricht er sich für unsere Forderungen aus, dann können wir ihn in aller Öffentlichkeit festnageln - oder windet er sich, dann wird jedem klar, daß auf diesen Herrn kein Verlaß ist, daß es an uns allen liegt, ob das AKW-Programm zum Scheitern gebracht wird.

Das wird Druck brauchen, also breite Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit allen Kräften, Organisationen und Vereinen der AKW-Gegner, bei Einhaltung der Prinzipien der Zusammenarbeit: „Einheit der Aktion, Freiheit der Agitation". Im September und Oktober könnten dann auch Gemeinderatssitzungen zu diesem Zweck genutzt werden, wo breitest zu deren Besuch hinmobilisiert wird, gemeinsam hingegangen wird und mit Transparenten, Flugblättern, Plakaten usw. dort aufgetreten und der Standpunkt der Mehrheit des österreichischen Volkes dargebracht wird.

Bei den Tiroler Nationalratsabgeordneten und Landeshauptleuten, bei den „großen Tieren" der einzelnen Parteien, wird die Mobilisierungskraft und der Druck, den eine einzelne Initiative ausüben kann, nicht ausreichen, um sie zu stellen. Da wird es die gesamten Kräfte Tirols brauchen.

F.N.

Der Hungerstreik ge... hat wich...

Von Montag, 22. August, bis Donnerstag Mittag, 25. August, führten neun Vorarlberger Frauen der Organisation „Mütter gegen Atomkraftwerke" direkt gegenüber dem Bundeskanzleramt in Wien einen Hungerstreik durch. Zentrales Aktionsziel war die Erzwingung einer Stellungnahme des Bundeskanzlers zu den Gerüchten um einen bevorstehenden Probebetrieb im Zwentendorfer AKW und die Zusicherung, diesen in nächster Zeit und vor der geplanten Parlamentsdebatte *nicht* zu genehmigen.

Kreisky hat auf die Forderungen des Hungerstreikkomitees der neun Frauen auf dem Ballhausplatz nicht geantwortet. Erst auf Drängen der Vorarlberger Arbeiterkammer und Katholischen Jugend hat er diesen gegenüber bekanntgegeben, daß er für den Probebetrieb rechtlich nicht zuständig sei und die geforderte Zusicherung nicht geben könne.

In der abschließenden Erklärung der hungerstreikenden Frauen heißt es: „Es sind nun Antworten vom Leiter des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt Univ.Prof.Dr.Ludwig Adamovich, von Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr.Ingrid Leodolter und Herrn Dir.Dipl.Ing.Alfred Nentwich von der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. eingelangt, die uns zwar nicht ganz beruhigen, aber uns die Hoffnung gegeben, daß **vor** einem Parlamentsbeschluß der radioaktive Probebetrieb **nicht** aufgenommen wird.

Deshalb haben wir heute, Donnerstag, den 25.8.1977, 13 Uhr den Hungerstreik abgebrochen. Sollten irgendwelche Anzeichen erscheinen oder Tatsachen entstehen, die unsere Hoffnung in Frage stellen oder zerstören, so werden wir wiederkommen. Wir sind sicher, daß unsere Zahl sich dann vervielfachen wird.
Hochachtungsvoll
Maria Summer, Regine Hoffmann, Relinde Plank, Resi Dorn, Elisabeth Bitsche, Grete Rünzler, Mathis Anna, Hedwig Heinzle, Gertrud Forstner"

Der Hungerstreik hat beträchtliche propagandistische Wirkung in Tageszeitungen, Fernsehen und Radio gezeigt. Das hat bestimmte Gründe und spiegelt folgendes wider:

1. Die Auseinandersetzung über den Bau von Atomkraftwerken in Österreich und ihre Auswirkungen unter den bestehenden Verhältnissen hat breite Volksmassen erfaßt. Die Entwicklung der Bewegung gegen Atomkraftwerke - zuletzt die beiden Demonstrationen in Zwentendorf und Allentsteig vor dem Sommer - und die endgültige Fertigstellung des ersten AKWs Österreichs hat eine gespannte Lage geschaffen: Die E-Gesellschaften, die Regierung und die gesamte Kapitalistenklasse versuchen eine weitgespannte ideologische und politische Rechtfertigungskampagne für AKW zu inszenieren. Zugespitzt wird diese Kampagne auf den Betrug mit der sogenannten Parlamentsentscheidung über AKW. Gerade hiezu aber waren die Stellungnahmen und das gesamte Aktionsziel der hungerstreikenden Frauen nicht eindeutig: Einerseits entstand der Eindruck, daß es vor allem darum ginge, vor der ehrwürdigen Parlamentsentscheidung keinen Probebetrieb zuzulassen und sich dann dem schon heute feststehenden Spruch der angeblichen höchsten Volksvertretung zu beugen. Andererseits sprachen die Erfahrungen der „Mütter gegen AKW" selbst, die sie mit den bürgerlichen Politikern machten, dafür, daß man den Politikern keinen Glauben schenken und den Kampf gegen AKW auf die eigenen Kräfte gestützt führen muß.

2. Das Aktionsziel der Vorarlberger Frauen beruhte auf der mit ziemlicher Sicherheit falschen Annahme, daß die Brennelemente im Zwentendorfer Werk bereits montiert seien, und der Probebetrieb technisch ab

gen die Inbetriebnahme von Zwentendorf tige Fragen aufgeworfen

sofort durchführbar wäre. Offenbar haben gezielte Falschmeldungen in einzelnen Zeitungen dazu beigetragen. Dies erleichterte es jedenfalls dem Gegner, unter Verweis auf einen frühestens Ende 1977 möglichen Probebetrieb die Aktionen der Frauen lächerlich zu machen und sie zur Aufgabe zu bewegen. Trotz der falschen Annahmen und falschen taktischen Orientierung hat der Hungerstreik zu interessanten Reaktionen der GKT (=Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld) und verschiedener Politiker geführt. Sie bestätigten zugleich, daß es wichtig ist, wenn wir uns und auch die IÖAG (Initiative Österr. Atomkraftwerksgegner) sich darauf orientieren, die erst bevorstehende Anlieferung der Brennelemente, die von Westdeutschland über Salzburg oder Oberösterreich nach Zwentendorf geliefert werden, zu bekämpfen, zu verzögern, zu blockieren.

So schreibt die amtliche „Wiener Zeitung" am 23.8., dem ersten Tag des Hungerstreiks: „Wie (von der GKT) erklärt wurde, könne rein technisch erst Ende 1977/Anfang 1978 mit der Beladung des Reaktors mit Brennelementen und mit den sogenannten Nulleistungsversuchen begonnen werden. Auch der bereits bewilligte Antransport der Brennelemente aus der BRD hat noch nicht eingesetzt, da die Genehmigung für die Lagerung neuer Brennelemente auf dem Kraftwerksgelände noch aussteht. Die diesbezüglichen Auflagen werden seitens der Gesellschaft Ende August erfüllt sein."

Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft ist also in den nächsten Tagen und Wochen am Platz.

3. Die Sprecherin der hungerstreikenden Frauen - deren Aktion im Rahmen des Kampfes gegen die imperialistische Energiepolitik und das Atomprogramm gerecht war und unbedingt Unterstützung verdiente - betonte, daß sie über die Forderung gegen die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Werks hinaus ein „atomfreies Österreich" anstrebt. Solche Auffassungen sind in der gesamten Bewegung gegen AKW stark vertreten. Demzufolge werden zwar die Gefahren gesehen, die heute von den AKWher der werktätigen Bevölkerung drohen, aber die Ursachen werden in der Gefährlichkeit der Atomspaltung selbst gesehen, nicht im Privateigentum der Kapitalisten und des kapitalistischen Staates an den Produktionsmitteln, nicht in dem einzig treibenden Motiv und ausschlaggebenden Gesichtspunkt, unter dem die Kapitalisten die gesamte Warenproduktion organisieren, nämlich größtmögliche Profite für sich herauszuschlagen.

Die kapitalistische „Nach-uns-die-Sintflut"-Moral kommt im Atomprogramm besonders kraß und deutlich zum Ausdruck.

Von alledem oder von der Rolle der Internationalen Energieagentur gegenüber der 3.Welt sowie angesichts der wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges und von Österreichs Mitarbeit in der IEA war in den Tagen und anläßlich des Hungerstreiks wenig bis gar nichts zu hören.

4. Die Berichterstattung in den bürgerlichen Zeitungen, in Radio und Fernsehen war peinlich bemüht, jeden Zusammenhang der Hungerstreikaktion mit dem Kampf, den Forderungen und den nächsten Schritten der IÖAG zu leugnen und zu verschweigen. Das war möglich, weil die IÖAG sich nicht klar und öffentlich hinter den Hungerstreik stellte und nicht daran anknüpfend die aus ihrer Warte vordringlichen Aufgaben hervorstrich. Tatsächlich aber war der Hungerstreik eine gute Möglichkeit, um in ganz Österreich die Vorbereitungen für den Kampf gegen die Anlieferung der Brennelemente bekanntzumachen und voranzutreiben und um die Demonstration zum Parlament am 26.Oktober zu propagieren, wo den Bundeskanzler, der jetzt nicht bereit war, hungerstreikenden Frauen Bescheid zu geben, und die gesamte Regierung sowie die Oppositionsparteien tausende Menschen in der nötigen Art zur Rechenschaft ziehen werden.

Im Lichte dieser vier Punkte muß die Berichterstattung über den Hungerstreik gesehen werden und kann die Aktion selbst eingeschätzt sowie einige wichtige Lehren für die Zukunft gezogen werden.

J.R.

Atomkraftwerke nein - kein Parlamentsentscheid darf anders sein!

Eine Dokumentation, herausgegeben von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner

„ATOMKRAFTWERKE NEIN - KEIN PARLAMENTSENTSCHEID DARF ANDERS SEIN"

Eine Dokumentation, herausgegeben von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner

30 Seiten, A4, Preis: 15.-öS

Erhältlich über die Gruppen der IÖAG in ganz Österreich sowie über die Ortsgruppen und Sympathisantengruppen des KB. Zu bestellen auch unter: IÖAG Postfach 138; 1071 Wien

REGIERUNGSMATERIALIEN, GESETZE UND ABKOMMEN ÜBER ATOMKRAFTWERKSBAU UND IMPERIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK IN ÖSTERREICH

106 Seiten Preis 20 S

Zu bestellen bei: Alois Wieser Ges.m.b.H., „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Wegen Anti-AKW-Losung auf dem Gebäude der E-Gesellschaft zu 8.500 Schilling verurteilt

Urteil gegen Stefan Nagy muß fallen !

Am 16.8.1977 fand in Linz die zweite Verhandlung gegen Stefan Nagy statt. Nagy hatte auf das Gebäude der OKA, der Oberösterreichischen Kraftwerksgesellschaft geschrieben: „Unsere Gesundheit für Euren Profit? - Atomkraftwerke nein!"

Nagy wies hin auf eine Reihe von Solidaritätsadressen von Gruppen von AKW-Gegnern, die gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern protestieren und Nagys Freispruch forderten. Die von ihm geschriebene Parole drücke den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung aus. Der Richter hielt dem wieder nur entgegen, daß er über die Richtigkeit der Parole nicht zu urteilen habe, daß aber auf jeden Fall eine Sachbeschädigung vorliege. Der Richter tat als stünde das Gericht über diesen Dingen. In Wirklichkeit hat er nur gezeigt, daß die Gesetze so beschaffen sind, daß es das Gericht gar nicht nötig hat, offen im Dienst der herrschenden Klasse zu sprechen. Wenn einer, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, denen die alles besitzen, alles an sich gerissen haben, seine Meinung auf die Hauswand schreibt, ist das kriminell für das bürgerliche Gericht.

Nagy fügte sich nicht in die Rolle des Angeklagten, sondern erhob selbst Anklage. Gegen die Regierung, die gegen den Willen der großen Mehrheit ihr AKW-Programm durchpeitschen will. Gegen die Polizei, die ihn sofort verhaftet hatte, aber in Kärnten z.B. seelenruhig zusah, wie Heimatdienstler zweisprachige Ortstafeln abmontierten. Nagy, der sich selbst verteidigte, konnte die Einvernahme des Vertreters der OKA gut nutzen. Er fragte:

-Wieviel die OKA für AKW-Propaganda ausgebe

-ob die OKA ebenso wie ausländische Energiegesellschaften Berechnungen über die Rentabilität von Kernkraftwerken anstelle, in denen ein Menschenleben mit 100$ veranschlagt sei.

Der OKA-Vertreter, hin- und hergerissen zwischen Hilflosigkeit und Entrüstung, stammelte nur, er sei dafür nicht zuständig.

Stefan Nagy erhielt kräftige Unterstützung aus dem Publikum. Am Schluß seiner Verteidigung wurde dreimal der Sprechchor gerufen: „Unsere Gesundheit für euren Profit - Atomkraftwerke nein!" und ein Transparent mit dieser Parole entrollt.

Stefan Nagy wurde schuldig gesprochen, die Strafe mit 8.500.-S bemessen. Die Bedeutung dieses Urteils macht der Kommentar der „Presse" klar: „Es ist dies das erste bekanntgewordene Urteil über eine derartige Sachbeschädigung. Es war längst überfällig." (Presse, 17.8.1977)

Die Klassenjustiz hat ein Urteil gesprochen, auf das sie sich bei allen weiteren Verhandlungen berufen möchte. Es liegt an allen AKW-Gegnern, es liegt an allen Menschen, die unter Meinungsfreiheit nicht die Freiheit der Herrschenden meinen - das Volk zu betrügen - diesem Urteil entgegenzutreten, für die nächste Verhandlung die Unterstützung zu verstärken und einen Freispruch zu erzwingen!

FREISPRUCH FÜR STEFAN NAGY!

O.M.-OG-Linz

Zum offenen Brief wegen Brennelementetransportes durch OÖ

Die oberösterreichischen AKW-Gegner haben am 18. August der O.Ö. Landesregierung im Rahmen einer Protestkundgebung einen offenen Brief übergeben, der an Landeshauptmann Wenzl gerichtet war und in dem die Zurücknahme der Genehmigung des Brennelementetransportes (für Zwentendorf) durch Oberösterreich gefordert wurde.

Der offene Brief wurde von Landeshauptmann-Stellvertreter Possart entgegengenommen. Im Gespräch bei der Übergabe, das natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit in seinem Büro stattfand, verwies Possart die AKW-Gegner an die Bundesregierung mit der Behauptung, die O.Ö. Landesregierung sei gar nicht für die Genehmigung des Brennelementetransportes zuständig.

Possart mußte jedoch zugeben, daß dieser Transport meldungspflichtig, und zwar bei den Bezirkshauptmannschaften, sei. Auf die Frage, ob die Landesregierung gegen die Durchführung des Transportes auf den oberösterreichischen Straßen nicht Einspruch erheben könne, schwieg er. Wie man weiß, ist dieser Einspruch möglich. Weiters stellte Possart fest, daß bisher keine Meldung bei den oberösterreichischen Behörden vorliegt. Die Behörde weiß also angeblich offiziell noch nichts!

Auf den Vorwurf, Landeshauptmann Wenzl stelle sich eindeutig in die Reihen der AKW-Betreiber, gab es nur windige Ausflüchte: Die Atomkraftwerke seien die Angelegenheit der Regierung und der Elektrizitätsgesellschaften. Darauf hingewiesen, daß Wenzl Aufsichtsratsvorsitzender der OKA (Oberösterr. Kraftwerksgesellschaft) sei, meinte Possart: Die OKA hat ja nur einen Anteil von 8 % am AKW Zwentendorf, das ist ja nicht viel. Mit einem Wort, die Landesregierung ist kaum verantwortlich.

Das Gespräch zeigte klar, solange es uns nicht gelingt, die Politiker öffentlich mit unseren Forderungen zu konfrontieren, sie zu zwingen zu sagen, ob sie jetzt die Forderungen der IÖAG unterstützen oder nicht, ob sie jetzt Einspruch erheben gegen den Brennelementetransport oder nicht, solange werden uns diese Herren nur ihre Schmähs um die Ohren werfen und weiter ihr betrügerisches Geschwätz vom Stapel lassen.

K.Ba./OG Linz

Niederösterreichs AKW-Gegner fordern LH Maurer auf, Brennelementetransport durch N.Ö. nicht zu bewilligen

Am 21.8.1977 fand eine weitere Landeskonferenz der niederösterreichischen AKW-Komitees statt. Zur Vorbereitung der Demonstration vom 26.Oktober wurden mehrere Maßnahmen beschlossen. Zur besseren Koordnierung der Gruppen wurde ein Organisationskomitee gewählt, und bei der nächsten Landeskonferenz in vier Wochen soll ein Text für ein gemeinsames Flugblatt vorliegen, das zur Demonstration vor dem Parlament mobilisieren soll.

Es wurde beschlossen, an Landeshauptmann Maurer folgenden offenen Brief zu senden:

Als zuständigen Politiker für die Genehmigung von radioaktiven Transporten auf niederösterreichischem Territorium fordern wir Sie auf, den Anlieferungstransport der Brennelemente für das Kernkraftwerk Zwentendorf auf niederösterreichischem Gebiet nicht zu genehmigen...

Wir hingegen fordern:
Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf, kein Nullast-, Teillast- oder Probebetrieb!
Kein Atomkraftwerk in St.Pantaleon, Bogenhofen und anderswo in Österreich!
Kein Atomkraftwerk an Österreichs Grenzen!
Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich!

ÖBB-Personalvertretungswahlen - Liste Aktionsprogramm wird vorbereitet


Bei den Personalvertretungswahlen müssen die Interessen der Bundesbahner im Vordergrund stehen!

Für die Personalvertreter dürfen nur die Interessen der Kollegen maßgeblich sein

Obenstehendes Flugblatt wurde von einer Gruppe von Eisenbahnern verfaßt und verbreitet, die die Aufstellung einer klassenkämpferischen Liste für die Personalvertretungswahlen anstreben.

Ende November 1977 werden 74 000 Eisenbahner in ganz Österreich ihre Personalvertretung (PV) wählen. Diese Wahlen stehen im Zeichen der Reallohnsenkung, die das letzte Gehaltsabkommen brachte und der Rationalisierungsmaßnahmen, die im Zuge des Einsparungskonzepts der Regierung gegenüber den Eisenbahnern durchgesetzt werden sollen. Weitere Ausdehnung der Arbeitszeit, weitere Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit drohen. Bei der Durchsetzung dieses Programms kann sich die ÖBB-Verwaltung einerseits auf die unzureichenden Gehaltsabschlüsse in den letzten Jahren stützen, die die Kollegen zur Mehrarbeit zwingen. Andererseits kann sie mit Hilfe des Dienstrechtes Druck auf die Kollegen ausüben.

Um diesen Bestrebungen wirksam entgegentreten zu können, müssen die Kollegen ein Programm entwickeln, das von ihren Interessen ausgeht und die Herstellung ihrer Einheit ermöglicht. Ein Schritt in dieser Richtung ist der 5-Punkte-Vorschlag einer Gruppe von Eisenbahnern für die PV-Wahl. Ihr Ziel ist die Aufstellung einer Liste bei den PV-Wahlen, deren Programm die wesentlichen Forderungen gegen die herrschenden Arbeitsbedingungen enthalten muß und auf der alle Kollegen, unabhängig von ihrer Weltanschauung oder der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, kandidieren können, sofern sie fest auf dem Forderungsprogramm der Liste stehen. Auf jeder einzelnen Dienststelle sollen auch jene Forderungen ins Programm der Liste aufgenommen werden, die geeignet sind, die dringendsten Probleme der betreffenden Dienststelle zu lösen.

Das Flugblatt hat bereits bisher unter den Eisenbahnern ausgezeichnete Wirkung gezeigt. In vielen Dienststellen wird es diskutiert und in einigen haben sich Eisenbahner zusammengefunden, um eine „Liste Aktionsprogramm" vorzubereiten. In einigen Hauptwerkstätten und Bahnhöfen wurde eine Wandzeitung mit den Hauptforderungen des Flugblattes der Eisenbahnergruppe öffentlich angeschlagen. So auch in der Linzer Hauptwerkstätte, einer Dienstelle, an der die Zelle ÖBB der Ortsgruppe Linz des KB Österreichs schon seit längerem am Zusammenschluß der Eisenbahner und für die Verbreitung des Kommunismus arbeitet. Dort erregte es den Unwillen eines revisionistischen GLB(Gewerkschaftlicher Linksblock)-Funktionärs, der es entfernen wollte. Er stellt sich damit gegen die für die Arbeiter unbedingt notwendige Diskussion über die dringendsten Forderungen und Kampfaufgaben der ÖBB-Bediensteten. So wie in Linz die Kollegen das Flugblatt wieder angeschlagen haben, nachdem der KPÖ-ler es entfernt hat, so muß überall die Debatte über diesen Vorschlag und ein Aktionsprogramm geführt werden.

An einigen Dienststellen haben die Kollegen auch schon gemäß der Aufforderung im 1. Flugblatt konkrete Forderungen für ihre Dienststelle aufgestellt. Von überall, wo es Diskussionen gegeben hat und gibt und fortschrittliche und kämpferische Eisenbahner Forderungen diskutieren und aufstellen, sollten Briefe und Zuschriften an die vom Flugblatt der Gruppe der Eisenbahner angegebene Kontaktadresse geschickt werden:
Robert Kremlicka, 1235 Wien, Oktaviangasse 2-4/9/2/9.

Dringende Forderungen der Eisenbahner im örtlichen Bereich:

Hauptwerkstätte Linz - Maler

Zweimal ein halber Liter bzw. ein Liter Milch pro Tag und Mann ist notwendig, um der Gefahr von gesundheitlichen Schäden entgegenzuwirken, bzw. die Gefahr von Krankheiten zu mindern.

Gefordert wird also die kostenlose Ausgabe von Milch für Maler, die mit Lacken arbeiten. Die Milch muß von der Verwaltung und nicht von den Kollegen selbst bezahlt werden. Diese Forderung der Kollegen ist richtig, nicht nur weil in den größeren Lackfabriken und beim Bundesheer Milch an Maler, Lackierer usw. ausgegeben wird, sondern weil die Arbeiter ein Interesse daran haben, ihre Ware Arbeitskraft, von deren Verkauf im Kapitalismus sie täglich leben müssen - vor gesundheitlichen Schäden bewahren müssen. Sie ist ein erster Schritt im Rahmen des Kampfes für Schutzregelungen, die die Kollegen vor gesundheitlichen Schäden bewahren und für bessere Arbeitsbedingungen.

Darum ist die Forderung nach der kostenlosen Ausgabe von einem Liter Milch pro Tag und Mann für Maler notwendig und richtig. Zelle ÖBB/Ortsgruppe Linz

Fahrleitungsmeisterei Linz I und II (Elektro-streckenleitung)

Der Dienst der Kollegen bei der Elektrostreckenleitung ist schwer und gefährlich. Die Kollegen arbeiten dauernd im Freien, bei jedem Wetter und in jeder Jahreszeit. Bei schlechtem Wetter - besonders im Herbst - kommt es häufiger zu Störungen und die Kollegen müssen zu Störungsbehebungen rausfahren.

Aus diesen Gründen fordern die Kollegen: Die Ausgabe von *eigenen Gummistiefeln* für jeden und weiters die Ausgabe von *Keilhosen*, da diese Hosen besser gegen Schnee abschließen. Weiters wird von den Kollegen, bereits seit Jahren und immer wieder versprochen, eine wasserdichte und für die Arbeit geeignete *Regenschutzbekleidung* gefordert. Die üblichen Regenmäntel sind völlig ungeeignet für das Mastensteigen.

Für die Arbeit selbst fordern die Kollegeneinen *HIAB-Kran* auf den Turmwägen, da der derzeitige Turmwagen z.B. zur Montage von Zweigleisauslegern nicht geeignet ist.

Knittelfeld: Keine Zwangsversetzungen bei der ÖBB!

Im Februar heurigen Jahres wurden acht Lokführer von der Zugförderungsleitung Knittelfeld zur Zugförderungsleitung Villach versetzt. Eine Versetzung bedeutet in den meisten Fällen nicht nur eine Trennung von der Familie sondern zusätzliche Ausgaben für Essen und Schlafen - so z.B. ein Betriebsleiter, zu den nach Villach versetzten Lokführern: „Da oben sind ein paar Gasthäuser, schauts Euch gleich nach einem Zimmer um. Es kostet ca. 800,- bis 1.000,- S monatlich für Schlafen und Frühstück."

Weniger Freizeit, da großer Zeitaufwand für An- und Heimreise zum Dienst; durch ungünstige Anreiseverbindungen muß man manchmal bis zu 12 Stunden früher anreisen. Es wird zur Regel, daß Lokführer vier, fünf Tage oder länger nicht nach Hause fahren, weil es sich nicht auszahlt. - Die Fraktionen der SP und KP dienen nur der ÖBB-Verwaltung, um diese und ähnliche Maßnahmen gegen die Kollegen durchzusetzen. Das kann man daran sehen, was die beiden Fraktionen, SP und KP, die den Vertrauensmännerausschuß Knittelfeld bilden, dazu sagen:

SP: „Da kann man nun nichts machen. Das war schon immer so,.... Wir haben eh protestiert, aber es kommt halt von oben.... Was wollt Ihr denn, Ihr seid ja noch jung und zum Teil ledig... Wir haben schon mit dem Personalausschuß gesprochen. Treffen uns demnächst in Wien mit dem Zentralausschuß." (alle Sprüche vom Vertrauensmännerausschußobmann in einer Debatte in der monatlichen Schule). Nach der Fahrt zum ZA erschien von ihm ein Flugblatt: „In mühevollen und zähen Verhandlungen ist es uns gelungen, die Abordnung bis 1.Mai 1977 aufrechtzuerhalten." (Bei Abordnung bekommt man eine finanzielle „Entschädigung"; bei Versetzung nur mehr Verheiratete eine Trennungszulage).

Die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock wetterte in ihrem Flugblatt Februar 77 dazu: „Eine Abordnung, die weder von der örtlichen Verwaltung noch von der gesamten Kollegenschaft gewünscht wird ist eine ernste Angelegenheit. Damit dem Personalausschuß in Villach für immer klar gemacht wird, daß sich die Knittelfelder solche Abordnungen nicht gefallen lassen, wäre eine klare und einheitliche Ablehnung notwendig!,... Weiters geht aus der Vorgangsweise der SP-Fraktion klar hervor, daß sie nicht gewillt war und ist, dieses Problem gemeinsam mit den gewählten Vertrauensmännern zu lösen.... Wir meinen: Diese undemokratische und eigenmächtige Vorgangsweise der SP-Fraktion in einer so entscheidenden Frage ist ein Schaden für alle Kollegen!" Von keinem Vertrauensmännerausschuß sei es in Knittelfeld oder Villach, von keinem Personalausschuß wurde gegen diese Verschlechterung der Lage der betroffenen zwangsversetzten Lokführer wirklich der Kampf aufgenommen, sondern mittels ihrer Fraktionen haben sie nur versucht, die Spaltung und die Bindung der Lokführer an die herrschende Klasse voranzutreiben. (Alt gegen Jung; Verheiratete gegen Ledige) Beide haben gleiche Ziele, nur die Mittel dazu sind ein klein wenig verschieden (die vorhin erwähnte zweite Fraktion hat es zum Teil ihrer Taktik gemacht, radikale Sprüche zu klopfen).

Zur Zeit ist es von Seiten des Vertrauensmännerausschusses und diverser Vertreter still geworden in Bezug auf die Versetzung der Lokführer (ja, man könnte meinen, diese sei schon längst aufgeschoben worden). Tatsache ist jedoch, daß noch immer fünf Kollegen in Villach sind und weitere - hört man ab und zu von „kleinen" Verwaltungsbeamten - sollen folgen.

Von der SP- und KP-Fraktion ist in dieser Frage nichts zu erwarten. Wir müssen unsere Interessen selber in die Hand nehmen. Fangen wir gleich bei den kommenden PV-Wahlen an. Stellen wir eine Liste mit dem Forderungsvorschlag einer Gruppe von Eisenbahnern auf. Schließen wir uns hinter diesem Vorschlag zusammen.

Westbahnhof Wien: „Bei uns brodelt es nur so"

Um das Forderungsprogramm zu den Personalvertretungswahlen zu verbreiten, gingen wir im Westbahnhof agitieren. Wir debattierten länger mit einigen Verschiebern und Arbeitern in der Abteilung Expreßgut.

Jeder Eisenbahner, den wir mit dem Forderungsprogramm ansprachen, zeigte großes Interesse und begann gleich über seine Arbeitsbedingungen zu erzählen. „Bei uns brodelt es nur so", konnten wir oft hören.

„Kreisky redet groß von Arbeitsplatzsicherung, doch es geschieht genau das Gegenteil: In der letzten Zeit wurden ein IA-Posten und drei Verschieber eingespart. Und oben kommen immer mehr dazu. In der Fahrdienstleitung sitzen statt zwei plötzlich fünf. Auch die vollautomatische Weichenstellanlage brachte für uns keine Erleichterung. In der „Papierburg" läßt es sich leicht sagen, daß der Waggon dort, und der dort hinkommen soll. Doch wir müssen Tonnen verschieben. Egal ob es 30 Grad über oder unter Null hat und uns der Schweiß beim Arsch hinunterrinnt. Für uns wurde die Arbeit nur noch gefährlicher und mehr. Gerade vorher ging ein Kollege mit einer Gallenkolik heim. Ich laß mich nicht ruinieren!" Und was sagte die Personalvertretung dazu? „Ach, von der ist doch nichts zu erwarten! Die sagt dazu noch ja, und will uns einreden, daß das so gut ist."

Einige ÖBB-Bedienstete verlangten noch ein paar Flugblätter mehr, damit sie auch mit ihren Kollegen darüber sprechen können.

Sie versprachen, das Forderungsprogramm genau zu lesen und wir mußten ihnen versprechen, wiederzukommen und mit ihnen dann über die einzelnen Forderungen genau zu diskutieren. H.S, W.D.

Der Vorschlag der Gruppe von Eisenbahnern stößt auf Interesse. Ein Lokführer meinte, nachdem er das Flugblatt der Gruppe der Eisenbahner gelesen hatte:

„Im wesentlichen sind die Schwerpunkte der Forderungen richtig, und sie entsprechen dem, was die meisten Kollegen denken. Die Schwierigkeit ist eben nur, daß keiner den Mut hat, solche Fragen aufzugreifen, wenn bei den Versammlungen die SP-Gewerkschaftsführer auftreten und mit faulen Schlagwörtern alles niederreden. Ich habe einmal erlebt, daß ein Kollege bei so einer Versammlung aufgestanden ist,

Für die Personalvertreter dürfen nur die Interessen der Kollegen maßgeblich sein

Gespräch zwischen zwei Eisenbahnern

B: Da wird wieder viel von Erfolgen in unserem Interesse usw. die Rede sein. Sogar die Spitzenpolitiker der Parlamentsparteien, die jetzt vier Jahre lang bei jedem Gehaltsabkommen, bei jeder Budget-Debatte nichts als Hetzreden für uns und die anderen öffentlich Bediensteten übrig gehabt haben, werden auf einmal wieder ihre Liebe zu den Eisenbahnern entdecken.

A: Das muß nicht so sein. Es hat sich einiges geändert bei der Bahn und unter den Kollegen in der letzten Zeit. Die Generaldirektion hat mit der Durchsetzung des „Unternehmenskonzepts bis 1985" begonnen und viele Kollegen sehen schon, wohin das führt. Doch immer mehr sehen auch, daß die Regierung dahintersteckt und sie sehen weiters, daß nach jeder Regierungsklausur das Kapital fest applaudiert, wenn wieder etwas beschlossen wird, das auf unsere Kosten für sie wieder weitere Milliarden aus dem Budget fließen läßt.

B: Sicher, da ist etwas Wahres dran. Aber der Staat braucht Geld, und da müssen alle, auch die Eisenbahner, gewisse Belastungen auf sich nehmen.

A: Du meinst, damit der Staat weiterhin seine Leistungen verbessern kann. So in der Richtung, daß unsere Pensionen jetzt trotz eines niedrigen Pensionsbeitrages gesichert sind?

B: Ich bin auch nicht einverstanden damit, daß unser Pensionsbeitrag um 2% erhöht wird. Aber das ist eben eine der Fragen, wo wir öffentlich Bedienstete zurückstecken müssen.

B: Das weiß ich ja selbst alles, wo sie wirklich konsequent mit ihrem Sparen sind, das ist nur bei uns. Und besonders mit dem ÖBB-Defizit rechtfertigen sie alles an Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen.

A: Das wird auch immer mehr zur entscheidenden Frage. Wer Ja sagt zur Rationalisierung der ÖBB, der wird auch Ja sagen zu jedem einzelnen Angriff auf uns - beim Gehalt, bei der Arbeitszeit, bei der Dienstpostenkürzung und beim ganzen Dienststrafsystem. Denn die ganze Rationalisierung geht nur gegen uns einfache Eisenbahner - oder glaubst du, daß sie in den Direktionszimmern und bei den Vorständen einsparen werden?

B: Ich glaube, einen so naiven Eisenbahner gibts in ganz Österreich nicht, der das glaubt. Aber jetzt sind wir ganz von den Wahlen abgekommen.

A: Das meine ich gar nicht. Umgekehrt: wir sollten uns nicht durch die Wahlen von diesen Problemen, wie wir sie jetzt beredet haben, ablenken lassen.

B: Meinst du, daß die PV-Wahlen ein Ablenkungsmanöver, ein Theater sind, auf das man nicht hineinfallen soll?

A: So war das nicht gemeint. Obwohl natürlich die ganzen Versprechungen in der Wahlpropaganda der Fraktionen und die Enttäuschung, die vor allem über die SPÖ-Fraktion herrscht, schon schädliche Auswirkungen zeigen: auch zu mir haben schon Kollegen gesagt, sie werden aus Protest gar nicht mehr wählen. Oder aus Protest Linksblock oder Christliche wählen.

B: Das führt doch höchstens dazu, daß die Verwaltung sagen kann: „Seht ihr, es besteht sowieso kein Bedarf an der Interessensvertretung, ist eh alles in Ordnung." Oder daß sich die anderen Fraktionen ins Fäustschen lachen, obwohl sie im Grunde genommen auch nicht besser sind.

A: Genau. Es gibt zwar - genauso wie bei der sozialistischen Fraktion - auch bei den anderen gute und aufrechte Mitglieder und Vertrauensmänner. Aber ihre Spitzen sind alle für die Sanierung des Staatshaushalts in der einen oder anderen Form - und das geschieht auf unsere Kosten, daran gibts nichts zu rütteln.

B: Man hat ja auch keinen Einfluß auf die Politik der Personalvertretung.

A: Das muß nicht so sein. Was würdest du sagen, wenn sich eine Gruppe von Kollegen an dich wendet und sagt: „Wir wollen ein Forderungsprogramm an die Verwaltung aufstellen unter Mitwirkung aller Kollegen. Darin sollen die dringendsten Probleme der Eisenbahner behandelt werden, die von der Vertretung in der nächsten Zeit durchgesetzt werden müßten. Wir verpflichten uns öffentlich, auf dieses Programm. Wenn wir gewählt werden, werden wir alles tun, damit die Kollegenschaft diese Forderungen gegenüber der Verwaltung durchsetzen kann."

B: Das wäre natürlich eine Sache. Aber welche Partei oder Fraktion wird das schon machen?

A: Auf das können sich Kollegen einigen, die verschiedeneste Weltanschauungen haben. Nur eines ist entscheidend: sie müssen in der Meinung übereinstimmen, daß bei diesen dringendsten Problemen Schluß sein muß mit der Rücksicht auf die Verwaltung und Schluß mit der Gängelung durch die Fraktionsleitungen. Daß hier einmal nichts anderes als die Interessen der Kollegenschaft maßgeblich sein sollen!

B: Solche Kollegen müßten einiges an persönlichem Mut aufbringen, denn das würde ganz schön Staub aufwirbeln.

A: Einmal muß ein Anfang gemacht werden. Und wenn sie an ihrer Dienststelle von den Kollegen unterstützt werden, dann wird auch der zu erwartende Druck abgewehrt werden können.

B: Trotzdem: Obwohl das endlich einmal eine echte Alternative wäre, viele werden weiterhin sich an ihre Partei gebunden fühlen und die entsprechende Fraktion wählen.

A: Jede Stimme für eine solche Liste ist eine Stimme für die Interessen der Eisenbahner. Nur so kann eine Änderung erreicht werden. Eine Änderung wollen aber viele Kollegen, weil sie mit den derzeitigen Zuständen unzufrieden sind. Das ist eine gute Chance dafür, daß sich Kollegen für die Kandidatur und Unterstützung einer solchen Liste einsetzen.

aus dem „Flugblatt Nr.1" der Initiative

Weg mit dem Bonus-Malus !

Was bereits vor der Einführung des neuen KFZ-Haftpflichtversicherungssystems kein Geheimnis war, läßt sich heute nicht mehr verschweigen: Der Bonus-Malus wird von den Versicherten glatt abgelehnt.

Im Interesse und zur Bereicherung des Finanzkapitals hat die Regierung das neue System eingeführt, das für die werktätigen Massen die Haftpflichtversicherung unterhöhlt und die Prämien verteuert. Die Autofahrerclubs ÖAMTC und ARBÖ, die mit den Versicherungs-, den KFZ-und Mineralölkapitalisten aufs Engste verfilzt sind, haben dabei der Regierung die Mauer gemacht; und unter der Vorgaukelung der „Interessen der anständigen Autofahrer" die Einführung des Bonus-Malus aufs Heftigste verfochten.

Gab es schon vor dem 1.8. Proteste (die ÖGB-Bezirkskonferenz Wels beschloß zwei Resolutionen gegen den Bonus-Malus und ein Protest des Betriebsrates der Restauration des Wiener Südbahnhofes fand seinen Weg sogar bis in die Leserbriefspalte der „Kronen-Zeitung"), so haben die ersten Erfahrungen der Versicherten den Unmut nur noch gewaltig verstärkt.

Das ist auch kein Wunder: Schon vor dem 1.8. (Der Bonus-Malus trat bekanntlich sechs Monate rückwirkend in Kraft) und besonders in dem einen Monat danach ist die Fahrerflucht sprunghaft angestiegen, in manchen Bundesländern auf bis zu 200% des Vergleichszeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig haben im Juli die Versicherungskapitalisten in einer straff durchgezogenen Aktion allen Versicherten die Erlagscheine für die fällige Prämienerhöhung zugestellt. Diese zwei bis drei Hunderter, die kurzfristig gezahlt werden mußten, wollte man die Schadensdeckung aufrechterhalten, haben in vielen Familien, die ohnehin knapp mit ihrem Geld auskommen, beträchtliche Unruhe gestiftet. Hinzu kommt, daß bereits viele Autofahrer seit dem 1.August die Erfahrung gemacht haben, daß bei einem Schadensfall die Versicherungen nun jede allerkleinste Möglichkeit für einen 50:50 Schuldspruch ausnutzen und so alle Beteiligten in den Malus bringen.

Die große Empörung über den Bonus-Malus haben die Autofahrerklubs, die in der Öffentlichkeit als die größten Betreiber der Umstellung gegolten haben, als erstes zu spüren bekommen. Sie ist nicht ohne Folgen geblieben: Nach einigen erfolglosen Versuchen, die Empörung einzudämmen durch Entgegennahme von Zeugenaussagen über Fahrerfluchtfälle) haben die Klubs umschwenken müssen. Sie haben begonnen, in der Öffentlichkeit auch über die „Nachteile" des neuen Systems zu sprechen.

Mit der Sicherheit im Rücken, daß der Bonus-Malus eh schon beschlossen und in Kraft ist, hat sich ein Vertreter der Versicherungskapitalisten zu Wort gemeldet. Mit beispielloser Zynik hat er auf die berüchtigte „Umfrage" unter 2 000 Autofahrern angespielt und den Versicherten gesagt: „Was wollt's denn? Ihr habt's ja den Bonus-Malus verlangt. Wir sind ohnehin mit jedem System zufrieden, das unsere Unkosten deckt." Diese freche Provokation hat natürlich weiter Öl ins Feuer gegossen, und schließlich und endlich hat sich der ÖAMTC gezwungen gesehen, von der Regierung eine Urabstimmung zu fordern, eine Urabstimmung anläßlich der KFZ-Steuerkartenrückgabe. Damit ist der ÖAMTC bei Androsch, der die Interessen des Finanzkapitals zu wahren hat, schlecht angekommen. Der ÖAMTC solle jetzt nach sechs Jahren Vorbereitungszeit nicht plötzlich querschießen, war Androsch's Kommentar.

Die Situation der Bonus-Malus-Betreiber sieht heute schlecht aus:

Während ihnen jedwedes Argument für die Gewinnung der Massen fehlt, und sie sich nun gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben wollen, ist der Bonus-Malus das Tagesgespräch in den Betrieben geblieben, und hat er auch nicht gut aus den vordersten Spalten der Tageszeitungen vertrieben werden können. Es gibt heute keinen Versicherten, der für den Bonus-Malus ist. Androsch, der sich bei der Einführung auf die „Umfrage" berufen hat, steht heute als Betrüger da. Das beweist allein die Tatsache, daß eine Zeitung wie der „Kurier" gezwungen ist, in aller Öffentlichkeit von Androsch zu fordern, er möge doch endlich vollinhaltlich die Fragen vorlegen, die man den Autofahrern angeblich gestellt hat. Und noch mehr beweist es die Tatsache, daß Androsch darauf bis jetzt nicht geantwortet hat.

Um zu beweisen, daß der Bonus-Malus von den Massen klar abgelehnt wird, bedarf es keinerlei Art von „Urabstimmung" mehr. Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Weg mit dem Bonus-Malus!

G.F.

Salzburg: Gespräch mit Lokführer

und genau die Meinung der Kollegen zu Dienst- und Gehaltsfragen ausgesprochen hat. Der ist dann von der Mehrheit niedergeschrien worden, auch von vielen, die ihm vorher recht gegeben hatten.

Bei der Bahn ist es eben so, daß alles von den Roten (SP-lern) beherrscht wird, und die üben einen großen Druck auf alle aus. Bei der Diensteinteilung, Postenvergabe, Wohnung usw.

Zu den Forderungen meinte der Kollege im einzelnen:

„- Die hohen Dienstzeiten bei den Lokführern kommen oft durch die Dienstpläne mit so langen Auswärtsruhen zustande. Es müßte gefordert werden, die Dienstpläne so zu gestalten, daß keine so langen Auswärtsruhen mehr vorkommen.

- Überaus schlecht sind die Nachtstunden und die Überstunden abgegolten. Der Nachtstundenzuschlag macht bestimmt keine 50% aus. Das ist viel zu wenig, wenn man bedenkt, daß man sich bei Nachtarbeit viel schneller verbraucht. Übrigens bin ich der Meinung, daß alle Überstunden gleich abzugelten wären. Schlecht ist auch, daß derzeit oft mehrere Nachtschichten hintereinander gefahren werden.

WS/GP-Salzbg

Lohnverhandlungen der Brauereiarbeiter

Am 31.7.77 ist der bis jetzt gültige Kollektivvertrag der Brauereiarbeiter ausgelaufen.

Schon vorher begannen die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und den Brauereiunternehmen. Von diesen Verhandlungen sind rund 6 000 Brauereiarbeiter betroffen. Außerdem sollen in den vielen Verhandlungen auch die Lohnforderungen der etwa 3 000 Arbeiter der Zuckerindustrie behandelt werden.

Die Forderungen der Gewerkschaftsführung lauten:

Brauereiarbeiter: 10% auf den KV-Ist-Lohn
Erhöhung der Nachtschichtenzulage von 30% auf 50%
Zuckerarbeiter: 9,5% auf den KV-Ist-Lohn
Erhöhung der Nachtschichtzulage von 30% auf 50%
Erhöhung der Strom- und Wohnungspauschale für solche Arbeiter, die nicht in Werkswohnungen leben.

Demgegenüber stellten die Brauereiunternehmer ein skandalöses „Angebot" auf: 6,75% auf den Lohn, Erhöhung der Nachtschichtenzulage auf 35%.

Sie berufen sich dabei darauf, daß „gerade in letzter Zeit von maßgeblicher Seite für mehr Disziplin bei den Löhnen plädiert worden sei" (Die Presse, 26.8.77), und haben noch die Frechheit zu erklären, daß das Angebot „erheblich über der Steigerung der Lebenshaltungskosten" liegt (ebendort).

Nachdem sieben Verhandlungsrunden ergebnislos verliefen, schaltete sich Minister Staribacher persönlich ein und leitete am 29.8. selbst die Verhandlungen. Es kam zu keinem Abschluß, weil die Unternehmer von ihrem „Angebot" nicht abgingen. Obwohl die Gewerkschaftsführung vorher mit Kampfmaßnahmen gedroht hatte, stimmte sie einer weiteren Verlegung auf den 6.9.77 zu. Mit diesem Termin sollten auch die Verhandlungen über die Löhne in der Zuckerindustrie beginnen.

Es kommt jetzt darauf an, die Gewerkschaftsführung an einem Abgehen von ihren Forderungen zu hindern.

Schulbeginn: Die Zeugnisverbrennung in Linz ist eine gerechte Revolte gegen das Notensystem

In den nächsten Tagen beginnt für tausende Schüler das neue Schuljahr. Die Schüler sind darüber nicht sehr erfreut. Das bedeutet in den nächsten Monaten wieder: Unterdrückung durch das bürgerliche Schulsystem, insbesonders durch das Notensystem, d.h. Fürchten um eine schlechte Note bei jeder Prüfung und Schularbeit und schließlich wieder Hoffen und Bangen um das nächste Zeugnis. Das bedeutet, zu 30,36 und mehr in einer Klasse zu sitzen und allen möglichen volks- und arbeiterfeindlichen Unsinn vorgesetzt und eingetrichtert zu bekommen.

Ihre Auflehnung gegen das Notensystem und die ganze bürgerliche Schule äußerten etliche Linzer Schüler zum letzten Schulschluß besonders deutlich: *„In einem der großen Linzer Gastgärten gingen die Wogen am Vormittag (Tag der Zeugnisverteilung) besonders hoch. Eine Gruppe betrieb Zeugnisverbrennung en gros. Auf den Tischen lagen nur noch verkohlte Reste von dem, was das amtlich dokumentierte Ergebnis eines langen Schuljahres sein sollte... Andere hatten im selben Biergarten die rund um die Kastanienbäume gespannten Kleiderhaken mit ihren Zeugnissen dekoriert und große Löcher hineingerissen...*, schreiben die Oberösterreichischen Nachrichten voller Entsetzen. Daß die bürgerlichen Zeitungen eine Revolte gegen das Notensystem beunruhigt, ist verständlich, zeigt so ein Ereignis doch den Haß, den die Jugendlichen - zukünftige Arbeiter und kleine Angestellte - auf die Schule und insbesonders auf das Notensystem haben.

Dieser Haß gegen die Schule und das Notensystem ist berechtigt. Das Zeugnis und die Noten haben mit „Leistungsbewertung" nichts zu tun: Schreibt ein Schüler auf eine Mathematikarbeit ein Nichtgenügend, heißt das noch lange nicht, daß er schlecht rechnen kann, und heißt das noch lange nicht, daß dieser Schüler nicht imstande ist, Aufgaben, die einen Sinn für ihn als Sohn eines Arbeiters, kleinen Bauern oder Angestellten haben, mit mathematischen Methoden bewältigen zu lernen.

Die Noten haben nämlich eine ganz andere Aufgabe: Sie messen die Tauglichkeit der Jugendlichen, Hilfsarbeiter, Facharbeiter oder Büttel der herrschenden Klasse zu werden. Sie sind ein Instrument in der Hand des Staates, der im Auftrag der Kapitalistenklasse die Jugendlichen aus dem Volk gegeneinander ausspielt und spaltet. Sie dienen dazu, den Jugendlichen glauben zu machen, daß es ihre eigene Schuld ist, ihre schlechte Leistung in der Schule sie zwingt, eine blödsinnige Hilfsarbeit zu machen.

Schon in der Volksschule wird mittels der Noten die künftige berufliche Laufbahn eines Kindes entschieden. Das Los für Sonderschüler oder „B"-Zügler ist klar: Für sie gibt es mit 14 Jahren keine Möglichkeit, weiterbildende Schulen zu besuchen oder einen Lehrplatz zu finden.

Die Auflehnung gegen dieses Noten- und Schulsystem ist gerecht!

H.K./MLS-Linz

Salzburg: „Vollbeschäftigt" - ohne Lohn

„Es gibt Vollbeschäftigung..." (Feststellung des Herrn Bürgermeisters von Salzburg, Heinrich Salfenauer).

Wie sieht die Vollbeschäftigung aus? Nach Abschluß meiner Ausbildung als Nachrichtentechniker stellte ich mir vor, gebraucht und nicht - wie ich später feststellen mußte - verbraucht zu werden. Nachdem ich ein halbes Jahr arbeitslos war, bekam ich eine Anstellung bei dem Elektrogerätegroßvertrieb Normsa in Salzburg-Gnigl. Unbezahlte Überstunden mit der Begründung, „wir verdienen ja recht viel, da muß das schon drinnen sein", waren an der Tagesordnung (ich wurde aber genau nach Kollektivvertrag bezahlt). In der Buchhaltung, so wurde mir erzählt, wurde oft bis 4 Uhr früh und auch samstags gearbeitet. Dies sei aber nur in „Ausnahmefällen" notwendig. Solche „Ausnahmefälle" waren es dann auch, daß die ganze Belegschaft jeden Montag bis 21 Uhr arbeitete.

Seit vier Monaten bekamen die Angestellten außer je einem ungedeckten Scheck und manchmal ein paar hundert Schilling (mit der Begründung, damit wir nicht verhungern) und Versprechen, nichts.

Bezeichnet dies der Bürgermeister als „lebenswert menschliche Stadt"..., deren wirtschaftliche Dynamik nach wie vor eine starke Anziehungskraft auf viele Menschen ausübt"? Für welche Menschen? Doch nur für die, die wie mein Chef trotz Pleite gehendem Betrieb mit 40.000.-S zwei Wochen Urlaub machen!

In Salzburg wie in ganz Österreich ist mein Betrieb kein Einzelfall. Kollegen aus anderen Branchen können ähnliche Fälle erzählen. Unbezahlte Rechnungen, „dauernde Mahnungen, Konkursandrohungen, wie es bei kleineren Firmen heute oft der Fall ist, bedeuten Verschärfung der Arbeitsbedingungen, Rationalisierungen, Entlassungen - nach Salfenauer „mehr Sicherheit".

Zwei Angestellte, mein Kollege und ich, sind noch bei der Firma. Wir werden dazu eingespannt, Waren beiseite zu schaffen. Damit will sich der Kapitalist wahrscheinlich eine neue Basis für weitere Spekulantengeschäfte verschaffen.

Neun Angestellte haben die Firma verlassen und sind bislang um mehrere Monatsgehälter zwischen 14.000.- und 60.000.- Schilling geprellt worden. Jetzt überlegen wir uns anhand der Erfahrungen anderer Belegschaften, wie wir unser bitter benötigtes Geld doch noch einfordern können.

H.E./Salzburg

Neue Prozesse gegen Kärtner Slowenen

Am 8. September stehen in Klagenfurt/Celovec zwei Slowenen wegen der Vorfälle in St. Kanzian/Skocijan im vorigen Sommer vor Gericht. Damals hatten sie gemeinsam mit vielen anderen Menschen gegen die Aufstellung des erzreaktionären Abwehrkämpferdenkmals und die Chauvinistenkundgebung protestiert. Die Gendarmerie verhaftete und verprügelte die Gegendemonstranten. Jetzt werden zwei von ihnen auch noch vor Gericht geschleppt.

Am 4. Oktober wird der slowenische Aktivist Petjak wegen „Sachbeschädigung" in Salzburg angeklagt werden. Er hat ein öffentliches Gebäude mit einer slowenischen Bezeichnung versehen. Bekanntlich sind alle öffentlichen Aufschriften im zweisprachigen Gebiet nur in Deutsch. Das ist ein offener Ausdruck des Chauvinismus der österreichischen Bourgeoisie. Die Muttersprache eines Teiles der dort lebenden Bevölkerung existiert nicht für sie.

Insbesondere auf Einrichtungen des täglichen Lebens finden sich häufig slowenische Aufschriften. Nicht die Beschriftung eines öffentlichen Gebäudes mit der Muttersprache eines Teils der ansässigen Bevölkerung gehört vor Gericht gestellt, sondern die seit Jahren und Jahrzehnten andauernde Unterdrückung der Slowenen und ihrer Sprache. Beide Verfahren müssen entschieden bekämpft werden. Sie sind Bestandteil der Prozeßwelle zur Einschüchterung der kämpfenden deutsch- und slowenischsprechenden Menschen.

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN!

Linz: Protestkundgebung gegen die Verordnungen zum Volksgruppengesetz

Am 21. Juli veranstaltete die Ortsgruppe Linz des Kommunistischen Bundes Österreichs im Stadtzentrum eine Protestkundgebung gegen das Inkrafttreten der Verordnungen zum Volksgruppengesetz. Dieses Auftreten wurde verbunden mit einer umfassenden Enthüllung der reaktionären Maßnahmen und Absichten der SP-Regierung, der alltäglichen Entrechtung und Diskriminierung der Minderheiten, und ihrer Geschichte.

Das Interesse der Passanten war außerordentlich groß. Zeitweise bildeten sich Diskussionstrauben bis zu 50 Menschen. In der Debatte kam es oft zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Chauvinismus. Dabei bestätigte sich, daß gegen dieses bürgerliche Gift mit einem weinerlichen Appell an die Menschenfreundlichkeit nichts auszurichten ist, daß es nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse und in Hinblick auf den Kampf um ihre soziale Befreiung erfolgreich zu bekämpfen ist. Das bringt auch das Flugblatt der Ortsgruppe unter dem Titel *„Ohne Gleichberechtigung der Minderheiten sind Demokratie und Sozialismus unerreichbar"* zum Ausdruck, in dem es heißt: *„Je mehr die Profitwirtschaft und die Kapitalsherrschaft insgesamt in die Krise kommt, umso mehr hat die herrschende Klasse eine selbständige und einige Bewegung der Volksmassen zu fürchten. Darum streut sie verstärkt ihr chauvinistisches Gift aus, daß alle Minderheiten und alle benachbarten Völker 'minderwertig' seien, 'Tschuschen', 'Katzelmacher' oder 'Tito-Partisanen'.*

Die Arbeiterklasse kann nicht erfolgreich ihre soziale Befreiung erkämpfen ohne mit ihrer Spaltung und der Zwietracht im Volk aufzuräumen. Die Volksmassen können den imperialistischen Unterdrückerstaat nicht abschütteln und zerschlagen, ohne die besondere Unterdrückung der Minderheiten zu beseitigen. Die proletarische Räterepublik wird keinen Bestand haben, ohne die großzügige Förderung der kleineren Volksgruppen.

Also ist die Haltung zu den Minderheiten der Prüfstein und Gradmesser für die Reife der Arbeiterklasse und des Volkes auf dem Weg zu Demokratie und Sozialismus, auf dem Weg zur sozialistischen Revolution.

P.K.

ÖBB Hauptwerkstätte Linz: „Wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte"

Kurz vor Beginn der Minderheiten-Kundgebung in Linz, verteilten zwei Genossinnen unserer Zelle Flugblätter unter die nach Arbeitsschluß herausströmenden Arbeiter der ÖBB-Hauptwerkstätte Linz. Sowohl die Flugblätter als auch unsere Agitation dazu wurden sehr gut aufgenommen.

Ein Arbeiter meinte, nachdem er den Klassenkampf-Artikel zu den Minderheiten aufmerksam gelesen hatte: „Die Zeitungen und das Fernsehen stellen die Dinge also ganz verdreht dar. In der Frage der Minderheiten geht es nicht alleine darum, wieviel Ortstafeln aufgestellt werden. Es ist eine üble Lüge den Kampf der Slowenen um ihre Rechte damit abzutun, daß diese ja nur von Jugoslawien verhetzt werden. In Wirklichkeit ist es so, daß man von oben herab einen Keil ins Volk treiben will, - denn wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte."

Es gelang uns, noch fünf Kollegen aus der ÖBB für die Kundgebung zu gewinnen, sieben „Klassenkampf" und zwei Programme bei diesem Auftreten zu verkaufen.

S.S. Zelle ÖBB, Linz

Verfahren gegen die vier Burschen aus Zell/Sele auf unbestimmte Zeit vertagt

Am Freitag, dem 19. August begann der Prozeß gegen die vier jungen Leute aus Zell/Sele im Wiener Landesgericht. Am Vortag fand in Wien eine Veranstaltung der Initiativgruppe für die Rechte der Minderheiten statt, bei der die Anwesenden für die volle Gleichberechtigung der Kroaten, Slowenen und Magyaren und für die sofortige Einstellung aller Verfahren gegen slowenische Aktivisten eintraten. Bei allen Demonstrationen im zweisprachigen Gebiet forderten die Teilnehmer die Einstellung der Prozesse und entlarvten diese als Manöver der Regierung, um die Kärntner Slowenen unter Druck zu setzen. In Zell/Sele, dem Heimatort der Angeklagten des Wiener Prozesses, forderten mehr als 300 Menschen durch ihre Unterschrift die sofortige Einstellung des Prozesses.

Der Prozeß selbst machte vielen Leuten erst richtig klar, wie verkommen und verlogen die Minderheitenpolitik der SP-Regierung ist. Hatte der Bundeskanzler nicht vor dem 14.2 gesagt, die „Volkszählung besonderer Art" habe mit einer „Wahl" oder eine „Volksabstimmung" gar nichts zu tun, die Slowenen könnten ruhig daran teilnehmen. Denn jetzt, wo die Betrügerei nichts gefruchtet hat, ist die Minderheitenfeststellung eine „Wahl" oder eine „Volksabstimmung" geworden, wie es in von der Anklage ausfindig gemachten Strafbestimmungen heißt.

Der politische Zweck der Verfahren – Einschüchterung der Bewegung für die Rechte der Minderheiten – wurde bisher nicht erreicht. Die Umstände namentlich des Prozesses in Wien und des Verfahrens gegen F. Warasch, bringen statt die Slowenen zu isolieren und im Volke als „Terroristen" zu verleumden, die Regierung in Verruf.

Unter diesen Bedingungen versucht sich die Justiz aus dem Prozeß herauszuwinden, ohne ihn als potentielles Druckmittel der Regierung aus der Hand zu geben. Dieses taten Richter und Staatsanwalt, indem einer den Prozeß auf Antrag des anderen auf unbestimmte Zeit vertagte.

Die Verteidiger Dr. Grilc und Dr. Zwitter, die Vorsitzenden der slowenischen Zentralorganisationen, ließen sich auf dieses faule Spiel nicht ein. Sie stellten den Antrag auf Einstellung des Verfahrens und begründeten dies mit dem reaktionären, für ihre Volksgruppe schädlichen Charakter der Minderheitenfeststellung, gegen die die vier Burschen gekämpft haben. Außerdem forderten sie, daß die gesamte Verhandlung in slowenischer Sprache geführt werden müsse. Die Angeklagten bedienten sich sowieso des Slowenischen. Als Dr. Zwitter ebenfalls in slowenischer Sprache das Wort ergriff, wurde er vom Richter unterbrochen, der die Verhandlung schloß. Die gesamte Vorgangsweise der Verteidigung verdient unsere Unterstützung. Es ist ausgezeichnet, daß die Slowenen sich ihr Recht genommen haben und sich ihrer Muttersprache auch bei einem Wiener Gericht bedienten. Es ist politisch richtig und notwendig, auf der Einstellung des Verfahrens zu bestehen, denn nur dadurch kann der Regierung der Prozeß als Druckmittel aus der Hand geschlagen werden.

EINSTELLUNG DES PROZESSES!

„Zweisprachigkeit für Bleiburg - Dvojezičnost za Pliberk"

Unter dieser Parole sammelten sich am Abend des 26.August in Bleiburg/Pliberk 600 Slowenen und auch deutschsprachige Menschen, um gegen die reaktionären Minderheitengesetze und -verordnungen zu demonstrieren und um eine zweisprachige Ortstafel aufzustellen. Der slowenische Gemeinderat Kert sagte in seiner Ansprache auf der Demonstration zu diesen Gesetzen folgendes (Übers.v.Verf.): „Wieso sind wir Kärntner Slowenen gegen das neue Volksgruppengesetz? Unsere Superdemokraten von den politisch verantwortlichen Parteien in Österreich wollen nämlich die tägliche und langjährige Diskriminierung der Kärntner Slowenen so abschaffen, indem sie kurzerhand z.B. Libuče, Podkraj, Šentjur, Snečni kraj, Borovje, Grablje, Šmarjeta, Pliberk und Drveša vas*beim grünen Tisch als deutsche Ansiedlungen deklariert haben. Was verlangte einst Hitler? - „Macht mir dieses Land deutsch!" Österreich setzt diese Tradition fort! Ihr Einheimischen kennt alle unsere Gemeinden und unsere Dörfer, ihr kennt auch die aufgezählten Orte. Wie ist es möglich, daß jemand ein solches Gesetz verteidigt, das so unsinnige Sachen festsetzt? Wer so was ohne Scham tut, der ist nicht nur ein Feind der Slowenen, er ist ein Feind des friedlichen Zusammenlebens zwischen Deutschen und Slowenen..." Tatsächlich ist es so, daß die Gemeinde Bleiburg/Pliberk überwiegend slowenisch ist, v.a. die umliegenden Dörfer. Die älteren Leute können alle slowenisch, die Mehrheit der Kinder versteht die Sprache, einige haben sie im Dorf gelernt, weil sie von den Eltern aufgrund des Germanisierungsdruckes nicht mehr in slowenischer Sprache erzogen wurden. Die slowenische Liste bekam bei den letzten Gemeindewahlen über 800 Stimmen und hat 7 von 27 Gemeindesitzen. 50% der Menschen, die z.B. in der Post ein- und ausgehen, sprechen untereinander auch auf dem Marktplatz, *vor* der Post, slowenisch - zu Hause, in den eigenen vier Wänden noch viel mehr. *In* der Post jedoch hört man kaum ein slowenisches Wort, man könnte ja vielleicht als Provokateur gelten, es wäre ja unerhört.

Viele einfache slowenische Menschen sprechen bei der Arbeit auf dem Feld, in der Werkstatt oder mit den Arbeitskollegen in den kleineren Betrieben Slowenisch. Deshalb hört man immer wieder: Slowenisch ist nur für den Stall da, aber nicht für die Obrigkeit. Denn weder auf der Gemeindeamt noch auf der Bezirkshauptmannschaft darf Slowenisch gesprochen werden - tut man es doch, bekommt man Schwierigkeiten, wird angeschnauzt oder erhält gar keine Antwort. In den Schulen drängt der Staat den Slowenischunterricht planmäßig zurück. Er wird für die Nachmittagsstunden oder für die letzten Schulstunden angesetzt, dann sind die Busse für die Kinder aus entfernteren Ortsteilen oder von abgelegenen Gehöften schon gefahren, eine Versorgung über die Mittagszeit ist auch nicht vorgesehen.

In den größeren Betrieben und Geschäften werden slowenischsprechende Arbeiter oft diskriminiert, wenn sie nicht bereit sind, sich zu germanisieren.

Sowie in ganz Österreich steht hinter dem Chauvinismus auch in Südkärnten die herrschende Klasse. Hier in Bleiburg/Pliberk die großen Kapitalisten und die örtlichen Großgrundbesitzer (ehemalige Grafen). Diese beklagen den „Verlust" ihrer Besitzungen in Nordslowenien jenseits der Karawanken und geben der „Abschnürung" des Gebietes von seiner „natürlichen" Nachbargegend die Schuld für die elende Lage in ihrer Region.

Gemeinderat Kert stellt fest: „Wie sollen unsere Kinder in gleichem Maß slowenisch und deutsch lernen, wenn in unseren sogenannten zweisprachigen Schulen alle Gegenstände außer Slowenisch schon vom 3.-Schuljahr an nur mehr in Deutsch unterrichtet werden? Die gesamte Schulbürokratie wird aber sowieso ausschließlich in Deutsch abgewickelt! Wie ist es mit der Gleichberechtigung zwischen Slowenen und Deutschen in unserer Gemeinde bestellt, wenn man nach der Meinung der politisch Verantwortlichen bei jeder öffentlichen Institution, bei jedem Amt unseres gemeinsamen zweisprachigen Kärnten nur deutsch sprechen soll, wenn man nicht will, daß die Sache verkompliziert wird oder sogar steckenbleibt. Habt ihr schon jemals eine amtliche Gemeindekundmachung neben deutsch auch in slowenisch erhalten? Wenn ihr auf das Standesamt kommt, habt ihr schon eine Urkunde bekommen, wo slowenisch neben deutsch gleichberechtigt vertreten wäre? Wenn ihr die Mitteilung über eure Staatsbürgerpflicht erhaltet, daß ihr Steuern zahlen müßt, sei es auf die Gemeinde oder auf das Finanzamt in Klagenfurt, habt ihr schon irgendwelche slowenischen Formulare gefunden?"

Gegen diese Politik der Germanisierung, die von den Kapitalisten und Chauvinisten getragen wird, die vom Staat seit Jahrzehnten betrieben wird, richtete sich die Demonstration. Trotz eines massiven Polizeiaufgebotes und trotz intensiver Hetze der Presse und des Landeshauptmannes versammelten sich mehr Demonstranten als bei den vergangenen Aktionen. Etwa 150 Gegendemonstranten versammelten sich und folgten dem Zug zur Ortstafel. Heimatdienstler hatten mit „Unterstützung der Kapitalisten" in den Betrieben „geworben". In manchen öffentlichen Verwaltungen wurde den Bediensteten nahegelegt, ihre „vaterländische Pflicht" zu erfüllen.

Die Chauvinisten hetzten und ließen den Vorsitzenden des Rates, Dr.Grilc, nicht sprechen. Die Gendarmerie rührte sich nicht - trotz der Aufforderung der Demonstranten. Dann war das Maß voll.

Die Demonstrationsleitung forderte die Menschen auf, die Chauvinisten vom Grundstück der slowenischen Genossenschaft wegzuschaffen. Da wurden die KPÖ-Revisionisten nervös; sie beruhigten die Leute: „Ruhiges Blut bewahren!" Doch die Demonstranten scherten sich wenig um das Geseier der KP-ler, sie bildeten Ketten und ließen sich nicht einschüchtern. Die Gendarmerie wurde samt den Chauvinisten zurückgedrängt. Das half. Die Gendarmerie bekam Respekt. Eilig drängte sie die Chauvinisten auf die Straße, natürlich sachte und nur, weil sie mußte. Von einigen der Chauvinisten wurden Knallfrösche geworfen, kein einziger der Chauvinisten aber wurde festgenommen.

Nach ihrer Verdrängung wurden die Aufgehetzten ein bißchen leiser, sodaß Dr.-Grilc seine Rede fortsetzen konnte: „Die Kärntner Politiker sind verantwortlich dafür, daß heute solche Demonstrationen notwendig sind. Von Jahr zu Jahr verschlechtert sich die Lage der Kärntner Slowenen. Das Volksgruppengesetz öffnet der Zwangsgermanisierung Tür und Tor. Gegen diese undemokratische Vorgangsweise richtet sich unser Protest. Man muß hier klar aufzeigen, wie jene österreichischen Politiker, die in der Welt als große Kämpfer für die Menschenrechte auftreten, im eigenen Land diese Menschenrechte mit Füßen treten." Zugleich wird in der Mischmaschine Beton vorbereitet und die vorbereitete zweisprachige Ortstafel neben der deutschsprachigen einbetoniert.

Bei Abschluß der Kundgebung wird die Bewachung der Tafel beschlossen. Eine Gruppe bleibt bei der Tafel, singt Lieder, jemand bringt eine Harmonika, es wird diskutiert und gesungen. Die zurückbleibenden richten sich auf die Bewachung der Tafel ein.

V.S./Klagenfurt/Celovec

*) Libuče/Loibach, Podkraj/Unterort, Šentjur/St.Georgen, Snečni kraj/Schattenberg, Borovlje/Ferlach, Grablje/Grablach, Šmarjeta/St.Margarethen, Pliberk/-Bleiburg, Drveša vas/Ebersdorf.

Der gewaltige Polizeieinsatz zur Entfernung der Ortstafel ist die Antwort der Kärntner Landesregierung auf den Aufschwung der Bewegung gegen den Chauvinismus und die Diskriminierung in Kärnten.

Die Demonstration in Bleiburg/Pliberk war die größte aller Aktionen in den letzten Wochen. Von Aktion zu Aktion ist die Zahl der Teilnehmer angewachsen. Dies zeigt, wie sehr sich der Kreis der aktiven Kämpfer erweitert hat. Dies spiegelt das Wachsen der Unruhe in der slowenischen Bevölkerung und die Sympathie für den aktiven Kampf wider, die sich bei jeder Aktion in spontaner Unterstützung für die Demonstration zeigt.

Die jüngste Demonstration in Bleiburg/Pliberk ist aber auch Ausdruck der Entschlossenheit der Bewegung gewesen. Die zweisprachige Tafel, aufgestellt als Symbol der Forderung nach voller Anerkennung des Slowenischen im öffentlichen Leben, wurde bewacht. Die Demonstranten hatten aus der Entfernung der Ortstafeln bei den früheren Demonstrationen gelernt. Die Tafel ist dann auch drei Tage gestanden. Die Bewachung und Verteidigung der Tafel ist Ausdruck dessen, daß es den Slowenen ernst ist mit ihrem Kampf. Sie führen nicht „Feiertagsaktionen" durch, wie es einige Bourgeois vielleicht gehofft haben. Die Slowenen kämpfen seit Jahrzehnten gegen Chauvinismus und Diskriminierung. Sie haben jetzt genug von der Mißachtung ihrer Sprache und Kultur durch die herrschende Klasse, von der tagtäglichen Diskriminierung durch den Staat und die chauvinistischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Drei Tage lang ist die Tafel als Symbol ihrer Kampfentschlossenheit gestanden und hat gezeigt, daß die slowenische Bevölkerung ihre Rechte fordert. Erst als die Slowenen arbeiten gehen mußten, traute sich der Staat, die Tafel durch seine Gendarmerie gegen die geschwächten Bewacher entfernen zu lassen.

Die Reaktion der Regierung ist verständlich. Noch keine Aktion brachte so deutlich und so massenhaft die Entschlossenheit der Kärntner Slowenen zum Ausdruck, das Volksgruppengesetz zu bekämpfen, es zu Fall zu bringen.

Die gewaltsame Entfernung, die Verhaftungen und Anzeigen sind die Fortsetzung der bisherigen Versuche der Reaktion, die Bewegung gegen die Diskriminierung der Minderheiten in die Knie zu zwingen. Je mehr sie dabei in die Enge getrieben wird, desto mehr wird sie zu Verhaftungen, Anklagen, Verleumdungen, Lüge und Betrug greifen. Aber weder die Hetze in den Kärntner und Wiener Bourgeoiszeitungen noch Verleumdung und Anklage gegen führende Aktivisten der Bewegung, noch das „Attentat" in St.Kanzian/Škocijan oder Verhaftungen und physische Gewalt werden die Bewegung hindern, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Die Hetze bringt heute schon weniger Menschen auf die Straße als noch vor einigen Jahren - obwohl man sie ernst nehmen muß. Prozesse und Verfolgungen haben die Einheit und Kampfentschlossenheit erhöht und die Bewegung festigt sich im Kampf gegen sie. Die Verhaftungen und Mißhandlungen werden den Haß auf die staatliche Unterdrückung nur steigern.

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, daß die Bewegung sich auf andere Orte Unterkärntens ausbreiten wird, daß in mehreren Orten zugleich das Feuer des Kampfes ausbrechen wird, daß in keiner Stadt ein Prozeß stattfinden wird, ohne daß sich der Protest dagegen entzündet. Die Aktionen und Demonstrationen werden in einen Sturm münden, der die reaktionäre Minderheitengesetzgebung hinwegfegen kann.

Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn in ganz Österreich Chauvinismus und Diskriminierung angegriffen werden, wenn der bürgerliche Staat von allen Seiten in die Enge getrieben wird.

Polizei fragt Kinder eines slowenischen Arbeiters aus

„Der Vater war nicht zu Hause. Da kommt die Polizei in Zivil ins Haus und beginnt nach ihm zu fragen: Was er so macht, wo er beschäftigt ist, welche Gewohnheiten er hat, wann er nach Hause kommt, in welchem Wirtshaus er verkehrt, wann er von zu Hause fortgeht, wo die Kinder zur Schule gehen, welche Freunde der Vater hat, mit wem er verkehrt usw. Auch wollte er nicht wahrnehmen, wie sehr die Familienmitglieder ob seiner Anwesenheit verängstigt waren. Vielleicht sah er es doch und genoß es noch?

Das ereignete sich vorige Woche in der Gemeinde Eisenkappel/Železna Kapla im Hause des Jurci Pasterk, der selbst noch in der Arbeit war...

Wir machen alle Leser darauf aufmerksam, sich im Falle eines ähnlichen Besuches zuallererst die Legitimation des Polizisten oder Gendarmeriebeamten bzw. ihre Nummer zeigen zu lassen. Vor allem aber, warum er die Angaben braucht. Auf keinen Fall aber laßt euch einschüchtern, sondern meldet soche Vorfälle mutig der Redaktion."

Aus „Naš tednik", 18.8.77,
Klagenfurt/Celovec

Spitalsfinanzierung

Schluß mit dem Zurückweichen der Kassen vor dem Staat!

Den Kampf um die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen aufnehmen

Seit Mitte der 60er Jahre schon ist das Problem der Spitalsfinanzierung akut. In den letzten zwei Jahren hat es sich weiter zugespitzt. Trotzdem läßt sich die Bourgeoisie und ihr Staat mit der Lösung dieser Frage noch immer Zeit. Warum? Die schlechte finanzielle Lage der Spitäler soll nicht nur für verschiedene Angriffe auf dem sozialen Sektor herhalten. Vor allem geht es darum, Schritte zur direkten Zerschlagung der Krankenversicherung zu setzen.

Während eine Reihe von Vorschlägen noch „diskutiert" werden, ist der Staat in Gestalt der Landesregierungen bereits zum offenen Angriff auf die Krankenkassen übergegangen. Die Spitalsdefizite werden als Anlaß genommen, um eine entscheidende Bresche in die Sozialversicherung zu schlagen. Der Schärfe des Angriffes enspricht die lange propagandistische Vorbereitung.

Die Maßnahmen auf Landesebene sind in relativer Ruhe vor sich gegangen. Umso mehr gilt es, ihnen Beachtung zu schenken. Die Angriffe auf die Krankenkassen sind ein Teil des Schlachtplanes der Bourgoisie: auf den Knochen der Arbeiterklasse zu einer möglichst starken Position in der weltweiten Konkurrenzschlacht der Kapitalisten zu gelangen.

Das Volksgesundheitswesen steht unter der Fuchtel des bürgerlichen Staates

Der bürgerliche Staat hat sich über den Artikel 12 der Bundesverfassung in allen Angelegenheiten von Heil- und Pflegeanstalten die grundsätzliche Einflußnahme gesichert. Wer, wie und wo Krankenanstalten errichtet, das bestimmt ganz alleine er. Die Rahmengesetze erläßt der Bund; Ausführung und Vollziehung geschieht auf Landesebene. Das wichtigste Gesetz von Bundesseite ist das Krankenanstaltengesetz (KAG) aus dem Jahre 1956

Im KAG sind auch die Finanzierungsgrundsätze enthalten: Die einzelnen Krankenanstalten müssen einen Kostenvoranschlag vorlegen und zur Deckung der anfallenden Ausgaben *kostendeckende Pflegegebührensätze* vorschlagen. Ausgaben für Investitionen und für Sondergebühren (z.B. Krankentransport) dürfen darin nicht verrechnet werden. Es bleiben also die reinen Betriebskosten. Das Land muß nun diese Pflegegebührensätze genehmigen. Sie erhalten Gesetzeskraft durch Verlautbarung auf Landesebene.

Die Krankenversicherung hat keinen Einfluß auf die Spitäler: sie darf nur zahlen!

Die Sozialversicherung hat auf die Vereinbarung der Pflegegebührensätze keinen Einfluß. Der Beitrag, den die Krankenkasse für Anstaltspflege zahlt, wird durch *privatrechtliche Verträge* ausgehandelt. Als Vertragspartner stehen einander die Organe des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und die der Krankenanstaltenträger gegenüber. Da sich die Mehrheit der Krankenanstalten in der Hand der Länder befindet (60%), stehen sich im Wesentlichen die Sozialversicherung und der Staat in Form der Landesregierungen gegenüber.

Der Beitrag, den die Krankenversicherung an die Krankenhäuser abführt, heißt *Pflegegebührenersätze*. Durchschnittlich (auf ganz Österreich) gerechnet haben die Ersätze bisher ca 50% der Pflegegebührensätze betragen.

Es ist klar, daß aus der Differenz der Pflegegebührensätze und der Ersätze ein Defizit entsteht. Durch einen bestimmten Schlüssel - der in den verschiedenen Ländern schwankt - wird es von Bund, Ländern und Gemeinden - also von verschiedenen Ebenen des bürgerlichen Staates - abgedeckt. Im KAG ist festgelegt, daß der Bund einen Zweckzuschuß von höchstens 18,75% des ungedeckten Abganges - allerdings zwei Jahre später - leistet (mit der 2. Novelle wurde dies für die Jahre 1974 auf 24% und 1975 auf 28% als Ausnahme erhöht). Die Aufteilung des verbleibenden Restes wird durch Landesgesetze geregelt

Um den Rest decken zu können, werden den Ländern und Gemeinden bei jedem Staatsbudget über den Finanzausgleich Gelder für diesen Zweck zugewiesen.

Ob die Länder und Gemeinden das Geld auch tatsächlich für diesen Zweck ausgeben, bleibt ihnen überlassen. In den 10 Jahren von 1965 bis 1974 sind diese Ausgaben - gemessen am gesamten Landesbudget - zwischen 1,59% und 2,90% gesunken (Ausnahme Vorarlberg, wo ein Anstieg zu verzeichnen war und Kärnten, wo der Rückgang sogar 5,16% betrug; „Soziale Sicherheit" Nr. 9/76 und eigene Berechnungen).

Die Sozialversicherung soll zu unzumutbaren Verträgen gezwungen werden

Die Sozialversicherung hat beim Abschluß der Verträge in einem engen Rahmen Selbständigkeit. Das schmale Korsett wird durch Landesgesetze eingegrenzt: Wenn im betreffenden Landesgesetz ein bestimmter Prozentsatz festgelegt wird, dann darf die Sozialversicherung nur mehr über die Spanne zwischen diesem Prozentsatz und der vollen Finanzierung verhandeln! Und wenn sie sich weigert? Dann kommt es zu keinem Abschluß; es herrscht dann der - von den Zahnärzten (1973) bekannte und berüchtigte - *vertragslose Zustand.*

Diese Situation ist nun in ganz Österreich eingetreten. Verschiedene Länder haben Änderungen durchgesetzt, die die Sozialversicherung zwingen sollen, höhere Pflegegebührenersätze zu zahlen.

Nachfolgend die Vertragslage in den einzelnen Bundesländern. Stand: Juni 1977

Wien: Der Krankenanstaltenvertrag (KAV) ist mit 31.12.1976 abgelaufen.

Niederösterreich: Es besteht seit 1.1.1974 kein formeller Vertrag.

Burgenland und *Vorarlberg*: Der KAV wurde nicht gekündigt.

Oberösterreich und *Steiermark*: Der KAV wurde nicht gekündigt, die Pflegegebührenvereinbahrung ist jedoch mit 31.12.1976 abgelaufen.

Kärnten: Der KAV wurde per 31.12.1976 gekündigt.

Salzburg: Der KAV ist mit 31.12.1975 abgelaufen, es besteht seit 1.1.1976 kein formeller Vertrag.

Tirol: Der KAV wurde nicht gekündigt, die Pflegegebührenvereinbahrung ist jedoch mit 31.12.1976 abgelaufen.

Nur in Vorarlberg und Burgenland gibt es noch gültige Sätze. In allen anderen Bundesländern wird entweder verhandelt oder überlegt, ob man den Antrag auf Schlichtung an eine dafür eigens bestellte Schiedskommission stellt.

Die Schiedskommission besteht aus drei Personen. Vorsitzender ist ein Berufsrichter, der in einem - im selben Land befindlichen - Gericht beschäftigt sein muß. Durch die Einsetzung eines Handlangers des Staates als Vorsitzenden ist von vornherein schon klar, für welche Seite entschieden wird.

Die anderen beiden Schiedsrichter sind je ein Laienrichter der beiden Streitteile: ein Vertreter der Krankenanstalten (da sie mehrheitlich in Händen der Länder sind = Landesregierung) und ein Vertreter der Sozialversicherung.

Den Spruch dieser Schiedskommission kann man an drei Fingern ausrechnen: 2:1 für die Landesregierung!

Vor allem jedoch hat diese Kommission von vornherein auf Basis der Landesgesetze zu entscheiden! Verpflichtet die Landesregierung per Gesetz die Krankenkassen zu 80% der Pflegegebührensätze und weigern sich diese, zu zahlen, so legt die Schiedskommission fest: 80%, 90%, 100% oder irgend einen anderen Prozentsatz zwischen 80% und 100%.

Ende vorigen Jahres hat der Landeshauptmann von Niederösterreich Maurer die Weichen für eine Änderung der Landesgesetze gestellt und 80% festgelegt. Das war der erste Schritt und ein Beispiel für die anderen Landesregierungen. Salzburg, Oberösterreich und Kärnten haben bereits Verfahren bei den Schiedskommissionen anhängig gemacht. Das war der zweite Schritt.

Am 13. Juli ist in der Salzburger Krankenanstaltenordnung mit der Mehrheit von ÖVP und FPÖ eine Änderung beschlossen worden, die das bisherige Recht der Kassen zur Abschließung eines Privatvertrages überhaupt verweigert und nur mehr die Schiedskommission vorsieht! Landeshauptmann Haslauer: „Das Land Salzburg und damit die Bevölkerung (!!) könne ... die Erhaltung seiner Spitäler nicht vom Diktat der Sozialversicherung abhängig machen"

Dieser dritte und weitestgehende Schritt zerschlägt das letzte Fünkchen von Vertragsfreiheit der Sozialversicherungen.

Während VP *und* SP-Landesregierungen (z.B. Kärnten: Antrag an die Schiedskommission) vorpreschen, droht von Bundesseite als „Entlastung" ein Fond, in den die Sozialversicherung überhaupt generell einzahlen soll.

Als Maßnahme gegen die „Willkürakte" der Länder getarnt, wird die Sozialversicherung damit noch mehr unter die Fuchtel des bürgerlichen Staates gebracht.

Die Politik der Sozialpartnerschaft entwaffnet die Arbeiterklasse und die anderen lohnabhängigen Versicherten

Die Gegenreaktion der Sozialversicherung besteht nur in einigen harten Wortattacken. Ansonsten schlägt Präsident Millendorfer den Salzburger Gebietskrankenkasse vor, sich ruhig exekutieren zu lassen. Eine Verfassungsgerichtshofklage des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger gegen die Salzburger Krankenanstaltenordnung sei ja sowieso schon eingleitet (ZIB 25.7. und Nachrichtendienst 11.7. und 26.7.1977).

Solch eine Position muß man einnehmen, wenn man nicht von den Interessen der Arbeiter, von den Klasseninteressen ausgeht, sondern sich auf die Aussöhnung mit den Kapitalisten und auf Unterordnung unter den Staat orientiert. Dann stellt sich natürlich nicht die Aufgabe, die Sozialversicherung zu einem Kampfinstrument in den Händen der Arbeiterklasse und der anderen lohnabhängigen Versicherten auszubauen, dann hat die „Sozialversicherung ... dem sozialen Ausgleich und dem sozialen Frieden in unserem Land" zu dienen (Nachrichtendienst des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger 26.7.77).

Konsequent ist es dann nur, wenn man selbst für Verschlechterungen, wie z.B. Erhöhung der Rezeptgebühr, eintritt, wie es Millendorfer getan hat.

Den Kampf um die Sozialversicherung aufnehmen!

Heute wächst die Unzufriedenheit mit der gesamten Sozialversicherung in der Arbeiterklasse und im Volk. Der Unmut entwickelt sich auf dem Boden des sich verschlechternden Gesundheitszustandes der Arbeiterklasse, verursacht durch steigende Ausbeutung und die aktuellen Bestrebungen der österreichischen Imperialisten. Ist es doch der Bourgeoisie gelungen, der Arbeiterklasse ihr ehemaliges Kampfinstrument aus der Hand zu schlagen und politisch untauglich zu machen. Die Interessensvertretungen der Kapitalisten und die bürgerlichen Gewerkschaftspolitiker bestimmen heute ihre Politik. Statt daß die Leistungen besser werden, verschlechtern sie sich. Statt ein Gegengewicht gegen die Kriegskosten der kapitalistischen Produktion zu sein, vermehren sich die Bestimmungen der bürokratischen Kontrolle und Gängelung.

Trotz dieser Situation darf die Arbeiterklasse nicht zusehen, wie die Sozialversicherung auf der Linie einer klassenversöhnlerischen Politik immer weitgehender dem Staat ausgeliefert, in ihren Leistungen Zug um Zug durchlöchert und praktisch schließlich völlig zerstört werden soll. Stattdessen muß der Kampf um die einheitliche Sozialversicherung in Selbstverwaltung geführt werden.

Auf welcher Linie muß der Kampf aufgenommen werden?

Natürlich müssen die Spitäler finanziert werden. Natürlich hat die Sozialversicherung dafür aufzukommen. Die Beiträge zur Krankenversicherung müssen dazu jedoch *zur Gänze* (und nicht wie bisher nur zu 50%) von den Kapitalisten bezahlt werden. Die kapitalistische Produktionsweise ist die Wurzel aller Übel. Gegen sie soll die Sozialversicherung einen Schutz bilden. Der Kampf um die Sozialversicherung ist ein wichtiger Bestandteil im Kampf um die sozialistische Revolution. Der Sozialversicherung muß die Führung des gesamten Volksgesundheitswesens übertragen werden.

Bezahlung aller Krankenversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten!

Unterstellung des gesamten Volksgesundheitswesens unter die selbstverwaltete Sozialversicherung der Lohnabhängigen!

Die Durchsetzung dieser Forderungen wäre ein gewaltiger Schlag gegen die Spaltung der Lohnabhängigen und ein großer Schritt vorwärts im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung. Sie geben positiv die Richtung an, unter der wir heute schon den Widerstand gegen alle Verschlechterungen, Beitragserhöhungen usw. führen müssen. Dazu ist die Einleitung von Aktionen in Betrieben und der Gewerkschaft (Unterschriftensammlung, Gewerkschaftsbeschlüsse) tauglich und nötig.

Weg mit allen Gesetzen, die die Sozialversicherung zu einem erhöhten Verpflegskostensatz zwingen!

Gegen jede Art von Selbstbehalt!

Gegen jede Leistungsverschlechterung der Krankenkassen!

Gegen jede Art von Gesundheitssteuer!

Gegen jegliche Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten und auf Kosten der Spitalsbediensteten und der Patienten!

Der Aufbau einer Kampffront unter solchen Forderungen wird es ermöglichen, die Schädlichkeit der klassenversöhnlerischen und bürgerlichen Politik der heutigen Führungsorgane der Sozialversicherung bloßzustellen. Ermöglicht wird so auch, von der Verteidigung gegenüber Angriffen und Anschlägen auf die Sozialversicherung wegzukommen und überzugehen zum Kampf um Verbesserung der Leistungen, um tatsächliche Selbstverwaltung, um bessere Bedingungen für die gesamte Arbeiterklasse im Kampf um die sozialistische Revolution.

p.b.

„Menschlichkeit“ gegenüber faschistischem Kriegsverbrecher:
Neue Kriegsabenteuer der Imperialisten sind in Vorbereitung

Der ehemalige SS-Polizeichef von Rom und Mörder von mehreren hundert antifaschistischen italienischen Widerstandskämpfern, zu lebenslanger Haft in Italien verurteilt, ist nach Deutschland „geflohen“. Die Volksmassen Italiens haben daraufhin mit Empörung und Protest reagiert und zu Recht die „Flucht“ Kapplers als Angriff auf die Tradition des Kampfes der Arbeiter und Bauern gegen den Hitlerfaschismus und seine treuesten Schergen empfunden. Die christdemokratische Regierung sah sich gezwungen, selbst eine empörte Miene zu machen, ein Treffen zwischen Andreotti und Schmidt abzusagen und die Auslieferung Kapplers zu verlangen. Die BRD-Regierung ist dazu nicht bereit, der Lüneburger Staatsanwalt behauptete unverschämt, daß gegen Kappler „nichts vorliegt“. Schon seit Jahren bemühte sich die westdeutsche Bourgeoisie den Geiselmörder freizubekommen, aber keine der italienischen Regierungen hat es bisher gewagt, dem Druck nachzugeben. Man kann annehmen, daß die Freilassung jetzt in Form einer „Flucht“ arrangiert worden ist. Jedenfalls hat der italienische Verteidigungsminister Lattanzio in seiner Rechtfertigung dem Geheimdienst vorgeworfen, die „Bedeutung Kapplers für das zivile und demokratische Leben unterschätzt“ zu haben (Neue Zürcher Zeitung, 26.8.). Was ist das anderes, als ein Vorwurf, die „Flucht“ nicht geschickt genug eingefädelt zu haben.

Imperialistische „Zusammenarbeit“ in EWG und NATO - Sanierungsprogramme für die italienische Arbeiterklasse

Sehr besorgt zeigen sich die deutschen und italienischen Imperialisten über die „Deutschland-Feindlichkeit“, die das italienische Volk bei der ganzen Angelegenheit ergriffen hätte, und gemeinsam warnen sie vor der Gefahr, daß dadurch die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in der EWG und der NATO gefährdet werden könnte. Die BRD-Regierung hat in ihrer Erklärung zur „Flucht“ zwar die Opfer des Massenmordes Kapplers bedauert, mit keinem Wort aber die historischen Verbrechen des Nazi-Imperialismus verurteilt. Dafür hat sie umso deutlicher die „Politik der engen Zusammenarbeit“ für eine Zukunft der Völker Europas betont, „in der sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen“ könnten (Neue Zürcher Zeitung 25.8.).

Diese vielgepriesene „Zusammenarbeit“ zwischen den BRD- und den italienischen Imperialisten sieht so aus, daß die italienische Bourgeoisie dabei in der Rolle des Schuldners und die deutsche Bourgeoisie in der Rolle des mächtigeren Konkurrenten und Kreditgebers auftritt. Der italienische Staat ist mit ca 16 Milliarden Dollar beim Internationalen Währungsfonds, bei der Deutschen Bundesbank und bei der EWG verschuldet. Die stärkeren Imperialisten, vor allem der USA und der BRD, nutzen das, um sich in wachsendem Ausmaß an der Ausbeutung der italienischen Arbeiterklasse zu beteiligen. Über die schwächere imperialistische Bourgeoisie Italiens diktieren sie den lohnabhängigen Massen ein „Sanierungsprogramm“ nach dem anderen. Gesteigerte staatliche Ausplünderung, sinkende Reallöhne, Überstunden, Arbeitslosigkeit und Inflation sind die Formen, in denen der italienischen Arbeiterklasse die imperialistische „Zusammenarbeit“ gegenübertritt. Die Zusammenarbeit in der NATO erfahren die Volksmassen Italiens in der Form von US-Flottenverbänden in Neapel, zu denen sich erst vor kurzem auch vier Fregatten der BRD-Imperialisten gesellt haben, und durch NATO-Luftwaffenstützpunkte auf Sardinien, wo ebenfalls BRD-Truppen beteiligt sind. Auch für diese gemeinsame „Zusammenarbeit“ in der Kriegsvorbereitung müssen die italienischen Volksmassen mit Steuergeldern bezahlen. Rund eine Milliarde an Zinsen pressen die Imperialisten dafür jährlich aus den italienischen Arbeitern und Bauern.

Unter dem Schirm des US-Imperialismus haben sich die europäischen Bourgeois in der NATO zusammengetan, um sich gegen den sozialimperialistischen Räuber zu „verteidigen“. Die Profite, die sie aus der Arbeit der Lohnabhängigen einstreifen, wollen sie selbst verrechnen und keinem anderen überlassen. Gleichzeitig rivalisieren die europäischen Imperialisten aber auch untereinander um die Früchte des Arbeiterheeres, das ihre eigenen „Partner“ in EWG und NATO jeweils beherrschen. Hier tut sich insbesondere der BRD-Imperialismus hervor. Um seine imperialistische Vormachtstellung in Europa auszubauen, hat er auch ganz konkrete „Verteidigungs“pläne. Im Herbst vorigen Jahres probten die BRD-Imperialisten aus Anlaß der „Hilfe“ für das Erdbebengebiet Friaul Luftlandemanöver in Norditalien. Und in dem westdeutschen Fernsehfilm „Frieden ist der Ernstfall“, in dem der Kriegsausbruch in Europa durchgespielt wird, sehen sie sich von Massenkämpfen der italienischen Arbeiterklasse unter der Forderung: Raus aus der NATO „gefährdet“.

Dem Hitlerfaschismus wird das Blut vom Gesicht gewaschen

Für den Krieg gegen den Sozialimperialismus, in dem es um die Frage geht, welche Bourgeoisie sich die Reichtümer und die Arbeitskraft der europäischen Völker aneignet, müssen die Imperialisten die Arbeiterklasse mobilisieren. Diese Aufgabe ist nicht leicht. Zu tief sitzt in den Volksmassen die Erfahrung zweier imperialistischer Weltkriege, in die sie von ihren Bourgeoisien getrieben wurden. Dem Zweck, die Arbeiterklasse über die Ursachen des Krieges, den Imperialismus, zu täuschen, und sie für neue Militärabenteuer des Finanzkapitals zu gewinnen, dient auch das Herumdoktern am Geschichtsbild Hitlers, das die Bourgeoisie seit Monaten gestartet hat. Der Film „Hitler – eine Karriere“ ist jetzt auch in Österreich angelaufen. Der Autor dieses angeblich „objektiven“, weil dokumentarischen Machwerks ist Joachim Fest, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, das Organ des deutschen Finanzkapitals. Fest sagt selbst über Hitler: „Hitler war weder käuflich, noch im Bund mit dem Großkapital.... Sein Ziel war es, die gesellschaftlichen Barrieren niederzureißen und die Volksgemeinschaft zu schaffen.“ Man sieht, die Absicht ist, die Spuren der imperialistischen Hintermänner Hitlers zu verwischen und um Sympathie für den Stil und die Politik dieser Gallionsfigur des Finanzkapitals zu werben.

Indem der Feldherr des imperialistischen Krieg selbst und seine treuen „gehorsamen“ Gefolgsleute wie Kappler, Rieder usf. rehabilitiert werden, soll auch der Krieg selbst rehabilitiert und den Arbeitern schmackhaft gemacht werden. Die österreichische Bourgeoisie beteiligt sich daran nach Kräften. Sie wirbt um Verständnis in der Arbeiterklasse dafür, daß der krebskranke Kappler in der „deutschen Heimat“ sein Dasein beschließt. Unverständnis zeigt sie für eine ablehnende Haltung gegenüber dem „wirtschaftlich starken und gesunden“ BRD-Imperialismus, mit dem sie selbst eng verbandelt ist und in dessen Gefolge sie sich bessere Möglichkeiten bei der eigenen Profitmacherei erhofft. Sozialdemokratische Regierungspolitiker setzen sich für die Freilassung von Kriegsverbrecher Reeder nach Österreich ein, freies Spiel erhalten Faschisten, wenn sie in aller Öffentlichkeit für die Freilassung des Hitlerstellvertreters Hess werben.

Aus Anlaß der „Flucht“ Kapplers entdeckte Staberl in der Kronenzeitung plötzlich seinen Hang zum „humanen Strafvollzug“. Und für die „Presse“ ist Kappler der Anlaß, sich mit „dem Begriff Kriegsverbrechen, seinen Wandlungen, seiner Bedeutungsveränderung ebenso zu befassen wie mit so inhaltsschweren Worten wie Schuld und Sühne.“ (17.8.)

Ob der ganze Propagandaaufwand der imperialistischen Bourgeoisie Erfolg dabei hat, die Massen für den Krieg zu mobilisieren, ist fraglich. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse zeigen, daß es der Imperialismus ist, der zu jedem Verbrechen auf dem Rükken der Völker und der Arbeitermassen bereit ist. Genauso zeigt die Erfahrung, daß nur der Kampf der Völker gegen den Imperialismus dessen Kriegstreiberei Schranken zieht, und nur mit dem Sturz der Imperialistenherrschaft der Krieg verhindert werden kann. Es ist Aufgabe der Arbeiterklasse, sich damit zu befassen.

M.Z.

Egg/Vorarlberg: Protestkundgebung gegen Bundesheermanöver

Am 28.8. führte das österreichische Bundesheer zum Abschluß des Manövers „Sturmtief“ im Bregenzer Wald eine „Waffenschau“ durch.

Der Arbeitskreis „Aktive Friedenspolitik“ vom Bregenzer Jugendhaus rief zu einer Protestkundgebung auf. Diese Kundgebung wurde ein großer Erfolg. Trotz Regenwetter versammelten sich ca. 100 v.a. jugendliche Menschen. Sie trugen folgende Transparente: „Gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche!“, „Gegen die Zwangsverpflichtung! Weg mit der Wehrgesetznovelle!“ und riefen „Weg mit dem militaristischen Kasernensystem!“, „Gegen Drill und Schleiferei!“

Die Hetze der bürgerlichen Zeitungen, die bereits Tage vor der Kundgebung eingesetzt hatte, konnte ihr Ziel nicht erreichen. Lancierte Gerüchte und Verleumdungen, („Demonstranten wollen Panzer sprengen!“) änderten nichts daran, daß nach der Kundgebung zwischen der lokalen Bevölkerung und den Demonstranten lange Diskussionen über die imperialistische Militärpolitik geführt wurden.

(nach einem Bericht aus Bregenz)

Querschläger 4/77
erscheint Mitte September

AUS DEM INHALT:

* Diskussion über künftige Plattform der Gruppe Querschläger

* Einschränkung der Rechte der Soldatenvertreter durch die Wehrgesetznovelle

* Prozeß gegen J. Hochgerner wegen „Preisgabe militärischer Geheimnisse“

* Korrespondenzen vom Kampf gegen Disziplinierung und Unterdrückung in den Kasernen

* Zum 4. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile

PREIS: ö.S. 3.- 20 Seiten

Bestellungen an:
GRUPPE QUERSCHLÄGER
Schottengasse 3a/1/14; 1010 Wien

„Abrüstung“ der Neutronenbombe? Hinterhalt der Sozialimperialisten

„Stoppt die Neutronenbombe! Für Abrüstung und Entspannung!“ Unter diesen Losungen versuchten im August die mit der „K“PÖ verbandelten Organisationen „Bund demokratischer Frauen“ und der „Österreichische Friedensrat“ Unterschriften gegen die von den US-Imperialisten entwickelte Neutronenbombe zu sammeln. Diese Kampagne war Teil einer von den sowjetischen Sozialimperialisten selbst in Szene gesetzten internationalen Aktionswoche gegen diese neue Kernwaffe, mit der sich der US-Imperialismus einen zeitweiligen Vorteil im Rüstungswettlauf mit den sowjetischen Imperialisten verschafft hat.

Die sowjetischen Sozialimperialisten und die in ihrem Fahrwasser schwimmenden revisionistischen Parteien, einschließlich der KP Spaniens, Frankreichs und Italiens haben dazu einen internationalen Aufruf herausgelassen (der übrigens weder von Jugoslawien noch von Rumänien unterzeichnet wurde), in dem „effektive Maßnahmen zur Abrüstung“ zur „Voraussetzung für die Überwindung der Militärblöcke bis zu ihrer Auflösung“ gemacht werden. Worum es den Sozialimperialisten wirklich geht, wird schon deutlicher, wenn es heißt, daß die „Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen verboten werden muß“ - und das „in Erwartung des Verbots aller Massenvernichtungswaffen“.

Die ganze Kampagne ist ein hinterhältiges Manöver, um die Völker im Kampf gegen die Kriegsgefahr zu entwaffnen. Forderungen, die sich wirklich gegen die Kriegsgefahr richten, müssen den Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, gleichermaßen treffen. Solche Forderungen müssen die imperialistischen Militär- und Gewaltapparate angreifen, die sich diese geschaffen haben zwecks Ausbeutung und Unterdrückung der Völker und der Arbeiterklasse.

Der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus sind heute die größten Ausbeuter und Unterdrücker. Sie sind die Oberherren von imperialistischen Militärpakten, sie haben Truppen in fremden Ländern stehen und sie haben Kernwaffen in ihren Händen, mit denen sie die Völker und die Arbeiterklasse zu erpressen und einzuschüchtern versuchen. Über diese Tatsachen versuchen die Revisionisten mit ihrer Kampagne gegen die Neutronenbombe hinwegzutäuschen. Die Fortsetzung des Abrüstungsschwindels ist für sie die „Voraussetzung“ für die Auflösung der Militärbündnisse, verboten werden soll die Neutronenbombe, während man das Verbot aller Massenvernichtungswaffen „erwarten“ soll. Über den Verzicht der Erstanwendung von Kernwaffen wollen sie einen „Vertrag“ abschließen, anstatt klar und einfach von sich aus diesen Verzicht öffentlich zu erklären, wie das die VR China schon vor Jahren getan hat.

Die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion ist wild darauf, den Vorsprung des US-Imperialismus in der Entwicklung von taktischen Kernwaffen aufzuholen. Zu diesem Zweck mißbrauchen sie die Angst vieler Menschen vor den Atomwaffen und versuchen sie gegen den US-Imperialismus in den Kampf zu schicken. Gleichzeitig bauen sie selbst die Kernwaffenrüstung ihrer U-Boot-Flotte mit neuen SS-N-8 Raketen aus und basteln auch schon an kleinen Atomgranaten für die taktische Kriegsführung.

Jede Unterschrift für die Neutronenkampagne der Revisionisten ist Wasser auf die Kriegsmühle der Sozialimperialisten. Man muß diese Kampagne und die Organisationen, die sie betreiben, bekämpfen.

M.Z.

KSZE, SALT und MBFR: Phrasen über „Frieden", „Abrüstung", „Entspannung" sollen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte verschleiern

Zu den Hauptinstrumenten der beiden Supermächte, um ihre Kriegsvorbereitungen und ihre Aufrüstung zu verschleiern und unter den Völkern Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungsillusionen und dergleichen zu nähren, gehören die KSZE („Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa"), die SALT-Verhandlungen („Verhandlungen der Begrenzung der strategischen Rüstung") und die MBFR (Konferenz für „Truppenabbau in Europa"). Die beiden Supermächte kombinieren alle diese Konferenzen und Verhandlungen und nutzen sie, um die Völker zu betrügen, sie vom Kampf gegen ihre Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen abzuhalten und mehr Spielraum für ihre Politik zu haben. Daran hat der sowjetische Sozialimperialismus, der noch wahnwitziger aufrüstet als der US-Imperialismus und der noch gieriger seine Hände nach der Beherrschung ganz Europas und der ganzen Welt ausstreckt, das größte Interesse. Er hat am meisten zu verbergen und muß sein „sozialistisches" Mäntelchen bewahren. Aber auch der US-Imperialismus ist daran interessiert. Beide Supermächte kollaborieren mit allen diesen Konferenzen und Verhandlungen und auf ihnen gegen die Völker. Zugleich sind diese auch ein Feld, wo sie ihre Rivalität austragen. Ideologisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch soll der Rivale geschwächt, ausgestochen, behindert werden. Deshalb führen alle diese betrügerischen Veranstaltungen niemals zu irgendwelchen Ergebnissen, die etwas anderes sind als Lüge und Betrug und mehr als das Minimum, das notwendig ist, um nicht den ganzen Entspannungs- und Abrüstungsbetrug wie eine Seifenblase platzen zu lassen. Und auch diese minimalen Ergebnisse sind nur sehr mühsam zu erzielen. Das zunehmende Auseinanderklaffen zwischen dem Entspannungsbetrug und der Wirklichkeit macht es den beiden Supermächten noch schwerer, diese Konferenzen und Verhandlungen mit irgendwelchen „Erfolgen" in ihrem Sinne durchzuführen.

MBFR-Verhandlungen ohne Ergebnis vertagt

Am 21.Juli wurden die sogenannten „Truppenabbau"-Verhandlungen vertagt. Damit endete nach mehr als zweimonatiger Dauer die 12. Verhandlungsrunde ohne irgendein Ergebnis oder auch nur irgendeinen „Fortschritt". Die MBFR-Verhandlungen dauern bereits seit 30.Oktober 1973, also fast vier Jahre. 145 Plenartagungen wurden abgehalten. Heute ist der Stand der, daß erstens keine Einigkeit besteht darüber, in welchem Maß ein Truppenabbau der Supermächte und ihrer Militärblöcke in Europa erfolgen soll, denn die SU will dabei auf jeden Fall ihre relative Stärke gegenüber den USA erhöhen. Zweitens besteht nicht einmal eine Verhandlungsgrundlage in Gestalt von Zahlen, wie viele Truppen die beiden Supermächte, v.a. die SU, heute in Europa stehen haben.

Seit Juni 1976, als der Warschauer Pakt seine Truppenstärke in Mitteleuropa mit 987 000 Mann angab, wird über diese Zahl gefeilscht, die die NATO für viel zu niedrig ansieht. Irgendeine Perspektive, zu einem „erfolgreichen Ende der Verhandlungen" zu kommen, gibt es nicht. Auf jeden Fall aber soll durch sie vernebelt werden, daß in Mitteleuropa die Stationierung von Streitkräften und der verschiedensten Waffentypen am konzentriertesten in der Welt ist und sich weiterhin Tag für Tag verstärkt. Der sowjetische Sozialimperialismus hat nicht nur seine Versuche, Westeuropa zu Land, zur Luft und zur See von den Flanken her einzukreisen, gewaltig gesteigert, sondern auch seine militärische Macht in Mitteleuropa besonders verstärkt. Auch die USA haben ihre Streitkräfte in Europa verstärkt, und sie betreiben die Bereitstellung neuer Waffentypen. Säbelrasselnd haben beide Supermächte vor kurzem große Militärmanöver durchgeführt. Während sie vom Truppenabbau in Europa reden, werden in Wahrheit ihre Truppen in Europa ständig ausgebaut und verstärkt.

SALT-Verhandlungen in Genf ohne Ergebnis unterbrochen

Bei den letzten Gesprächen zwischen Gromyko und Vance im Mai in Genf hat es einige Andeutungen und Phrasen, die „ermutigend" sein sollten, aber keine konkreten Ergebnisse gegeben. Auch hier ist eine Grundfrage ungelöst. Was gehört überhaupt zu den strategischen Waffen, über die verhandelt wird? Die SU ist der Auffassung, daß ihr „Backfire-Bomber" nicht, aber die amerikanischen „Cruise missils" schon dazu gehören. Die USA vertreten den entgegengesetzten Standpunkt. Die SU ist der Auffassung, daß 1974 in Wladiwostok zwischen Ford und Breschnew bereits alles generell ausgehandelt worden sei, und man SALT 2 rasch unter Dach und Fach bringen sollte. Die USA ist nicht dieser Meinung. Die Carter-Administration hat im Gegenteil die SALT-Verhandlungen benützt, um die SU als Friedensadvokat auszustechen und die Initiative im Entspannungsschwindel an sich zu reißen. Sie hat stets - und erst kürzlich wieder - betont, daß es ihr nicht bloß um Beschränkung der Aufrüstung, sondern eine „echte Abrüstung" bei den strategischen atomaren Sprengköpfen und ihren Trägerwaffen gehe. Beide Supermächte nützen den Hinweis auf das Stagnieren der SALT-Verhandlungen und die Unnachgiebigkeit und Aufrüstung des anderen, um selbst aufzurüsten und die Notwendigkeit weiterer Aufrüstungen in der Zukunft zu begründen. Der Gang der Dinge überholt ständig alle Verhandlungen. Anfang Oktober läuft nun das 1972 für fünf Jahre abgeschlossene und im Hinblick auf seinen erklärten Zweck völlig wirkungslose erste Abkommen aus. Im Interesse der Fortsetzung ihres gemeinschaftlichen Völkerbetruges werden die Supermächte über kurz oder lang zu einem Abkommen SALT II kommen müssen, um dadurch angeblich einen gesichts des „vertragslosen Zustandes" unvermeidliches Wettrüsten zu verhindern. Tatsache ist, daß dieses Wettrüsten in vollem Gange ist, daß an der strategischen und - vor allem von der USA (Neutronenbombe!) - taktischen atomaren Aufrüstung fieberhaft gearbeitet wird, daß die SALT-Vereinbarungen das nur verschleiert haben bzw. verschleiern sollen.



Kommunist **Nr.7/1977**

Inhalt:

- Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (Resolution des ZK des KB vom 30.-Juli 77)

- Gesichtspunkte zur Militärarbeit

- Personalvertretungswahlen bei den ÖBB

- Der US-Imperialismus - Urheber des Korea-Krieges

Zu beziehen über:
Fa. Alois Wieser Ges.m.b.H.
„Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten"
Postfach 13 1042 Wien

Stagnation bei der KSZE in Belgrad

Die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad stagniert schon, bevor die eigentliche Hauptkonferenz im Herbst noch begonnen hat. Hinter dem eineinhalbmonatigen Feilschen um Tagesordnung und Geschäftsordnung der Konferenz steckt das Ringen darüber, ob überhaupt etwas inhaltlich, was und wie es verhandelt werden soll (siehe „Klassenkampf" Nr. 12 und 13/1977). Zieht man jenseits aller Phrasen über „Sicherheit und Zusammenarbeit", „Frieden und Entspannung" in Europa wirklich Bilanz über die Entwicklung seit der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE in Helsinki vor zwei Jahren, die Ergebnis eines jahrelangen zähen Ringens der Supermächte waren, dann muß man feststellen, daß die Lage nicht sicherer sondern unsicherer geworden ist, daß die Bedrohung der Völker Europas durch die beiden Supermächte nicht abgenommen sondern zugenommen hat, daß nicht der Frieden sondern der Krieg nähergerückt ist. Das alles soll verschleiert werden. Dazu dient die jetzige und dienen alle weiteren Nachfolgekonferenzen, die stattfinden sollen. Zugleich ist die KSZE-Nachfolgekonferenz Schauplatz der Rivalität der beiden Supermächte.

Als Ergebnis der Vorkonferenz im Juni/-Juli wurde festgelegt, daß die Hauptkonferenz am 4.Oktober beginnen und bis Mitte Dezember dauern, sowie notfalls von Mitte Jänner bis Mitte Februar verlängert werden soll. „Einig" wurde man sich auch noch darin, daß die Konferenz „nur durch Konsens beendet werden kann", und zwar durch Konsens über das nächste Folgetreffen und über ein Schlußdokument. Die Wintermonate werden eine potentierte Form des Sommerspektakels bringen.

Keine Illusionen in die Imperialisten und alle Reaktionäre, Kampf der Völker gegen den Krieg!

Alle diese Konferenzen und Verhandlungen haben mit Frieden nur soviel zu tun, daß sie den Rauchvorhang von „Frieden" und „Entspannung" vor das Treiben der Supermächte und die wachsende Kriegsgefahr ziehen sollen. Die Völker Europas müssen diese Gefahr erkennen und sich von allen Illusionen befreien, die die Supermächte zu nähren trachten. Sie dürfen kein Vertrauen in diese Verhandlungen setzen sondern müssen sie entlarven, anprangern und bekämpfen. Sie dürfen sich nicht durch schöne Worte der einen oder anderen Supermacht irreführen lassen, sie können sich auf keinen Fall im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere stützen, sie dürfen auch nicht die eine oder andere Supermacht „verschonen" oder „milder behandeln". Sie dürfen aber auch keinerlei Hoffnung in die kleineren Imperialisten und sonstigen Reaktionäre setzen. Sie müssen vielmehr erkennen, daß gegen den drohenden Krieg der selbständige Kampf der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker der Welt geführt werden muß. Der Kampf gegen den Krieg ist ein wichtiger Bestandteil des Klassenkampfes und der Vorbereitung der Revolution. Der Klassenkampf und die Vorbereitung der Revolution ist die richtige Antwort gegen Imperialismus, Hegemonismus und Krieg.

Die Politik der österreichischen Regierung spielt eine üble Rolle im Spiel der Supermächte und muß bekämpft werden

Überall tut sich die Regierung in einem reaktionären Sinn hervor. Als Anführer der „Gruppe der Neutralen" führte sie eine zeitlang ein großes Wort in Belgrad. Sie ebnete den Supermächten den Weg, bis diese wieder direkt initiativ wurden und „der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte". Sie trat in Belgrad und tritt überall und immer als einer der Hauptpropagandisten des Entspannungsschwindels auf und gibt vor, daß dies den Interessen des österreichischen Volkes, seiner Sicherheit, der Erhaltung des Friedens auf österreichischem Territorium usw. diene. Das Gegenteil ist der Fall. Dem Frieden dient, wer für den Frieden und gegen den Krieg kämpft - gegen den Krieg kämpfen heißt gegen den Imperialismus und die Supermächte kämpfen. Wer sich zum Werkzeug der Supermächte macht, an der Seite der einen Supermacht aufrüstet, gegenüber der anderen Beschwichtigungspolitik betreibt, wer so seine eigenen imperialistischen Interessen wahrzunehmen versucht, der dient niemals dem Frieden. In diesem Licht dient es auch nicht dem Frieden sondern bedeutet es in Wahrheit, der Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der Supermächte Vorschub leisten, wenn Österreich als Gastgeberland der MBFR-Verhandlungen fungiert und wenn - entsprechend der Einladung Kreiskys an die beiden Supermächte bzw. an Vance und Gromyko - die nächste SALT-Gesprächsrunde vom 6. bis 9.September in Wien stattfindet. Diese reaktionäre Politik widerspricht zutiefst den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse und des österreichischen Volkes.

Dieser Politik stellen wir die folgenden internationalen Abrüstungsforderungen gegenüber. Der selbständige Kampf der Völker um diese Forderungen durchkreuzt die Pläne der Supermächte und aller anderen Imperialisten, er schließt die Massen im Klassenkampf zusammen und verbessert die Bedingungen für den revolutionären Kampf.

- Abzug aller im Ausland stationierten Truppen! Insbesondere: Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder!

- Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere der beiden Supermächte in Europa, einschließlich der Kernwaffenstützpunkte auf Territorien fremder Länder!

- Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer!

- Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen! Verpflichtung aller Atommächte - insbesondere der beiden Supermächte - niemals als erste und insbesondere nicht gegen kernwaffenlose Länder und kernwaffenfreie Zonen Kernwaffen einzusetzen! Vernichtung aller Kernwaffen!

- Keine Militärmanöver von NATO und Warschauer Pakt in souveränen europäischen Ländern und an deren Grenzen!

Außerdem fordern wir:

- Keine Teilnahme Österreichs an der KSZE in Belgrad!

- Weg mit den Wiener MBFR-Verhandlungen!

- Keine SALT-Verhandlungen in Österreich! Hinaus mit Vance und Gromyko aus Österreich!

Im September und Oktober konzentrieren sich die Aktivitäten der beiden Supermächte im Hinblick auf alle diese Konferenzen und Verhandlungen. Die Marxisten-Leninisten, die Arbeiter, die Werktätigen unseres Landes stehen vor der Aufgabe, diesen Aktivitäten und den entsprechenden Aktivitäten der österreichischen Regierung entgegenzutreten. Dazu werden wir die Monate der KSZE nutzen. Dazu werden wir die nächste MBFR-Verhandlungsrunde nutzen. Dazu nutzen wir jetzt vor allem die SALT-Verhandlungen. Die beiden Supermächte und die österreichische Regierung als deren Handlanger werden ihre Pläne nicht reibungslos durchbringen. Es wird Protest und Widerstand geben.

W.L.

Verstärkte Anstrengungen der Imperialisten gegen den Vormarsch des Befreiungskampfes in Zimbabwe

Der britische Außenminister Owen und der amerikanische UNO-Botschafter Young haben sich ins Südliche Afrika begeben, um die neueste Version des britisch-amerikanischen „Friedensplanes" für Zimbabwe zu präsentieren. Die Patriotische Front, unter deren Führung das Volk von Zimbabwe heute den bewaffneten Befreiungskampf führt, lehnt die britisch-amerikanischen Initiativen vollständig als „imperialistisches Komplott" ab.

Der "Friedensplan" - eine Neuauflage des Kissingerplanes vom vorigen Jahr - sieht im wesentlichen vor:

- Entwaffnung und Auflösung der Befreiungsstreitkräfte,
- Auflösung der rhodesischen Truppen, bzw. ihre Eingliederung in eine internationale Streitmacht unter der Kontrolle der Imperialisten,
- diese Truppen sollen eine Übergangsregierung unter der Kontrolle eines britischen Generaladministrators absichern,
- ein Aufbaufonds von einer Milliarde Dollar soll die Wirtschaft der Imperialisten und Siedler in Zimbabwe stärken (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.)

Das Kernstück des „Friedensplanes" ist, den Befreiungskampf niederzuschlagen und Truppen nach Zimbabwe zu bringen, die den USA und den westlichen Imperialisten bei jeder möglichen Änderung in Zimbabwe die Kontrolle gewaltsam sichern sollen.

Denn die Kontrolle über Zimbabwe bedeutet: die Kontrolle über riesige Naturreichtümer, billige schwarze Arbeitskraft und nicht zuletzt ein wichtiges Einflußgebiet für das ganze „Südliche Afrika, ein Brennpunkt im Ringen der USA und der SU um die Stärkung ihrer Position im Kampf um die Weltherrschaft.

Der erfolgreiche Befreiungskrieg um die nationale Unabhängigkeit ist frontal gegen diese Interessen gerichtet. Das Smith-Regime zerfällt zusehends unter seinen Schlägen. Die USA sind gezwungen, rasch zu handeln. Die Zeit drängt auch, den Expansionsbestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus einen Riegel vorzuschieben, der die heutige Situation der verschärften Widersprüche auszunutzen versucht, um über Waffenlieferungen Teile der vereinigten Befreiungsfront an sich zu binden.

Die Hauptsorge der USA ist heute, Kräfte unter den Afrikanern zu finden, die ihrem „Friedensplan" zustimmen. Entgegen der Tatsache, daß es in Zimbabwe nur eine Befreiungsbewegung gibt, die das Volk geschlossen im Kampf führt und alle Kräfte des Volkes auffordert, im Interesse des gemeinsamen Kampfes sich der Front anzuschließen, wird der Aufbau einer neuen, alternativen Organisation propagiert. Es ist schon die Rede von einem neuen ANC, der Sithole und Muzorewa vereint - bürgerliche Nationalisten, die schon Bereitschaft gezeigt haben, auf die revolutionären Ziele des Volkes zu verzichten - und dem sich auch ehemalige Minister des Smith-Regimes anschließen wollen (Neue Zürcher Zeitung, 23.8.1977).

Die geplanten Neuwahlen des Smith-Regimes Ende August passen nicht in dieses Konzept - aus diesem Grund distanzieren sich die US-Imperialisten davon. Sie befürchten, daß die Maßnahmen ihrer Statthalter die Spaltung nicht breit genug ins Volk tragen können, um einen Keil zwischen die Befreiungsstreitkräfte und die Volksmassen zu treiben. Die westlichen Imperialisten müssen überhaupt versuchen, weniger offen als ihre rassistischen Statthalter vorzugehen und sich von diesen zu distanzieren, wollen sie nicht ganz entlarvt dastehen. Die jüngste großartige Abfuhr des französischen Außenministers in Tansania beispielsweise hat bewiesen: Die afrikanischen Staaten und Völker zeigen den Imperialisten ihre Grenzen!

In dieser Situation ist eines nur zu verständlich: Die Antwort des Volkes von Zimbabwe auf die imperialistischen Manöver - die Verstärkung des Volkskrieges - muß verleumdet und diffamiert werden. Eine beispiellose Hetzkampagne hat in der bürgerlichen Presse eingesetzt. Die Imperialisten können nicht zugeben, daß das ganze Volk im Kampf steht und niemanden braucht, der interveniert. Sie müssen versuchen, die internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf zu untergraben, um nur irgendwo mit ihren „Friedensplänen" glaubwürdig zu erscheinen. Immer wieder werden Morde an Zivilisten und Missionspersonal, blutige Gemetzel, den Befreiungskämpfern in die Schuhe geschoben. Aber nicht einmal die Hetzblätter selber können ihre Lügen konsequent durchstehen.

Unter anderem berichten auch gerade die Missionare, wer die wahren Terroristen sind: eine Spezialeinheit des Regimes, die „Zealous Scouts", führt als Befreiungskämpfer verkleidet diese Greueltaten durch, um die Bevölkerung einzuschüchtern, Mißtrauen gegen die Befreiungskämpfer zu entfachen und nicht zuletzt die wachsende internationale Solidarität zu verwirren.

Der Grad der Unverschämtheit und Lächerlichkeit der Lügen der Imperialisten zeigt nur den Grad ihrer Bedrängnis, in die sie der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes bringt. Zwischen Jänner und Mai wurden vom Volk von Zimbabwe 851 ausländische Söldner getötet, mehrere hundert verletzt, acht Flugzeuge abgeschossen; in zwei Dritteln des Landes bewegt sich die Volksbefreiungsarmee ziemlich unbehindert, die Kolonialtruppen haben die Kontrolle verloren, der revolutionäre Volkskrieg nähert sich zusehends auch den Zentren der Kolonialisten.

e.r.

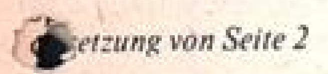
Brief des Sekretärs des ANC/AN

Im März dieses Jahres hatte der KB zur Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Azania (Südafrika) gegen Kolonialismus und Rassismus aufgerufen und eine Spendensammlung für die kämpfende Bevölkerung von Soweto durchgeführt. Die erfolgreiche Rundreise einer Delegation des ANC/AN und die Tatsache, daß das Spendenziel von 80 000.- Ö.S. übertroffen wurde, war Ausdruck der gestärkten Solidarität des österreichischen Volkes mit dem um seine Befreiung kämpfenden Volk von Azania. Nach dem endgültigen Abschluß der Spendensammlung erhielten wir einen Brief des Vorsitzenden des ANC/AN, den wir gekürzt abdrucken:

Lieber Genosse Sekretär.

Im Namen des Afrikanischen Nationalkongresses (A.N.) möchte ich diese Gelegenheit benützen, zu Dir die wärmsten revolutionären Grüße zu senden und Eurer Organisation und den österreichischen Arbeitern für die materielle Unterstützung zu danken, die Ihr jüngst unserer Organisation geschickt habt. Mit diesem Brief wollen wir Euch den Empfang von 80.000 österreichischen Schilling bestätigen........und von 10.000 österr. Schilling, die später auf das Konto des Genossen Makiwane überwiesen wurden. Diese Beträge wurden genutzt, um unseren organisatorischen Apparat an der Front in der Heimat zu stärken, und ich möchte Euch versichern, daß unser Volk Eure revolutionäre Unterstützung sehr hoch schätzt.

Wie Ihr höchstwahrscheinlich wißt, kämpft unsere Organisation unter sehr schwierigen Bedingungen. Zuerst und vor allem müssen wir für den Sturz des Rassistenregimes Vorsters kämpfen. Dazu kommt noch, daß wir imperialistische Pläne zurückschlagen müssen, die darauf gerichtet sind, unseren revolutionären Kampf zu untergraben, und innerhalb der Absichten des internationalen Imperialismus im Südlichen Afrika müssen wir auch wachsam sein gegen die besonderen Manöver der Supermächte. Als ob das nicht genug wäre, müssen wir auch für eine korrekte revolutionäre Linie gegen die revisionistische Politik der South African Communist Party kämpfen, die unter unserer werktätigen Bevölkerung großen Schaden für die Sache des Marxismus-Leninismus angerichtet hat. Trotz alledem sind wir sicher, daß die Reaktionäre, mit welcher Farbe oder Fahne sie sich auch maskieren, am Ende vernichtend geschlagen werden.


...etzung von Seite 2

Verschärfter Kampf der Imperialisten ums Horn von Afrika

sportiert, ist zwischen 1970 und 1975 um 74 % angestiegen. (Economist, 23.7.)

Nach der Wiedereröffnung des Suez-Kanals 1975 ist die Bedeutung von Bab al Mandab, dem südlichen Eingang zum Roten Meer, weiter gestiegen. Die Imperialisten wollen direkte Kontrolle, denn in den Kriegen von 1967 und 1973 haben die Länder am Roten Meer die Schließung von Einfahrten organisiert, um ihre gerechte Sache durchzusetzen.

Die Sowjetunion hat der somalischen Regierung Hafen und Stützpunktrechte für Luft- und Seeflotte abgepreßt: mit wirtschaftlicher und militärischer Hilfe als Gegenleistung, so haben sie gesagt. „Überall hört man als Besucher die Somalis, wie sie die sowjetische Hilfe mit der Hilfe anderer Länder vergleichen. Es gibt keine Straße, keine Wasserleitung, kein Spital, das die Russen ihr Werk nennen könnten"(Economist, 14.5.1977) „Da kann man etwa hören", berichtet ein anderer Journalist, „daß die Sowjets Schund lieferten, das heißt, daß von ihnen gelieferte Maschinen spätestens nach zwei Jahren zusammenbrechen." (NZZ, 15.7.)

1974 ist das Haile Selassie-Regime unter den Schlägen einer revolutionären Bewegung der Arbeiter, Bauern und Studenten zusammengebrochen. Der US-Imperialismus hat sich zurückziehen müssen. Im Land begannen Reformen zur Überwindung der feudalen Herrschaft. Der sowjetische Sozialimperialismus versucht, ins Land einzudringen, als „natürlicher Verbündeter" selbstverständlich. Das ist bei den Völkern der Region auf Feindschaft gestoßen. Schon lange Zeit verstärken die afrikanischen und arabischen Länder am Roten Meer ihre Zusammenarbeit und führen sie den Kampf dafür, das Meer frei von jeder äußeren imperialistischen Einmischung zu machen. Das hat den Hegemonismus der beiden Supermächte getroffen. Mit verschiedenen Mitteln arbeiten die Imperialisten jetzt an der Schürung von Konflikten. Offene Grenzfragen sollen ihnen da behilflich sein. US-Präsident Carter „beabsichtige in einem aggressiven, aber selbstverständlich friedlichen Wettbewerb, der Sowjetunion ihren Einfluß in gewissen Weltgegenden streitig zu machen, und er nannte als Beispiel Somalia." (NZZ, 30.7.) Die USA arbeiten an Waffenlieferungen an verschiedene Länder der Region. Allerdings, so haben sie festgestellt, sind diese Staaten „nicht gerade das, was man als enge Freunde bezeichnen würde." (Neue Zürcher Zeitung)

Die Bemühungen der Staaten am Roten Meer, die imperialistische Kontrolle zu beseitigen, hat die Sowjetunion zu wüsten Beschimpfungen getrieben. In der „Neuen Zeit", ihrem Welthegemonismus-Journal, heißt es, „sie (die von ihnen als reaktionär qualifizierten arabischen Staaten) wollen dort einen militärisch-politischen Block gegen die fortschrittlichen Regimes und dafür bilden, aus dem Roten Meer ein Mare arabicum (arabisches Meer) zu machen..... und die Völker Afrikas und des arabischen Ostens vom aktiven Kampf „gegen die Koloniasten in Südafrika und Israel abbringen." (32/77) Das Gegenteil ist der Fall. Um die Souveränität über ihr Öl weiter zu entwickeln, intensivieren die arabischen Länder den Ausbau ihrer Wirtschaft. Sie verstärken die wirtschaftlichen Beziehungen untereinander. Das alles ist gegen die Interessen der Imperialisten gerichtet und verbessert die Kampfbedingungen für die Völker.

„Der größte Verlierer von allen wäre Israel" (Events, 12.8.). Genauso wie die Sozialimperialisten gegen das „arabische Meer" sind, haben sie schon früher alle Zusammenarbeit der Länder untereinander bekämpft. So etwa haben sie 1974 Druck auf Somalia ausgeübt, damit es nicht der Arabischen Liga beitrete. Somalia ist aber beigetreten. Die Sozialimperialisten sind für anders geartete Zusammenschlüsse. Im März und April haben sie eine „Föderation fortschrittlicher Staaten" am Golf von Aden gefordert. „Der Kolonialist Podgorny" (Sadat) und Castro haben dafür geworben.

Der Plan lief auf die Schaffung eines direkten sowjetischen Einflußgebietes am Südeingang zum Roten Meer hinaus. Gleichzeitig war er selbst ein Mittel der Schürung von Konflikten zwischen den afrikanischen Staaten am Horn. Die Grenzfragen waren als offen bekannt. Die Sozialimperialisten „ignorierten" das Problem, um mit ihm zu spalten.

Die sowjetischen Sozialimperialisten, führende reaktionäre Kraft beim Konflikt am afrikanischen Horn, haben ihre Haltung zu den afrikanischen Fragen in den letzten 15 Jahren „alle drei Tage geändert". Heute bauen sie auf Einfluß durch sowjetisches Waffenarsenal in Äthiopien und Somalia. Nicht zum Zweck einer friedlichen Regelung. Sondern sich alles offenhalten für eine „russische Lösung", die - wie immer geartet - gegen die afrikanischen Völker gerichtet ist. Dazu betreiben sie jetzt die Schwächung aller beteiligten Länder und Völker. Das wiederum ermuntert den US-Imperialismus, seinerseits den Wettkampf mit der anderen Supermacht zu intensivieren.

Es ist das nicht das erste Manöver der Imperialisten dieser Art. Die afrikanischen Völker, die sich die politische Unabhängigkeit zum Teil im bewaffneten Kampf und großen Volksaufständen erkämpft haben, haben schon viele Erfahrungen im Kampf zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und in der Organisation für afrikanische Einheit haben sie ein Mittel, um Konflikte ohne ausländische Einmischung zu lösen. Auf der Konferenz im Juli wurde eine Kommission eingesetzt, mit dem Auftrag, die Probleme - geschaffen durch die koloniale Grenzziehung - durch Verhandlungen zu lösen. Die Außenminister der betroffenen Staaten haben darüberhinaus direkte Gespräche geführt. Es ist wahrscheinlich das, was „Die Presse" am 16.8. meinte mit: „Machtvakuum am Horn von Afrika".

H.L.



Die Frauenarmee von Kambodscha, unbezwingbare Töchter armer Bauern, herrliche Blumen, Sanftmut von Kambodscha, felsenhart im Kampf (aus einem kambodsch. Lied)

Imperialistische Provokation gegen das Demokratische Kampuchea

In den letzten Wochen war in der Presse immer wieder von angeblichen Angriffen Kampucheas (Kambodschas) gegen Thailand die Rede. Erneut tischten die Imperialisten ihre Horrorgeschichten von den „blutrünstigen Roten Khmer" auf, berichteten sie von ganzen „Flüchtlingsströmen", die der „Terrorherrschaft" im Demokratischen Kampuchea zu entkommen suchten.

Bei den „Kambodscha-Flüchtlingen" handelt es sich in der Mehrzahl um Reste der von den US-Imperialisten hochgezüchteten Henker des ehemaligen Marionettenregimes, die jetzt nach der Befreiung des Landes vor der körperlichen Arbeit beim Aufbau eines neuen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien, Kampuchea flüchten. Im Auftrag des US-Imperialismus werden sie von Thailand aus mit Waffen versorgt, ausgebildet und dann gegen Kampuchea eingesetzt. Im ORF erscheint diese imperialistische Bande dann unter der Bezeichnung „Nationale Front" als Befreiungsbewegung. Als Operationsgebiete dienen ihnen Grenzprovinzen Kampucheas gegenüber Thailand. Diese Gebiete wurden 1972 von der thailändischen Junta besetzt. Seit dem Tag der Befreiung Kampucheas durch die Roten Khmer im Jahre 1975 forderte die neue Regierung den Abzug der thailändischen Besatzer aus diesem Gebiet. Als wenige Monate später die Arbeiter, Bauern und Studenten Thailands die US-Marionetten in ihrem eigenen Land gestürzt hatten, kam es auch zu einer gemeinsamen Erklärung zwischen der thailändischen Regierung und der Regierung des Demokratischen Kampuchea, in der die Bereitschaft erklärt wird, die Gebietsfrage auf friedlichem Weg zu lösen. Im Oktober 1976 ist es jedoch dem US-Imperialismus erneut gelungen, eine von ihm hochgezüchtete Militärjunta in Thailand an die Macht zu putschen.

Mit Hilfe dieser Reaktionäre hat der US-Imperialismus seitdem eine neue Taktik eingeschlagen bei seinen Angriffen auf das revolutionäre Kampuchea. Nachdem die eigenen Truppen von den Befreiungskämpfern aus dem Land gejagt wurden, bedient sich der US-Imperialismus der „Kambodscha-Flüchtlinge" und der seit 1972 von Thailand annektierten Gebiete Kampucheas, um die Aggression gegen die verlorene Halbkolonie fortzusetzen. In einer Erklärung der Regierung des Demokratischen Kampuchea vom Mai 1977 wird festgehalten, daß die thailändische Regierung „weiterhin die Khmer-Verräter entlang der Grenze von Kampuchea und Thailand unterhält, trainiert und organisiert, von wo sie ohne Unterlaß provokative Aktionen gegen das Demokratische Kampuchea in den Provinzen Oddar, Meachea und Battambang durchführen". Der US-Imperialismus sorgt dabei nicht nur für die nötigen Waffen, wobei auch der BRD-Imperialismus hilfreich unter die Arme greift, sondern er liefert auch die notwendigen falschen Dokumente. Am 6. August gab der thailändische Verteidigungsminister zu, daß die „fehlende Vereinheitlichung der Landkarten die Hauptursache für die Zwischenfälle" sei. „Die Schwierigkeiten resultieren ohne Zweifel aus der Tatsache, daß Thailand amerikanische und Kambodscha französische Karten benützten." (Neue Zürcher Zeitung, 9.8.)

Das revolutionäre Kampuchea - eine Herausforderung an den US-Imperialismus

In Südostasien hat der US-Imperialismus in den letzten Jahren Schlag um Schlag durch den revolutionären Befreiungskampf der Völker Indochinas einstecken müssen. Weltweit sind seine Verbrechen von der Arbeiterklasse und den Völkern verurteilt worden. Unter Carter versuchen die USA jetzt einen neuen Anlauf zu nehmen mit dem Ziel, die Erfolge der revolutionären Völker beim Aufbau einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung in den Dreck zu ziehen.

Gleichzeitig bedienen sie sich ihrer noch verbliebenen Vasallen, um Sabotage zu treiben und Überfälle zu organisieren. Mit allen Mitteln wollen sie die Völker, die sich von der imperialistischen Knebelung befreit haben, daran hindern, gestützt auf die eigene Kraft und die revolutionäre Energie der Massen, ihre Probleme zu meistern. Das revolutionäre Kampuchea „verurteilt" Carter mit der Heuchelei eines Freundes der „Menschenrechte", und mit derselben imperialistischen Fratze bietet er „Hilfe" denen an, die sich der Ausbeuterherrschaft des US-Imperialismus zu unterwerfen bereit sind. Unterstützt wird diese neue Taktik mit der „Aufstellung ‚schneller Truppenverbände' im Fall militärischer Herausforderung im Nahen Osten, am Persischen Golf und in Ostasien" (Presse, 29.8.).

Das Volk von Kampuchea hat unter Führung seiner revolutionären Organisation in den zwei Jahren seit seiner Befreiung große Erfolge beim Aufbau des Landes, bei der Überwindung der Verwüstungen, die der US-Imperialismus hinterlassen hat, erzielt. Das findet bei den Ländern der 3. Welt Anerkennung und Unterstützung. Der Botschafter Tansanias stellte nach einer Reise durch Kampuchea fest: „Für uns als Entwicklungsländer....ist die Landwirtschaft immer die Grundlage unserer Entwicklung - und ich ergreife die Gelegenheit, das Volk von Kampuchea dazu zu beglückwünschen, daß es daran festhält. Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen, es ist hier das erste Mal."

M.Z.

Die VRA soll Untersuchungen und A[...] Haltung zum sozialistischen Ch[...]

Die VRA hat im Verlauf des letzten Jahres eine Entwicklung durchgemacht, die sie Schritt für Schritt an den Rand ihrer völligen Entartung in eine konterrevolutionäre Bande von kleinbürgerlichen antikommunistischen Hetzern und in einen Handlanger der ideologischen Aggression der Imperialisten und Reaktionäre aller Länder gegen das sozialistische China gebracht hat.

Die wichtigsten Schritte in dieser Entwicklung waren:

* Ende 1976: Während die „Volksmacht" bloß Andeutungen bringt, sprechen leitende Funktionäre der VRA mündlich bereits offen aus, daß ihrer Meinung nach in China eine Konterrevolution im Gang sei und daß die Viererbande Marxisten-Leninisten, das ZK der KPCh und sein Vorsitzender Hua Guo-feng dagegen Revisionisten seien.

* März 1977: Die „Volksmacht" deutet erneut, aber schon etwas deutlicher, diese Haltung der VRA an, spiegelt aber zugleich vor, daß sich die VRA noch kein endgültiges Urteil über die Entwicklung in China gebildet habe: „...es ist unsere Aufgabe...,- genau zwischen Marxismus und Revisionismus zu unterscheiden, den Marxismus zu praktizieren und den Revisionismus zu bekämpfen, wo und in welcher Verkleidung er auch immer auftritt (!). Diese Aufgabe müssen wir selbständig lösen (d.h. die Meinung der KPCh zum Klassenkampf in China ist für die VRA unmaßgebend, W.L.)..Wir müssen den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen (d.h. gegen die KPCh, W.L.).." Es folgen eine Reihe von Mao Tsetung Zitaten, die „beachtet werden sollten" bei der Beurteilung der Entwicklung in China. Das war Lüge und Heuchelei, denn die Leitung der VRA hatte eine solche Beurteilung bereits vorgenommen.

* Mai 1977: Die „Volksmacht" tritt erstmals offen gegen das sozialistische China und die KPCh auf. Die Rechten hätten die Macht ergriffen, der Kampf gegen die Mao Tsetung-Ideen würde geführt, der Viererbande wird die Solidarität der VRA versichert. Aber noch heißt es: „Heute wird in China einer Entwicklung der Weg vorbereitet, daß die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen ...kann". Die Konterrevolution wird also erst vorbereitet.

* August 1977: Es ist soweit, die Konterrevolution ist in vollem Gang, „die Katze ist aus dem Sack", „der Kapitalismus wird restauriert", Hua Guo-feng - der „durch und durch verlogene und heuchlerische Opportunist" „stellte sich offen auf die Seite der Konterrevolution, die er bereits seit dem Tode Mao Tsetungs «stillschweigend» praktiziert hat", kurz und gut: China hat die Farbe gewechselt.

In wenigen Monaten hat sich die Haltung der VRA zum sozialistischen China bis zu dieser offen konterrevolutionären Stellungnahme entwickelt. Es waren Monate, in denen die KPCh den Inhalt und Verlauf der großen Klassenschlacht gegen die Viererbande sowie ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie immer tiefgehender und umfassender darlegte und in denen die sozialistische Revolution in China einen neuen stürmischen Aufschwung nahm. Davon kann sich jeder überzeugen, der die Dokumente der KPCh studiert. Die Haltung der VRA und die Entwicklung dieser Haltung ist daher nicht auf Tatsachen gegründet, und kann es auch nicht sein, sondern ausschließlich auf eigene bürgerliche Vorurteile gegenüber dem Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, sowie auf blindem Glauben an die imperialistische Hetzpresse, die wie wahnwitzig ihre Hoffnungen auf eine kapitalistische Restauration nach China hineinprojiziert. Die VRA legt keine Untersuchung vor, um ihre Haltung und deren Entwicklung zu begründen, und hat offensichtlich auch keine durchgeführt. Sie hat nicht einmal die Dokumente der KPCh in der „Peking-Rundschau" studiert, oder tut jedenfalls so, als ob es diese nicht gäbe. Sie analysiert nicht die in diesen Dokumenten niedergelegte ideologische und politische Linie der KPCh, obwohl sie natürlich indirekt ein entgegengesetzten Positionen der „Viererbande" bezieht. Sie führt kein einziges ernstes und begründetes Argument für ihre Haltung an. Dafür wird in einem zustimmend abgedruckten Leserbrief ein Vertreter des westdeutschen Fernsehens als Autorität gebracht und dessen Berichte über seine angeblichen Erlebnisse als Beleg angeführt. Statt kritisiert zu werden, wird die KPCh von verschiedenen Seiten her angepinkelt und mit Dreck beworfen. Die Methode der VRA ist nicht die Methode des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Das ist die bekannte Methode der trotzkistischen und revisionistischen Giftverspritzer [illegible]d Dreckschleuderer. Dem Inhalt und der [illegible]thode nach gibt es in der internationalen kommunistischen Bewegung - soweit uns bekannt ist - keine Partei oder Organisation, die so weit gegangen wäre, wie die VRA.

An die Stelle von Untersuchungen und Argumenten treten ganz nach dem Muster der bürgerlichen Hetzer Schlagworte, verleumderische Behauptungen, schamlose Lügen. Die «Theorie der Produktivkräfte» wird hervorgeholt, gemäß der die Werktätigen nur arbeiten und kuschen und die Befehlen der «Intellektuellen» und «Gescheiten» folgen müssen. Und: „Die große Aussage Mao Tsetungs, daß Rebellion gegen Reaktionäre berechtigt ist, wird mit der Phrase bekämpft, den Führern in allem und jedem zu «gehorchen» und «alle Befehle zu befolgen», um so den Arbeitern und Bauern den Klassenkampf und die Ausübung der Macht zu verbieten" (alles VM Nr. 128).

Und in der VM Nr. 133 heißt es, materielle Anreize würden in China heute forciert und seien das Un[illegible]d Auf, damit „nicht der Geist des Sozialismus unter den Arbeitern an Stärke gewinnt, sondern Ruhmsucht und persönliche Bereicherung um sich greifen". Es sollen so „eine Anzahl Privilegierter, Bonzen und Emporkömmlinge entstehen, auf die sich die heutige Führung stützen könnte". Das ist nur ein Griff in die Schmutzkübel, die die VRA über das sozialistische China ausleert. Diese Zitate beziehen sich aber auf die entscheidende Frage der Behandlung und Gestaltung der Produktionsverhältnisse und der Verhältnisse im Überbau, auf die Frage Fortführung der sozialistischen Revolution oder Wiedererrichtung des Kapitalismus. Die Spur eines Beleges, und sei es auch nur ein entstelltes und aus dem Zusammenhang gerissenes „Zitat", sucht man vergeblich. Ein einziger Blick in ein beliebiges Dokument der KPCh straft dieses Geschwätz Lügen und erweist es als konterrevolutionäre Verleumdung.

Ähnlich wie in diesen Fragen verhält es sich mit den anderen „Argumenten" der VRA.

Gleichzeitig mit dem Vorwurf, die „neuen Machthaber" wollten die „Chinesische Volksbefreiungsarmee in eine bürgerliche Armee mit „Kadavergehorsam" und „ohne Politik", d.h. unter dem Kommando der bürgerlichen Politik, verwandeln (VM 133), erschien die Rede von Yä Djiän-ying auf der Festveranstaltung zum 50. Jahrestag der Gründung der Volksbefreiungsarmee, in der die marxistisch-leninistische Linie Mao Tsetungs und der KPCh gegenüber der Armee bekräftigt und konkretisiert wird und ein konsequenter Kampf ge-

gumente für ihre na vorlegen !

gen jede Art von Revisionismus in der Frage der Armee geführt wird. (siehe Peking-Rundschau 32/77)

Das letzte Argument der VRA war schließlich die Wiedereinsetzung Deng Hsiao-pings in seine Partei- und Staatsfunktionen. Diese Möglichkeit war bekanntlich im Beschluß des ZK der KPCh, in dem Deng abgesetzt wurde, auf direktes Betreiben Mao Tsetungs für den Fall einer „Besserung" Deng Hsiao-pings offengelassen worden. Deng wurde - außer von der Viererbande - nie als „besserungsunwilliger Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" wie Liu Schao-tschi, Lin Piao oder jetzt die Viererbande betrachtet. Der im ZK-Beschluß genannte Fall ist offensichtlich eingetreten. Das ZK hat einerseits die Machenschaften der Viererbande, Deng zu sagen, aber Tschu und Mao zu meinen, aufgedeckt und die konterrevolutionäre Kampagne gegen Deng beendet, andererseits beobachtet, „wie er (Deng) sich verhält", zwei Briefe von ihm an das ZK gründlich in der ganzen Partei beraten lassen und ihn daraufhin wieder in seinen Funktionen eingesetzt. Darin ein Zeichen für „Revisionismus" zu erblicken, aber gleichzeitig die marxistisch-leninistische ideologische und politische Linie, die das Kommuniqué der Plenartagung des ZK der KPCh neuerlich bekräftigt und zum Ausdruck bringt, einfach zu ignorieren - das ist die „Untersuchungsmethode" der VRA, und den „Ergebnissen" ihrer „Untersuchung" ist ungefähr genausoviel Wert beizumessen, wie der „Methode".

Wir haben die Genossen der VRA seit Anfang Jänner immer wieder darauf hingewiesen, welchen Weg ihre Organisation eingeschlagen hat. Wir haben an sie appelliert, umzukehren. Die Lage hat sich weiter verschlechtert und eine Umkehr wird immer schwieriger. Wir haben aber immer noch nicht jede Hoffnung aufgegeben, daß sich zumindest nicht die gesamte VRA unter das Joch reaktionärer Bestrebungen spannen läßt. Es ist aber unsere Pflicht, [illegible] zu sagen, wie weit es mit der VRA bereits gekommen ist, und gegen eine völlige bürgerliche Entartung der VRA anzukämpfen. Dazu ist es notwendig, die Wahrheit über das sozialistische China offensiv zu verbreiten und alle Unwahrheiten zu stellen, als solche zu entlarven und sie zurückzuweisen. Dazu ist der offene und unter den Massen geführte ideologische Kampf notwendig. Wir fordern die VRA auf, eine Analyse der wichtigsten Dokumente der KPCh seit der Entmachtung der „Viererbande" vorzunehmen, insbesondere der Reden und Artikel von Genossen Hua Guo-feng, des Kommuniqués der 3. Plenartagung des X. ZK., sowie der Dokumente des XI. Parteitages der KPCh, und diese Analyse öffentlich vorzulegen. Wir fordern die VRA auf, ihre Vorwürfe gegenüber der KPCh anhand dieser Dokumente zu begründen, oder sie zurückzunehmen und ihre Haltung zu korrigieren. Wir fordern - kurz gesagt - die VRA auf, Argumente für ihre Haltung zum sozialistischen China und für die Entwicklung dieser Haltung vorzubringen und von ihrer bisher praktizierten Methode Abstand zu nehmen. Ob die VRA dieser Aufforderung Folge leistet oder nicht - das ist der richtige Weg, um die Fronten in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich klar zu machen, weil antirevolutionäre Anschauungen entweder deutlich ausgesprochen werden müßten, oder man zumindest deutlich zeigen würde, daß man das Licht scheut und etwas zu verschleiern hat.

W.L.

Pressekommuniqué des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fand feierlich vom 12. bis 18. August 1977 in Peking statt. Unser weiser Führer Vorsitzender Hua Guo-feng führte auf dem Parteitag den Vorsitz. Dieser Parteitag wurde einberufen in einer Zeit, da unsere Partei nach dem Ableben unseres großen Führers und Lehrers Vorsitzenden Mao Tsetung einen großen Sieg bei der Zerschlagung der parteifeindlichen „Viererbande" von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wenyüan errungen hatte. Es war ein Parteitag, der das große Banner des Vorsitzenden Mao hochhielt und an der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, am Marxismus, an der Geschlossenheit sowie an der Offenheit und Ehrlichkeit festhielt. Es war ein Parteitag der Geschlossenheit und des Sieges.

Am 11. August fand die Vorbereitungssitzung des Parteitags statt, auf der ein aus 223 Delegierten bestehendes Präsidium für den Parteitag gewählt wurde. Genosse Hua Guo-feng wurde zum Vorsitzenden des Präsidiums gewählt, die Genossen Yä Djiän-ying, Deng Hsiao-ping, Li Hsiän-niän und Wang Dung-hsing zu stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums und Genosse Wang Dung-hsing zugleich zum Generalsekretär des Präsidiums.

Die Vorbereitungssitzung nahm einstimmig die von der dritten Plenartagung des X. Zentralkomitees vorgeschlagene Drei-Punkte-Tagesordnung für diesen Parteitag an:

1. Erstattung des Politischen Berichts des Zentralkomitees,
2. Abänderung des Statuts der Kommunistischen Partei Chinas und Erstattung des Berichts über die Abänderung des Parteistatuts,
3. Wahl des Zentralkomitees.

An diesem Parteitag nahmen 1510 Delegierte teil, die über 35 Millionen Mitglieder der ganzen Partei vertreten. Sie wurden von den Parteiorganisationen verschiedener Gebiete und Einheiten strikt nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus der Partei durch gewissenhafte Befolgung der Massenlinie und nach wiederholten Konsultationen offiziell gewählt, wobei die Meinungen der Massen innerhalb und außerhalb der Partei weitestgehend angehört wurden.

Von den Delegierten waren 72,4% Arbeiter, Bauern, Soldaten und andere Werktätige, 6,7% revolutionäre Intellektuelle, 20,9% revolutionäre Kader. Weibliche Parteimitglieder betrugen 19%, Parteimitglieder aus nationalen Minderheiten 9,3%, mittelaltrige und junge 73,8% aller Delegierten. Auch Delegierte der Parteimitglieder von der Provinz Taiwan nahmen am Parteitag teil.

Am Nachmittag des 12. August um 3.30 Uhr wurde der Parteitag in der Großen Volkskongreßhalle feierlich eröffnet. Als der weise Führer, Vorsitzender Hua, und die stellvertretenden Vorsitzenden Yä Djiän-ying, Deng Hsiao-ping, Li Hsiän-niän und Wang Dung-hsing auf der Tribüne erschienen, erhoben sich alle Delegierten von ihren Plätzen und klatschten langanhaltend stürmischen Beifall. Vorsitzender Hua Guo-feng erklärte den Parteitag für eröffnet, und eine Kapelle spielte das Lied „Der Osten ist rot".

Der Vorsitzende Hua erstattete im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas auf dem Parteitag einen Politischen Bericht. Er schlug zuerst allen anwesenden Genossen vor, sich zu erheben und des Vorsitzenden Mao Tsetung, des Gründers unserer Partei, unserer Armee und unserer Volksrepublik, des großen Führers und Lehrers des Proletariats und der Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, und der großen proletarischen Revolutionäre unseres Volkes und der langerprobten engen Kampfgefährten des Vorsitzenden Mao, unseres verehrten Ministerpräsidenten Tschou En-lai, und unseres verehrten Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Tschu Teh, und der seit dem X. Parteitag und in den vorausgegangenen Jahren verstorbenen proletarischen Revolutionäre, der Genossen Kang Scheng, Dung Bi-wu, Li Fu-tschun, Tschen Yi und Ho Lung, die sich alle hervorragende Verdienste um die revolutionäre Sache unseres Volkes erworben haben, und aller inzwischen verstorbenen Mitglieder des Zentralkomitees und der anderen Genossen, die einen bedeutenden Beitrag für die Partei und die Revolution geleistet haben, in ehrendem Schweigen zu gedenken.

Der Vorsitzende Hua wies auf folgendes hin: „Alle Siege in der chinesischen Revolution seit über 50 Jahren sind unter Führung des Vorsitzenden Mao und angeleitet von seiner revolutionären Linie errungen worden. Das Banner des Vorsitzenden Mao ist das Banner des Sieges für die Revolution des chinesischen Volkes. Vorsitzender Mao hat den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen, ihn verteidigt und weiterentwickelt. Er war der größte Marxist unserer Zeit. Die Maotsetungideen stellen den neuesten Reichtum in der Schatzkammer der marxistisch-leninistischen Theorie und das wertvollste Erbe dar, das Vorsitzender Mao unserer Zeit hinterlassen hat. Das Banner der Maotsetungideen ist auch das Banner des Sieges für die Revolution.

Bei der Zusammenfassung des elften Linienkampfes stellte der Vorsitzende Hua fest: „Unser Vorsitzender Mao zeichnete sich durch seine Weisheit und Größe aus. Längst hatte er die parteifeindlichen Aktivitäten der 'Viererbande' bemerkt. Mehrmals kritisierte er sie mit vollem Ernst und warnte sie streng. Wiederholt führte er persönlich unsere Partei zum Kampf gegen sie. Eine ganze Reihe wichtiger Weisungen und weiser Entscheidungen des Vorsitzenden Mao schufen die Grundlage, auf der wir dann die Frage der 'Viererbande' lösen konnten. Der große Sieg, den unsere Partei im elften Linienkampf errungen hat, ist dem großen Führer, Vorsitzenden Mao, den großen Maotsetungideen und der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, unserer großen Partei, unserer großen Armee und unserem großen Volk zu verdanken."

Der Vorsitzende Hua legte in seinem Bericht genau die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats dar. Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Vorsitzender Mao übernahm die Ideen von Marx und Lenin, verteidigte und entwickelte sie weiter. Auf diese Weise schuf er die große, vollständige Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Diese große Theorie hat den grundlegenden Weg gewiesen, wie in einem Land, in dem die proletarische Revolution gesiegt hat, die Diktatur des Proletariats gefestigt, eine Restauration des Kapitalismus verhütet und der Sozialismus aufgebaut werden soll. Dies ist der größte Beitrag des Vorsitzenden Mao zur Theorie der proletarischen Revolution unter der Diktatur des Proletariats, der einen äußerst wichtigen Platz in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus einnimmt."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Der elfte Linienkampf unserer Partei drehte sich in ideologischer und theoretischer Hinsicht um die Frage, ob man an der Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhält oder sie verfälscht. Das war ein wichtiges Merkmal dieses Linienkampfes. Die 'Viererbande' verfälschte allseitig die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg. Sie tischten ein konterrevolutionäres politisches Programm auf, nach dem die alten Kader gleichbedeutend mit 'Demokraten' und die letzteren wiederum gleichbedeutend mit Machthabern auf dem kapitalistischen Weg wären. Verleumderisch behauptete sie, mitten in unserer Partei und Armee sitze eine Bourgeoisie, und stellte so die Beziehungen zwischen dem Feind und uns in der Geschichtsperiode des Sozialismus auf den Kopf. Sie versuchte, eine große Zahl revolutionärer führender Kader in Partei, Regierung und Armee niederzuschlagen, unsere Partei und unsere Armee zu zerschmettern, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren."

Mit den Maotsetungideen als Waffe unterzog der Vorsitzende Hua das konterrevolutionäre politische Programm der „Viererbande" einer tiefgehenden Kritik. Der Vorsitzende Hua wies auf folgendes hin: „Solange die höchste Macht von Partei und Staat in den Händen eines an der marxistisch-leninistischen Linie festhaltenden führenden Kerns liegt, können die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg in der Partei nur eine Handvoll ausmachen, werden sie ständig entlarvt und hinausgesäubert und können keine Bourgeoisie bilden. Die überwältigende Mehrheit der alten Kader unserer Partei sind proletarische Revolutionäre, keinesfalls aber bürgerliche Demokraten. Vorsitzender Mao stellte die Grundprinzipien der „Drei Ja und drei Nein" auf und hat damit klar und deutlich ein grundlegendes Kriterium für die Erkennung von Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg gegeben. Wenn wir an diesem Kriterium festhalten, können wir die Kader und Massen anleiten, zielsicher jene besserungsunwilligen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg wie Liu Schao-tschi, Lin Biao und die 'Viererbande' zu erkennen, sie gründlich zu isolieren und mit konzentrierter Kraft zu schlagen."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Die Zerschlagung der parteifeindlichen 'Viererbande' ist ein weiterer grandioser Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution und ihre historische Bedeutung unterstrich, stellte er fest: „Die Große Proletarische Kulturrevolution unseres Landes wird als eine große Pioniertat in der Geschichte der Diktatur des Proletariats eingehen." Er sagte: „Nun ist die 'Viererbande' gestürzt worden. Dies ermöglicht uns, gemäß den Weisungen des Vorsitzenden Mao Stabilität und Einheit zu verwirklichen und im Land eine große Ordnung herzustellen. So bezeichnet die Zerschlagung der 'Viererbande' die siegreiche Beendigung unserer ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution, die elf Jahre gedauert hat. Dies bedeutet aber keinesfalls die Beendigung des Klassenkampfes, keinesfalls die Beendigung der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats." Er ruft uns auf, den Lehren des Vorsitzenden Mao zu folgen und die unter der Diktatur des Proletariats weitergehende Revolution zu Ende zu führen.

Der Vorsitzende Hua analysierte in dem Bericht die gegenwärtige ausgezeichnete Weltlage und stellte fest: „Während die Faktoren der Revolution weiter anwachsen, wachsen zugleich die Faktoren des Krieges beträchtlich an. Die Sowjetunion und die USA bilden den Herd eines neuen Weltkrieges, wobei der sowjetische Sozialimperialismus der gefährlichere ist. Die Völker aller Länder müssen ihre Wachsamkeit erhöhen, fest zusammenstehen und bereit sein." Der Vorsitzende Hua sagte: „Wir müssen das große Banner des Vorsitzenden Mao hochhalten, am proletarischen Internationalismus festhalten und

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für auswärtige Angelegenheiten weiter durchführen. Wir müssen unsere Einheit mit den sozialistischen Staaten, mit dem Weltproletariat und den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen, unsere Solidarität mit den anderen Ländern der 3. Welt verstärken, uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, vereinigen und eine breitestmögliche Einheitsfront gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, bilden. Wir müssen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen mit verschiedenen Ländern aufnehmen und sie entwickeln. Wir müssen unsere Einheit mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt verstärken und den Kampf gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als dessen Zentrum bis zu Ende führen."

Vorsitzender Hua legte tiefgreifend die These des Vorsitzenden Mao von der Einteilung der Welt in drei Teile dar und stellte fest: „Diese These hat die Hauptrichtung des gegenwärtigen internationalen Kampfes klar gewiesen und klar und deutlich gezeigt, wer die Hauptkraft der Revolution ist, wer die Hauptfeinde und wer die in der Mitte stehenden Kräfte, die gewonnen und vereinigt werden können, sind. Dies ermöglicht unserem Proletariat, im Klassenkampf im Weltmaßstab sich mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenzuschließen und eine möglichst breite Einheitsfront zu bilden, um gegen die Hauptfeinde zu kämpfen. Dies sind die korrekten strategischen und taktischen Festlegungen des Weltproletariats für die Gegenwart, ist die Klassenlinie des Proletariats im internationalen Kampf."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Mit der siegreichen Beendigung der Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau in unserem Land in eine neue Entwicklungsetappe eingetreten. Die Lage ist ausgezeichnet, und die Massen sehnen sich nach einer großen Ordnung im Land. Vorangetrieben durch den großen Klassenkampf zur Entlarvung und Kritik der 'Viererbande' zeichnet sich ein neuer Sprung nach vorn in der Volkswirtschaft ab. Die Revolution auf dem wissenschaftlich-technischem Gebiet, die Revolution im Bildungswesen, in der Literatur und Kunst sowie im Gesundheitswesen entwickelt sich."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Der Mittelpunkt der strategischen Entscheidung des Zentralkomitees der Partei, durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen, ist, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten und zu verteidigen, die Massen weitestgehend zu mobilisieren, sich mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenzuschließen, den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der 'Viererbande' bis zu Ende zu führen, die verderbliche Nach- und Weiterwirkung ihrer konterrevolutionären revisionistischen Linie gründlich zu eliminieren, die Siegeserrungenschaften des elften Linienkampfes zu festigen und weiterzuentwickeln und auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft, des Militärwesens, der Kultur und der auswärtigen Angelegenheiten unseres Landes die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao allseitig und in korrekter Weise durchzuführen."

Der Vorsitzende Hua erläuterte ausführlich die acht Hauptaufgaben unserer Partei für die Gegenwart und die nächste Zeit, um durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen.

Pressekommunique' des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas

Sie sind: „Man muß den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der 'Viererbande' bis zu Ende führen. Man muß die Bewegung der Ausrichtung der Partei und zur Verbesserung des Arbeitsstils gut durchführen und den Aufbau der Partei verstärken. Man muß die Führungsgremien aller Ebenen der Partei erfolgreich ausrichten und aufbauen. Man muß die Revolution anpacken, die Produktion fördern und die Volkswirtschaft voranbringen. Man muß die Revolution in Kultur- und Bildungswesen gut durchführen und das sozialistische Kultur- und Bildungswesen tatkräftig entwickeln. Man muß den Staatsapparat des Volkes stärken. Man muß die Demokratie entfalten und den demokratischen Zentralismus stärken. Man muß die Richtlinie, einheitlich und umsichtig zu planen und allseitig zu disponieren, befolgen, um alle positiven Faktoren für den Aufbau des Sozialismus einzusetzen."

Der Vorsitzende Hua sagte: „Wir müssen die Massen weiter uneingeschränkt mobilisieren, um einen Volkskrieg zur gründlichen Entlarvung und Kritik der ultrarechten Natur der konterrevolutionären revisionistischen Linie der 'Viererbande' und deren Ausdruck in verschiedenen Bereichen zu führen. Die Untersuchung jener Menschen und Begebenheiten, die mit den Verschwörungen der 'Viererbande' zur Usurpierung der höchsten Partei- und Staatsmacht im Zusammenhang stehen, ist ein wichtiger Bestandteil der Entlarvung und Kritik der 'Viererbande'. Wir müssen die Massen weitestgehend mobilisieren, um die Untersuchungsarbeit erfolgreich durchzuführen, und zugleich muß die Politik der Partei um so mehr beachtet werden, je tiefer sich die Bewegung entfaltet. Wir müssen uns mit über 95% der Kader und Massen zusammenschließen, um die 'Viererbande' und ihre Handvoll hartgesottener Anhänger, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben und kein Zeichen der Reue und Besserung zeigen, maximal zu isolieren und mit konzentrierter Kraft zu schlagen."

Der Vorsitzende Hua gab bekannt: „Das Zentralkomitee hat beschlossen, zu einer angemessenen Zeit den V. Nationalen Volkskongreß einzuberufen, und zu gleicher Zeit wird das V. Landeskomitee der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes zusammentreten."

Der vierstündige Politische Bericht des Vorsitzenden Hua wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen.

Am Nachmittag des 13. August um 3.30 Uhr tagte das Plenum zum zweiten Mal. Unter begeistertem Beifall erstattete der Stellvertretende Vorsitzende Yä Djiän-ying im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas den Bericht über die Abänderung des Parteistatuts: „Die 'Viererbande' sabotierte den Aufbau der Partei und wollte unsere Armee nach dem Bild der Bourgeoisie umgestalten. Wir müssen gemäß den Ideen des Vorsitzenden Mao über den Parteiaufbau die neuen Erfahrungen im elften Linienkampf zusammenfassen und einige notwendige Abänderungen des vom X. Parteitages angenommenen Parteistatuts vornehmen." Der Stellvertretende Vorsitzende Yä gab in folgenden acht Punkten wichtige Erläuterungen zum Abänderungsentwurf des Parteistatuts: Über das Hochhalten und die Verteidigung des großen Banners des Vorsitzenden Mao, über das Wesen unserer Partei und die Ideologie, von der sich unsere Partei leiten läßt, über das grundlegende Programm der Partei für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus und ihre grundlegenden Aufgaben, über die Grundprinzipien der „Drei Ja und drei Nein", über den demokratischen Zentralismus der Partei, über die Kaderlinie der Partei, über die Pflege und Entfaltung der guten Tradition und des vortrefflichen Arbeitsstils der Partei, über die Anforderungen an die Parteimitglieder und die Grundorganisationen der Partei.

Der Stellvertretende Vorsitzende Yä stellte fest: „Das neue Parteistatut betont, daß die ganze Partei das große Banner des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen immer hochhalten und entschieden verteidigen muß, um zu gewährleisten, daß die Sache unserer Partei weiter gemäß der marxistischen Linie siegreich voranschreitet. Der Entwurf betont, daß die Partei am Kampf gegen den Revisionismus sowie am Kampf gegen Dogmatismus und Empirismus, an der Weltanschauung des dialektischen und historischen Materialismus sowie am Kampf gegen die Weltanschauung des Idealismus und der Metaphysik festhält. Im neuen Statut wird das Festhalten an den grundlegenden Prinzipien, den „Drei Ja und drei Nein" hervorgehoben und betont, daß man mit unerschrockenem revolutionärem Geist gegen diejenigen Strömungen ankämpfen muß, die den drei grundlegenden Prinzipien zuwiderlaufen. Das neue Parteistatut unterstreicht die äußerste Wichtigkeit des demokratischen Zentralismus und legt fest, daß die Demokratie voll entfaltet werden muß, daß es niemandem erlaubt ist, Kritik zu unterdrücken und Repressalien auszuüben, und daß diejenigen, die dies dennoch tun, einer Untersuchung unterzogen und bestraft werden müssen. Es betont, daß nicht nur die Demokratie sondern auch - was noch wichtiger ist - der Zentralismus notwendig ist und daß die Parteidisziplin verstärkt werden muß. Um die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und die Disziplin zu verteidigen, sieht das neue Parteistatut die Einrichtung von Disziplinarkontrollkommissionen vor. Es betont, daß man die gute Tradition der Massenlinie und die gute Tradition, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, pflegen und weiter entfalten muß. Es sieht vor, daß alle neuen Parteimitglieder nach einjähriger Kandidatenzeit als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden, damit die politische Qualität der Parteimitglieder gewährleistet ist."

Auf dem Parteitag wurden die Berichte des Vorsitzenden Hua und des Stellvertretenden Vorsitzenden Yä und die Abänderungs des Parteistatuts gewissenhaft und lebhaft diskutiert. Die Delegierten waren frohgemut und äußerten freimütig ihre volle Meinung. Der Parteitag verlief in einer Atmosphäre voller Lebendigkeit, Regsamkeit und Frische, entfaltete die gute Tradition und den guten Arbeitsstil unserer Partei und widerspiegelte die Einheit und das Aufblühen unserer Partei. Bei Diskussionen rühmten die Delegierten herzlich die großen Verdienste des großen Führers und Lehrers, Vorsitzenden Mao. Sie lobten die großen Verdienste des weisen Führers, des Vorsitzenden Hua, der die ganze Partei bei der Zerschlagung der 'Viererbande' geführt und unseren Staat gerettet hat. Der Parteitag vertrat die Ansicht, daß der Politische Bericht des Vorsitzenden Hua, das große Banner des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen hochhaltend, die grundlegenden Erfahrungen aus dem elften Linienkampf der Partei allseitig zusammengefaßt, die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats genau dargelegt, die Lage in der Welt und im Lande tiefgreifend analysiert, klar die Aufgaben für die Gegenwart und die nächste Zeit gestellt hat und das Kampfprogramm unserer Partei, unserer Armee und unseres Volkes für neue Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau ist.

Die Delegierten entlarvten und kritisierten in Verbindung mit der Praxis auf allen Gebieten voller Empörung die himmelschreienden antikommunistischen, volksfeindlichen und konterrevolutionären Verbrechen der 'Viererbande'. Der Parteitag bejubelte herzlich den großen Sieg, den unsere Partei durch die Zerschlagung der parteifeindlichen Clique von Wang-Dschang-Djiang-Yao im elften Linienkampf errungen hat. Der Parteitag billigte voll und ganz die ganze Reihe von Maßnahmen, die das Zentralkomitee der Partei mit dem Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zur Zerschlagung der „Viererbande" ergriffen hat, sowie den Beschluß der dritten Plenartagung des X. Zentralkomitees der Partei über die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan. Er erklärte, daß der Kampf zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" bis zu Ende geführt werden muß.

Am 18. August um 3 Uhr nachmittags tagte zum dritten Mal das Plenum des Parteitages. Nach umfassenden Diskussionen und Beratungen haben die Delegierten in geheimer Abstimmung das XI. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas gewählt. Einstimmig wurde der Beschluß über den Politischen Bericht, das neue Statut der Kommunistischen Partei Chinas und der Bericht über die Abänderung des Parteistatuts angenommen. Als der Exekutivvorsitzende des Parteitages, Genosse Deng Hsiao-ping, bekanntgab, daß de[illegible]se Führer, Genosse Hua Guo-feng, zum Mitglied des Zentralkomitees wurde, brauste in der ganzen Halle langanhaltender, stürmischer und begeisterter Beifall auf. Es wurden 201 Mitglieder und 132 des Zentralkomitees gewählt.

Der Stellvertretende Vorsitzende Deng Hsiao-ping hielt unter stürmischem Beifall die Abschlußrede. Dabei stellte er fest: „Der gegenwärtige Parteitag wird in die ruhmreiche Geschichte unserer Partei als ein Parteitag eingehen, der die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao umfassend und korrekt durchgeführt, die gute Tradition und den vortrefflichen Arbeitsstil unserer Partei wiederhergestellt und zur Geltung gebracht und eine neue Entwicklungsetappe der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaues unseres Landes eingeleitet hat."

Der Stellvertretende Vorsitzende Deng stellte fest: „Seit der Zerschlagung der Viererbande haben die ganze Partei und das ganze Land ein völlig neues Aussehe[illegible]wonnen. Wir haben bereits bedeu[illegible]e Siege errungen. Aber wir haben noch viele Fragen zu lösen und nicht wenige Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß wir die Schwierigkeiten nach und nach überwinden und einen Sieg nach dem anderen erringen werden, wenn wir - im wahrsten Sinne des Wortes - in die Massen vertrauen und uns auf sie stützen." Der Stellvertretende Vorsitzende Deng rief die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes auf, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten und zu verteidigen, dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao treu zu bleiben, sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei mit dem Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zusammenzuschließen, an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, alle positiven Faktoren inner- und außerhalb der Partei sowohl im In- wie auch im Ausland zu mobilisieren und beharrlich dafür zu kämpfen, die strategische Entscheidung, durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen, zu verwirklichen, die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren, noch in diesem Jahrhundert unser Land zu einem großen, modernen, mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen und für die Menschheit größere Beiträge zu leisten.

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fand unter den erhabenen Klängen der „Internationale" seinen erfolgreichen Abschluß.

Nach Radio Peking (gekürzt)